

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1974

MONTAG, 14. JANUAR 1974

Nr. 2

Seite	Seite	Seite
Der Hessische Minister des Innern Gemeinsamer Runderlaß betr. Gesetz über die Einrichtung eines Bundes- kriminalpolizeiamtes (Bundeskrimi- nalpolizeiamtes) i. d. F. vom 29. 6. 1973; hier: Oberste Landesbehörde und zustän- dige Landesbehörde 49	Steuerbeschuß der Jüdischen Ge- meinde Frankfurt/Main für das Ka- lenderjahr 1974 67	Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik 83
Bewertung der Unterkünfte, die Ar- beitern und Angestellten im Landes- dienst zur Verfügung gestellt werden; hier: Bezirkliche Regelung nach Nr. 5 SR 2 e und SR 2 f MTL II sowie nach Nr. 13 SR 2 a, Nr. 9 SR 2 b und Nr. 13 SR 2 c BAT — Tarifverträge vom 28. 2. 1966 50	Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik Widmung einer Neubaustrecke, Ab- stufung und Einziehung von Teil- strecken im Zuge der Landesstraße Nr. 3431 in der Gemarkung Kohlhau- sen, Ortsteil der Stadt Bad Hersfeld, Landkreis Hersfeld-Rotenburg 67	Im Bereich des Hessischen Mini- sters für Landwirtschaft und Um- welt 83
Öffentlicher Dienst im Sinne der §§ 172 HBG, 158 BBG sowie des § 19 Abs. 4 BBesG (HBesG) 50	Der Hessische Minister für Landwirt- schaft und Umwelt Auftrag über die Erstellung der Agrarstrukturellen Vorplanung — zweite Stufe — Gießen-Ost 68	Regierungspräsidenten DARMSTADT 3. Änderung des Beitragstarifs der Hessischen Beamtenkrankenkasse 83
Genehmigung eines Wappens der Stadt Schwalmstadt, Landkreis Zie- genhain 50	Verordnung über gesundheitliche An- forderungen an Rohmilch und daraus hergestellte Erzeugnisse, die von Milcherzeugern unmittelbar an Ver- braucher abgegeben werden (Hy- gieneverordnung für Milch-ab-Hof- Abgabe) 69	KASSEL Standesamtsbezirksveränderungen im Bezirk Kassel 84
Gefangenentransportvorschrift 50	Flurbereinigung Gutsbezirk Spessart, Oberförsterei Alsberg 70	Standesamtsbezirksveränderungen im Bezirk Kassel 84
Gefangenentransportvorschrift vom 14. 12. 1973; hier: Ergänzende Be- stimmungen des Landes Hessen ... 57	Flurbereinigung Griedelbach, Krs. Wetzlar 70	Standesamtsbezirksveränderungen im Bezirk Kassel 85
Statische Prüfung genehmigungs- pflichtiger Bauvorhaben; hier: Prüf- ingenieure für Baustatik 58	Flurbereinigung Bockenrod, Oden- waldkreis 71	Buchbesprechungen 86
Der Hessische Kultusminister Vorläufige Diplom-Prüfungsordnung für den Fachbereich Grafik der Hoch- schule für Gestaltung Offenbach/ Main 59	Der Landeswahlleiter für Hessen Nachfolge für den Abgeordneten He- ribert Wenzel 72	Öffentlicher Anzeiger Widmung der im Zuge der Kreis- straße 37 neugebauten Strecke in der Ortslage des Ortsteils Weidenhausen der Gemeinde Meißner, Landkreis Eschwege, Reg.-Bez. Kassel 88
Vorläufige Diplom-Prüfungsordnung für den Fachbereich Produktgestal- tung der Hochschule für Gestaltung Offenbach/Main 63	Personalnachrichten Im Bereich des Hessischen Kultus- ministers 72	Bekanntmachung über die Errich- tung einer gewerblichen Anlage der Stadtwerke Korbach GmbH gemäß §§ 16 und 25 Gewerbeordnung ... 94
Wahlordnung für die Wahlen der Fachbereichsleiter und deren Stellver- treter der Fachhochschule Darmstadt Satzung der Studentenschaft der Ge- samthochschule Kassel 67	Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik 82	Veröffentlichung der Haushaltssat- zung 1973 und der Stellensatzung 1973 des Raumordnungsverbandes Rhein- Neckar 95
	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 83	Neufassung des § 14 der Satzung der Nassauischen Brandversicherungsan- stalt, Wiesbaden — StAnz. 51/1973 S. 2286 95

Seite 49

62

Der Hessische Minister des Innern

**Gesetz über die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizei-
amtes (Bundeskriminalamtes) in der Fassung vom 29. Juni
1973 (BGBl. I S. 704);**

hier: Oberste Landesbehörde und zuständige Landes-
behörde

Gemeinsamer Runderlaß

1. Oberste Landesbehörde nach § 5 Abs. 4 und 5, § 6 Abs. 2,
§ 7 Abs. 1 und 2 und § 9 Abs. 2 des Gesetzes ist der Hes-
sische Minister des Innern und nach § 5 Abs. 4 der Hes-
sische Minister der Justiz.
2. Zuständige Landesbehörden nach § 5 Abs. 3 Nr. 1 und § 6
Abs. 1 des Gesetzes sind
 - a) im Geschäftsbereich des Hessischen Ministers des In-
nern das Hessische Landeskriminalamt,

b) im Geschäftsbereich des Hessischen Ministers der Justiz
die Strafverfolgungsbehörden. Diese unterrichten vor
Abgabe eines Ersuchens nach § 5 Abs. 3 Nr. 1 des Ge-
setzes den Hessischen Minister der Justiz fernschrift-
lich oder schriftlich.

3. Der Gemeinsame Runderlaß vom 27. 7. 1970 (StAnz. S. 1551)
wird aufgehoben.

Wiesbaden, 15. 12. 1973

Der Hessische Minister des Innern
III B 3 — 22 a 08 01

Der Hessische Minister der Justiz
4603 — III/3 — 2604/73

StAnz. 2/1974 S. 49

63

Bewertung der Unterkünfte, die Arbeitern und Angestellten im Landesdienst zur Verfügung gestellt werden;

hier: Bezirkliche Regelung nach Nr. 5 SR 2 e und SR 2 f MTL II sowie nach Nr. 13 SR 2 a, Nr. 9 SR 2 b und Nr. 13 SR 2 c BAT — Tarifverträge vom 28. Februar 1966

Bezug: Rundschreiben des Hessischen Ministers der Finanzen vom 27. April 1966 (StAnz. S. 677) und mein Rundschreiben vom 22. Dezember 1972 (StAnz. 1973 S. 88)

Durch die Verordnung über die Bewertung der Sachbezüge für die Sozialversicherung vom 3. Dezember 1973 (GVBl. I S. 439) sind die Sachbezugswerte erhöht worden. Gleichzeitig ist in der vorgenannten Verordnung die Unterscheidung in die Bewertungsgruppen I (Gemeinden über 5000 Einwohner) und II (Gemeinden unter 5000 Einwohner) aufgegeben, da in Hessen die Zahl der Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern erheblich zurückgegangen ist. Vom 1. Januar 1974 an sind daher die folgende Beträge als Sachbezugswerte monatlich auf den Lohn bzw. die Vergütung anzurechnen:

1. Arbeiter

Bei Unterbringung in einem Zimmer belegt mit

	DM
1 Person	43,80
2 Personen	35,04
3 Personen	28,47
4 und mehr Personen	21,90

2. Angestellte

a) Soweit nicht in gehobener oder leitender Stellung bei Unterbringung in einem Zimmer

der Gruppe I, belegt mit

1 Person	43,80
2 Personen	35,04
3 Personen	28,47

der Gruppe II, belegt mit

1 Person	52,80
2 Personen	42,34
3 Personen	34,32

der Gruppe III, belegt mit

1 Person	61,80
2 Personen	49,44
3 Personen	40,17

b) In gehobener oder leitender Stellung (§ 1 Abs. 3 des Tarifvertrages für Angestellte)

Für Einzelzimmer

der Gruppe I	54,—
der Gruppe II	63,—
der Gruppe III	72,—

Wiesbaden, 21. 12. 1973

Der Hessische Minister des Innern

I B 43 $\frac{P\ 2120\ A - 15}{P\ 2204\ A - 16}$

StAnz. 2/1974 S. 50

64

Öffentlicher Dienst im Sinne der §§ 172 HBG, 158 BBG sowie des § 19 Abs. 4 BBesG (HBesG)

Bezug: Rundschreiben des Hessischen Ministers der Finanzen vom 20. August 1963 (StAnz. S. 1034)

Die Ruhensvorschriften der §§ 172 HBG bzw. 158 BBG sind bei einer Beschäftigung des Versorgungsempfängers

bei dem Hessischen Städte- und Gemeindebund, Mühlheim (Main),

anzuwenden, da diese Einrichtung als Verband von Körperschaften des öffentlichen Rechts anzusehen ist.

Eine hauptberufliche Tätigkeit beim Hessischen Städte- und Gemeindebund ist auch als öffentlicher Dienst im Sinne des § 19 Abs. 4 BBesG (HBesG) anzusehen.

Das Bezugsrundschreiben ist überholt und ab sofort nicht mehr anzuwenden.

Wiesbaden, 19. 12. 1973

Der Hessische Minister des Innern
I B 3 — P 1638 A — 1

StAnz. 2/1974 S. 50

65

Genehmigung eines Wappens der Stadt Schwalmstadt, Landkreis Ziegenhain

Der Stadt Schwalmstadt im Landkreis Ziegenhain, Regierungsbezirk Kassel, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:



Schwalmstadt

Wiesbaden, 13. 12. 1973

„In Gold ein schwarzer, rotbewehrter Ziegenadler, belegt mit einem roten Stern im weißen Kreis.“

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 37/73

StAnz. 2/1974 S. 50

66

Gefangenentransportvorschrift (GTV)

Inhaltsübersicht

Erster Teil

Gemeinsame Vorschriften für alle Transportarten

1. Anwendungsbereich
2. Transportgefangene
3. Transportbehörden
4. Auftragsstelle — Absendestelle — Empfangsstelle
5. Transportarten
6. Transportbegleiter
7. Transportersuchen
8. Vorbereitung der Transporte durch die Absendestelle
9. Habe
10. Transportverpflegung
11. Durchführung der Transporte
12. Anwendung unmittelbaren Zwanges
13. Besondere Vorkommnisse
14. Transportkosten

Zweiter Teil

Gefangenensammeltransporte

15. Umläufe
16. Gefangenentransportwagen
17. Durchführung der Sammeltransporte
18. Unterbringung der Gefangenen

Dritter Teil

Einzel- und Sondertransporte

19. Einzeltransporte
20. Sondertransporte

Vierter Teil

Sonderbestimmungen und Schlußvorschriften

21. Lufttransporte von und nach Berlin
22. Schlußvorschrift

Erster Teil

Gemeinsame Vorschriften für alle Transportarten**1. Anwendungsbereich**

Diese Vorschrift regelt den Transport von Gefangenen, soweit es sich nicht um Ausführungen, um Überführungen am selben Ort, um Transporte zwischen Teilen einer Vollzugsanstalt oder um Fahrten zu Arbeitsstellen handelt.

Auf Transporte zum Zwecke der Vorführung ist die Vorschrift nur anzuwenden, wenn ein Vorführungsbefehl nach § 457 StPO erlassen ist.

2. Transportgefangene

Gefangene im Sinne dieser Vorschrift sind:

- a) Strafgefangene sowie Personen, gegen die auf eine mit Freiheitsentziehung verbundene Maßregel der Sicherung und Besserung erkannt ist,
- b) Untersuchungsgefangene sowie vorläufig Untergebrachte (vgl. § 126 a StPO),
- c) Personen, die auf Grund eines Haftbefehls oder eines Vorführungsbefehls zur Vollstreckung einer Freiheitsstrafe von der Polizei festgenommen worden sind,
- d) Zivilhaftgefangene,
- e) auszuliefernde oder durchzuliefernde Ausländer,
- f) abzuschiebende Ausländer.

3. Transportbehörden

Transportbehörden sind nach landesrechtlicher Bestimmung:

- a) beim Einzeltransport die Vollzugsanstalten oder Polizeidienststellen,
- b) beim Sammeltransport die im „Kursbuch für den Gefangenen-Sammeltransport“ bei den einzelnen Umläufen bekanntgegebenen Vollzugsanstalten oder Polizeidienststellen,
- c) beim Sondertransport besonders beauftragte Vollzugsanstalten oder Polizeidienststellen.

4. Auftragsstelle — Absendestelle — Empfangsstelle

Die Auftragsstelle veranlaßt den Transport. Von der Absendestelle geht der Gefangenentransport aus. Der Empfangsstelle wird der Gefangene zugeführt.

5. Transportarten

(1) Gefangene sind grundsätzlich im Sammeltransport zu befördern. Wird der Abgangs- oder Bestimmungsort von dem Gefangenen-Sammelwagen nicht berührt, und muß deshalb der Gefangene auf Teilstrecken im Einzeltransport befördert werden, so gilt dieser als Sammeltransport.

(2) Im Einzeltransport sind zu befördern:

- a) Jugendliche und heranwachsende Untersuchungsgefangene und Gefangene im Jugendstrafvollzug, die im Sammeltransport von erwachsenen Gefangenen nicht getrennt gehalten werden können,
- b) Gefangene, bei denen die Auftragsstelle ausnahmsweise aus zwingenden Gründen z. B. wegen besonderer Gefährlichkeit des Gefangenen oder wegen Dringlichkeit der Beförderung diese Transportart angeordnet hat,
- c) Gefangene, bei denen nach dem Gutachten eines Anstaltsarztes, Polizeiarztes oder Amtsarztes die Beförderung im Sammeltransport aus gesundheitlichen Gründen nicht zugänglich ist,
- d) Gefangene, die geisteskrank sind oder an einer übertragbaren Krankheit leiden,
- e) weibliche Gefangene vom 6. Monat der Schwangerschaft an,
- f) Zivilhaftgefangene.

(3) Im übrigen ist Einzeltransport nur zulässig, wenn

- a) ein Sammeltransport in Richtung des Bestimmungsortes nicht besteht oder
- b) anzuerkennende persönliche Gründe des Gefangenen eine Ausnahmeregelung rechtfertigen, er sich zur Zahlung der Kosten verpflichtet und hierauf einen ausreichenden Vorschuß geleistet hat.

(4) Für Einzeltransporte kann jedes geeignete Beförderungsmittel benutzt werden. Die Gründe für den Einzeltransport sind aktenkundig zu machen.

6. Transportbegleiter

(1) Gefangenentransporte werden von Aufsichtskräften der Vollzugsanstalten oder von Polizeibeamten (Transportbegleiter) durchgeführt (vgl. Nr. 3).

(2) Als Transportbegleiter dürfen nur zuverlässige, umsichtige und körperlich rüstige Bedienstete eingeteilt werden. Sie müssen ihre Dienstvorschriften, insbesondere diese Vorschrift genau kennen.

(3) Die Transportbegleiter haben den Gefangenen gewissenhaft und aufmerksam zu beaufsichtigen. Im Verkehr mit dem Gefangenen haben sie strengste Zurückhaltung zu wahren. Versuche des Gefangenen, mit der Außenwelt oder mit getrennt untergebrachten Gefangenen in Verbindung zu treten, sind zu unterbinden.

(4) Die Zahl der Transportbegleiter ist nach der Anzahl und Gefährlichkeit der Gefangenen und den sonstigen Beförderungsverhältnissen zu bemessen.

(5) Die Transportbegleiter tragen Dienstkleidung, soweit nicht bei Einzeltransporten die Transportbehörde etwas anderes bestimmt. Sie haben ihren Ausweis stets bei sich zu führen und sind mit den erforderlichen Waffen, Schließzeug usw. auszurüsten. Das Nähere bestimmt die Transportbehörde.

(6) Transporte weiblicher Gefangener werden von weiblichen Kräften oder von mindestens zwei männlichen Transportbegleitern ausgeführt.

(7) Sind bei einem Transport mehrere Transportbegleiter erforderlich, so bestimmt die Transportbehörde einen von ihnen zum Transportleiter. Dieser erteilt den übrigen Transportbegleitern die erforderlichen Weisungen und ist dafür verantwortlich, daß die in dieser Vorschrift enthaltenen Anweisungen beachtet werden. Im Sammeltransport ist der Transportleiter, soweit es sich nicht um fahrtechnische Fragen handelt, auch Vorgesetzter der Fahrer und kann diese erforderlichenfalls zur Beaufsichtigung der Gefangenen heranziehen.

(8) Wird ein Transportbegleiter während des Transports dienstunfähig, so ist erforderlichenfalls von der nächsten Transportbehörde Ersatz zu erbitten; seine Dienststelle ist alsbald zu unterrichten.

7. Transportersuchen

(1) Voraussetzung für die Einleitung des Transports ist:

- a) ein Transportersuchen der zur Verfügung über den Gefangenen berechtigten Stelle nach Vordruck GTV 1 oder
- b) eine schriftliche Anordnung des Leiters der Anstalt, in der sich der Gefangene befindet (z. B. bei Ausantwortung, Verlegungen aus Vollzugsgründen).

(2) Transportanträge, besonders zur Wahrnehmung eines Termins, sind so rechtzeitig zu stellen, daß der Gefangene im Sammeltransport befördert werden kann. Sobald feststeht, daß der Gefangene nicht mehr benötigt wird, leitet die Empfangsstelle den Rücktransport ein, auch wenn die Auftragsstelle dies nicht ausdrücklich angeordnet hat.

(3) Bei abzuschiebenden Ausländern (vgl. N. 2 Buchst. f), die sich in Abschiebungshaft befinden, ist dem Transportersuchen eine beglaubigte Abschrift des Beschlusses nach § 6 Abs. 1 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen vom 29. 6. 1956 (BGBl. I S. 599) beizufügen. Der Beschluß muß eine Anordnung des Gerichts nach § 8 Satz 2 a. a. O. oder die Rechtskraftbescheinigung enthalten.

8. Vorbereitung der Transporte durch die Absendestelle

(1) Die Absendestelle prüft, wann und auf welchem Wege der Gefangene der Empfangsstelle zugeführt werden soll. Sie hat den Gefangenen so rechtzeitig in Marsch zu setzen, so daß er dort — besonders bei Überführung zur Wahrnehmung eines Termins — pünktlich eintritt.

(2) Für den Transport des Gefangenen ist ein Transportschein nach Vordruck GTV 2 auszustellen. Hin- und Rücktransport gelten als zwei Transporte.

(3) Bestehen Bedenken gegen die Transportfähigkeit des Gefangenen, so darf der Transport nur durchgeführt werden, wenn der zuständige Arzt die Transportfähigkeit festgestellt

hat. Dies gilt besonders bei Epileptikern, bei Gefangenen, die in ärztlicher Behandlung stehen und bei schwangeren Frauen und stillenden Müttern. Die Transportfähigkeit ist in diesem Falle auf dem Transportschein vom Arzt zu vermerken.

(4) Müssen dem Transportleiter — Transportbegleiter — für den Gefangenen Arzneimittel mitgegeben werden oder erscheinen besondere Behandlungshinweise für den Transport und für die Empfangsstelle angezeigt, so hat der Arzt dies in einer besonderen Anlage zum Transportschein zu vermerken.

(5) Der Transportgefangene kann in seiner eigenen Kleidung befördert werden, soweit nicht aus Sicherheitsgründen angeordnet wird, daß er Anstaltskleidung zu tragen hat. In Dienstkleidung sollen Gefangene nicht befördert werden. Die Absendestelle hat dafür zu sorgen, daß der Gefangene ordentlich gekleidet und gegen Kälte genügend geschützt ist. Etwa erforderliche zusätzliche Bekleidung ist mitzugeben. Anstaltskleidung ist von der Empfangsstelle an die Absendestelle zurückzusenden, wenn der Gefangene voraussichtlich nicht zur Absendestelle zurückkehrt.

(6) Soll ein Gefangener während des Transports — gegebenenfalls auch im Sammelwagen — gefesselt werden (vgl. Nr. 12) oder sind besondere Vorsichtsmaßregeln zu beachten, so ist dies auf dem Transportschein zu vermerken. Der Vermerk ist rot zu unterstreichen und zu unterschreiben. Die Fesselung darf nicht anheimgestellt werden.

9. Habe

(1) Der Gefangene darf mit sich führen:

- a) Mittel, die zur Körperpflege erforderlich sind,
- b) Gegenstände, die er aus gesundheitlichen und hygienischen Gründen benötigt (z. B. Arzneimittel, deren Aushändigung der Anstaltsarzt für unbedenklich hält, Wechselwäsche),
- c) Schriftstücke (auch persönliche Aufzeichnungen), die ihm für einen unmittelbar bevorstehenden Termin belassen werden müssen,
- d) Transportverpflegung und Tabakwaren (mit Feuerzeug oder Streichhölzern).

Nach Buchstabe b) mitgegebene Arzneimittel sind auf dem Transportschein zu vermerken.

(2) Im Sammeltransport ist zugleich auch die übrige Habe mitzubefördern, wenn der hierfür vorgesehene Raum ausreicht (vgl. hierzu Bemerkung im Kursbuch) und der Gefangene bei der Empfangsstelle verbleibt. Zurückgelassene Habe ist nachzusenden.

(3) Alle Gepäckstücke müssen gut verpackt sein und mit der Aufschrift oder einem Anhänger mit dem Namen des Gefangenen, der Absendestelle und der Empfangsstelle versehen sein. Ungenügend verpacktes oder beschriftetes Gepäck soll der Transportleiter — Transportbegleiter — zurückweisen. Die Gepäckstücke sind auf dem Transportschein ihrer Art und Zahl nach besonders zu vermerken.

(4) Die Habe von auszuliefernden oder abzuschiebenden Ausländern (vgl. Nr. 2 Buchst. e und f) ist so rechtzeitig abzusenden, daß sie spätestens gleichzeitig mit dem Gefangenen bei der von der Auftragsstelle bezeichneten Dienststelle eintrifft. Auf dem Transportschein ist zu vermerken, wann und wohin die Habe abgesandt worden ist.

10. Transportverpflegung

(1) Die Transportverpflegung richtet sich nach den von den Vollzugsverwaltungen der Länder vorgeschriebenen Sätzen. Sie wird höchstens für einen Tag mitgegeben, erstmalig von der Absendestelle, dann von den Übernachtungsanstalten.

(2) Das Brot ist in Scheiben zu schneiden und mit dem Belag zum Verzehr herzurichten.

(3) Der Transportleiter — Transportbegleiter — hat dafür zu sorgen, daß die Gefangenen ausreichend Kaffee oder Trinkwasser erhalten.

(4) Erhält ein Gefangener auf Grund ärztlicher Anordnung eine Sonderkost, so ist diese auf dem Transportschein nach Art und Umfang zu vermerken.

11. Durchführung der Transporte

(1) Der Gefangene ist unmittelbar vor dem Abtransport sorgfältig auf den Besitz verbotener Gegenstände zu durchsuchen und alsdann mit dem Transportschein und der für ihn mitzuführenden Habe dem Transportleiter — Transportbegleiter —

zu übergeben. Dem Transportschein sind die Personalunterlagen und ggf. auch die Ausweispapiere in einem verschlossenen Umschlag beizufügen. Auf dem Umschlag sind der Name des Gefangenen, die Absende- und Empfangsstelle und der Inhalt anzugeben. Die Übernahme hat der Transportleiter — Transportbegleiter — in einem Transportbuch (GTV 3), das bei jeder Vollzugsanstalt geführt wird, zu bescheinigen. In dieser Weise ist auch zu verfahren, wenn der Gefangene während des Transports nur vorübergehend in einer Vollzugsanstalt untergebracht war.

(2) Beim Sammeltransport trägt der Transportleiter den Namen des Gefangenen und die sonstigen Angaben in eine Transportliste (GTV 4) ein und läßt sich in ihr die spätere Übergabe bescheinigen. Beim Einzeltransport stellt die Empfangsstelle eine Einlieferungsbescheinigung aus.

(3) Beim Sammeltransport führt der Transportleiter neben der Transportliste einen Nachweis über die Zu- und Abgänge (GTV 5).

(4) Der Transportschein wird nach Beendigung des Transports zu den Personalakten genommen. Abgeschlossene Transportlisten und Nachweise sind drei Jahre lang nach der letzten Eintragung aufzubewahren. Für die Aufbewahrung der Transportbücher gilt Abschnitt VI der Bestimmungen über die Aufbewahrungsfristen für Akten, Register und Urkunden bei den Justizbehörden.

12. Anwendung unmittelbaren Zwanges

Die Anwendung unmittelbaren Zwanges, besonders die Fesselung und der Gebrauch von Schusswaffen, richten sich nach den hierzu ergangenen Vorschriften. Bei Untersuchungsgefangenen ist § 119 Abs. 5 und 6 StPO zu beachten.

Dazu wird ergänzend bestimmt:

- a) Über die Fesselung entscheidet die Absendestelle, soweit die Auftragsstelle nicht bereits im Transportersuchen eine Anordnung getroffen hat. Beim Sammeltransport bezieht sich die Anordnung der Fesselung auf den Weg vom und zum Sammelwagen. Soll ein Gefangener während der Fahrt aus besonderen Gründen gefesselt bleiben, so ist dies von der Dienststelle, welche die Entscheidung über die Fesselung trifft, besonders anzuordnen (vgl. Nr. 8 Abs. 6.) Die ohne vorherige Genehmigung des zuständigen Richters (§ 119 Abs. 6 Satz 1, § 126 StPO) von der Absendestelle angeordnete Fesselung eines Untersuchungsgefangenen ist dem zuständigen Richter unverzüglich mitzuteilen.
- b) Erweist sich die Fesselung aus Gründen, die erst während des Transports auftreten, als notwendig, so kann sie der Transportleiter — Transportbegleiter — anordnen. Eine Fesselung auf dem Rücken kommt nur aus zwingenden Gründen in Betracht. Die ohne richterliche Anordnung von dem Transportleiter — Transportbegleiter — bewirkte Fesselung eines Untersuchungsgefangenen ist dem zuständigen Richter (§ 126 StPO) mitzuteilen. Aus diesem Grunde hat der Transportleiter — Transportbegleiter — auf der Rückseite des Transportscheines unter „Sonstige Vermerke“ den Grund, die Art und die Dauer der Fesselung zu vermerken und auf die Notwendigkeit der Mitteilung an den zuständigen Richter durch die Empfangsstelle hinzuweisen.
- c) Der Transportleiter — Transportbegleiter — hat den Gefangenen vor Beginn des Transports darauf hinzuweisen, daß — besonders bei Fluchtversuch und Meuterei — von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden kann.

13. Besondere Vorkommnisse

(1) Wird während des Transports ärztliche Hilfe erforderlich, ist diese sobald wie möglich zu gewähren. Ist der Gefangene nicht mehr transportfähig, so ist die nächste Vollzugsanstalt um Übernahme zu bitten. Diese benachrichtigt unverzüglich die Absendestelle, die Auftragsstelle und die Empfangsstelle.

(2) Entweicht ein Gefangener, so sind die zur Wiederergreifung erforderlichen Maßnahmen zu treffen, vor allem ist sofort die nächste Polizeidienststelle zu verständigen und um Verfolgung zu bitten. Die Transportbehörde ist unverzüglich zu benachrichtigen, die das Erforderliche veranlaßt.

(3) Der Transportleiter — Transportbegleiter — hat besondere Vorkommnisse während des Transports (Erkrankungen, Entweichungen, Entweichungsversuche, Selbstmordversuche, Widersätzlichkeiten der Gefangenen, Unfälle usw.) der Transportbehörde zu melden. Diese berichtet über Vorkommnisse größerer Bedeutung der vorgesetzten Dienststelle.

14. Transportkosten

- (1) Transportkosten sind nur zu berechnen, wenn
- die Auftragsstelle im Einzelfalle darum ersucht; die Kosten sind der Auftragsstelle mitzuteilen,
 - ein Einzeltransport in ein anderes Land für eine Auftragsstelle dieses Landes durchzuführen ist; die Kosten sind von der Auftragsstelle einzufordern,
 - ein Einzeltransport im persönlichen Interesse des Gefangenen durchgeführt wird (vgl. Nr. 5 Abs. 3 Buchstaben b); die Kosten sind von dem Gefangenen einzuziehen.

Im übrigen trägt jede Transportbehörde ihre Kosten endgültig selbst.

(2) Die Berechnung der Transportkosten obliegt beim Sammeltransport der Empfangsstelle, beim Einzeltransport der Transportbehörde, die den Gefangenen der Empfangsstelle zugeführt hat.

(3) Für die Beförderung im Sammeltransport ist ein Pauschalsatz von 0,20 DM für den laufenden Kilometer zu berechnen. Damit sind auch die Nebenkosten abgegolten. Für die Berechnung ist ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Transportweg die Entfernung auf dem kürzesten Schienenwege maßgebend.

- (4) Zu den Transportkosten des Einzeltransports gehören:
- die Kosten für die Beförderung des Gefangenen,
 - Reisekostenvergütungen für Transportbegleiter,
 - sonstige notwendige bare Auslagen.

Zweiter Teil**Gefangenensammeltransporte****15. Umläufe**

(1) Sammeltransporte werden planmäßig mit den dafür bestimmten Gefangenentransportwagen durchgeführt. Die Transportbehörden und die Strecken und Zeiten der fahrplanmäßigen Umläufe werden mit den vorgesehenen Anschlüssen in dem Kursbuch für den Gefangenensammeltransport bekanntgegeben. An gesetzlichen Feiertagen fallen die Umläufe aus. Benötigt ein Umlauf für die Fahrstrecke mehrere Tage und fällt einer dieser Tage auf einen gesetzlichen Feiertag, so fällt der Umlauf auch an den zugehörigen Werktagen aus.

(2) Der Transportleiter ist dafür verantwortlich, daß der im Fahrplan vorgeschriebene Umlaufkurs eingehalten wird.

16. Gefangenentransportwagen

(1) Für jeden Gefangenentransportwagen ist ein Fahrer einzuteilen, der für den verkehrssicheren und betriebssicheren Zustand sowie für die ständige Einsatzbereitschaft des Fahrzeugs verantwortlich ist. Mängel hat er der Transportbehörde zu melden, die das Erforderliche veranlaßt.

(2) Die Gefangenentransportwagen sind je nach den Erfordernissen mit einem Fahrer oder mit zwei Fahrern zu besetzen. Die Fahrer müssen für die schwierige Aufgabe geeignet sein. Sind zwei Fahrer eingesetzt, so haben sie sich so rechtzeitig abzuwechseln, daß keine Übermüdung eintreten kann. Die Zeit, während der jeder Fahrer das Fahrzeug gefahren hat, ist im Fahrtenbuch zu vermerken. Der Fahrer darf das Fahrzeug erst verlassen, wenn er sichergestellt hat, daß der Wagen nicht unbefugt in Betrieb genommen werden kann.

(3) Im Fahrbetrieb geht die fahrtechnische Sicherheit allen anderen Belangen vor. Eine Fahrgeschwindigkeit von 80 km/h darf nicht überschritten werden. Wird die Fahrsicherheit durch Nebel, Glatteis usw. erheblich behindert, so entscheidet der Fahrer im Benehmen mit dem Transportleiter, ob und wie der Transport durchzuführen ist.

(4) Treten während der Fahrt Mängel am Gefangenentransportwagen auf, die seine Verkehrssicherheit beeinträchtigen und nicht sofort beseitigt werden können, so ist er auf dem kürzesten Wege aus dem Verkehr zu ziehen. Der Transportleiter veranlaßt, daß die Transportbehörde alsbald verständigt wird und trifft die zur Sicherung des Transports erforderlichen Maßnahmen.

(5) In jedem Gefangenentransportwagen sind so viele Handfesseln mitzuführen, daß im Bedarfsfalle alle Gefangenen gefesselt werden können.

(6) Schußwaffen dürfen, von Notfällen abgesehen, im Transportraum nicht getragen werden. Sie sind an einer hierfür geeigneten Stelle des Fahrerhauses griffbereit aufzubewahren. Beim Verlassen des Wagens ist jeder Bedienstete für die sichere und sachgemäße Verwahrung seiner Schußwaffe verantwortlich.

17. Durchführung der Sammeltransporte

(1) Der Transportleiter hat sich vor Antritt einer jeden Fahrt davon zu überzeugen, daß

- der Transportraum des Fahrzeugs sich in einem ordnungsgemäßen und sicheren Zustand befindet,
- das vorgeschriebene Gerät vollzählig und gebrauchsfähig vorhanden ist,
- Lüftung, Heizung und elektrische Rufanlage in Ordnung sind.

Der Transportleiter ist dafür verantwortlich, daß der Gefangenentransportwagen während des Transports ständig ausreichend beaufsichtigt ist. Er darf außer den Gefangenen und den Transportbegleitern weitere Personen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Leiters der Transportbehörde mitnehmen.

(2) Die Transportbegleiter haben ihre Plätze im Gange des Gefangenentransportwagens so zu wählen, daß sie die Zellentüren ständig überblicken können. Während der Fahrt, besonders auf freier Strecke, sollen die Zellen nicht geöffnet werden. Ist dies aus zwingenden Gründen ausnahmsweise notwendig, so ist der Wagen vorher anzuhalten. Vor dem Aufschließen einer Zelle haben der Beifahrer und erforderlichenfalls auch der Fahrer sich mit griffbereit getragener Schußwaffe vor der Einstiegtür des Wagens aufzustellen.

(3) Erscheint dem Transportleiter im Laufe des Transports die Sicherheit nicht mehr genügend gewährleistet, so hat er die nächste Polizeidienststelle oder Vollzugsanstalt um Unterstützung zu bitten.

(4) Wenn das Fahrzeug auf der Fahrt zwischen zwei Anstalten geräumt werden muß, sind den Gefangenen Handfesseln anzulegen. Der Transportleiter bestimmt den Standort der mit Schußwaffen ausgerüsteten Beamten. Notfalls ist von der nächsten Polizeidienststelle oder Vollzugsanstalt zusätzliche Hilfe zur Sicherung des Transports zu erbitten.

(5) An den Übergabestellen sind die Zellen erst dann aufzuschließen, wenn der mit der Übernahme oder Übergabe der Gefangenen beauftragte Beamte erschienen ist.

(6) Nach Beendigung des Transports und auf Übernachtungsstationen vergewissert sich der Transportleiter, daß alle Zellen geräumt sind. Er prüft zugleich den Transportraum auf etwaige Beschädigungen oder andere Mängel und sorgt für deren Abstellung.

18. Unterbringung der Gefangenen

(1) Im Gefangenentransportwagen dürfen nicht mehr Gefangene befördert werden, als Sitzplätze in den Zellen vorhanden sind. Die Türen der Zellen sind ständig mit allen vorhandenen Verschlussmöglichkeiten zu sichern.

(2) Weibliche Gefangene sind so unterzubringen und zu beaufsichtigen, daß jede Verbindung zwischen ihnen und den männlichen Gefangenen ausgeschlossen ist.

(3) Untersuchungsgefangene sind von Strafgefangenen nach Möglichkeit, Jugendliche und Heranwachsende, die nicht aus dem Jugendstrafvollzug ausgenommen sind, von erwachsenen Gefangenen in jedem Falle zu trennen. Tatgenossen sind getrennt voneinander unterzubringen. Dem Ersuchen einer Auftragsstelle, bestimmte Gefangene einzeln unterzubringen oder voneinander getrennt zu halten, ist zu entsprechen.

(4) Gewalttätige Gefangene sind in Einzelzellen unterzubringen. Reichen diese nicht aus, so dürfen Gemeinschaftszellen für ihre Unterbringung in Anspruch genommen werden; bestehen hiergegen im Einzelfalle Bedenken, so kann der Transportleiter die Übernahme der Gefangenen ablehnen.

(5) Das Rauchen im Sammelwagen ist gestattet. Der Transportleiter kann das Rauchen zeitweilig untersagen, wenn die Luftverhältnisse oder andere Umstände es erfordern.

Dritter Teil

Einzel- und Sondertransporte

19. Einzeltransporte

- (1) Einzeltransporte werden grundsätzlich von der für die Absendestelle zuständigen Transportbehörde durchgeführt (vgl. Nr. 3 Buchst. a). Bei Bahntransporten kann für die Überführung des Gefangenen vom Bestimmungsbahnhof zur Empfangsstelle deren Unterstützung angefordert werden.
- (2) Muß der Transport länger als 24 Stunden unterbrochen werden, so hat die nächstgelegene Vollzugsanstalt den Gefangenen zu übernehmen und die Weiterbeförderung als neuen Transport zu veranlassen. Auftragsstelle, Absendestelle und Empfangsstelle sind von der Unterbrechung unverzüglich zu benachrichtigen.
- (3) Der Transport ist so durchzuführen, daß der Gefangene möglichst vor Eintritt der Dunkelheit bei der Empfangsstelle eintrifft.
- (4) Bei länger dauerndem Einzeltransport kann dem Gefangenen aus eigenem Geld oder aus der Arbeitsbelohnung ein Betrag zur Beschaffung von Erfrischungen ausgehändigt werden. Der Betrag soll im allgemeinen 2,— DM nicht übersteigen; er ist auf dem Transportschein zu vermerken. Alkoholhaltige Getränke dürfen nicht beschafft werden.
- (5) Bei Bahntransporten hat der Transportbegleiter im Benehmen mit dem Zugbegleitpersonal dafür zu sorgen, daß der Gefangene nach Möglichkeit in einem besonderen Abteil untergebracht wird.
- (6) Die Transportbegleiter sind verpflichtet, Rücktransporte vom Bestimmungsort zu übernehmen, falls diese an ihrem Dienstort enden und nicht besondere Gründe entgegenstehen.

20. Sondertransporte

Gruppenverlegungen außerhalb der Umlaufpläne für den Sammeltransport werden als Sondertransporte durchgeführt.

Die Vorschriften über den Sammeltransport sind entsprechend anzuwenden, soweit die Aufsichtsbehörde nichts anderes bestimmt. Transportscheine sind nicht erforderlich.

Vierter Teil

Sonderbestimmungen und Schlußvorschriften

21. Lufttransporte von und nach Berlin

- (1) Transportbehörde für Lufttransporte zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet ist der Polizeipräsident in Berlin, Abt. K — Überführungsstelle. Lufttransporte beginnen und enden, sofern der Zu- und Abtransport innerhalb des Bundesgebietes im Gefangenessammeltransport durchgeführt wird, in Hannover. In besonders gelagerten Einzelfällen kann auch ein anderer Luftweg benutzt werden.
- (2) Die Transportbehörden innerhalb des übrigen Bundesgebietes dürfen für Berlin bestimmte Gefangene erst dann nach Hannover überführen, wenn der Polizeipräsident in Berlin darum ersucht hat.
- (3) Die eigenen Sachen, Gelder und Wertsachen der Gefangenen müssen von den Absendestellen unmittelbar an die Empfangsstelle geschickt werden.
- (4) Die Transportkosten hat die Auftragsstelle zu tragen; sie hat die Übernahme der Kosten bei Auftragserteilung zuzusichern.

22. Schlußvorschrift

Diese Vorschrift tritt am 1. Januar 1974 in Kraft.

Damit verlieren die Erlasse vom 13. Februar 1963 (StAnz. S. 339), 4. März 1963 (StAnz. S. 348), 2. Dezember 1966 (StAnz. S. 1603), 13. September 1968 (StAnz. S. 1502), 22. März 1971 (StAnz. S. 587), 10. Oktober 1972 (StAnz. S. 1795) ihre Gültigkeit.

Wiesbaden, 14. 12. 1973

Der Hessische Minister des Innern
III B 1 — 26 c 12
StAnz. 2/1974 S. 50

*

Anlage 1

(Ort und Tag)

(Behörde)

Geschäfts-Nr.: _____

Fernruf: _____

L

T

L

J

Transportersuchen

Name, Vorname, Geburtstag des Gefangenen

In Haft für (Behörde, Geschäfts-Nr.)

Vollzugsanstalt, in die der Gefangene überführt werden soll

Grund des Transports (z. B. Termin am)

Transportart: Sammeltransport/Einzeltransport *)

Mitteilung der Kosten erforderlich: Ja/nein *)

Besondere Bemerkungen (z. B. erforderliche Sicherungsmaßnahmen):

Im Auftrag

*) Nichtzutreffendes streichen

GTV I Transportersuchen — Nr. 7 GTV —

Straßenamt Darmstadt (10. 70 5000)

(Unterschrift und Amtsbezeichnung)

Anlage 4 (Seite 2)

Lfd. Nr.	Ort der Aufnahme	Name, Vorname, Geburtstag des Gefangenen	Absendestelle
1	2	3	4

Anl. 4 (Seite 3)									
Empfangsstelle	Zelle Nr.	Ort der Übergabe	Zahl der Anlagen mit Anlaufort	Zahl der Gepäckstücke			Übernahmebescheinigung (Unterschrift, Amtsbezeichnung und Dienststelle des Übernehmenden)		
				Aktenlasten	Koffer	Pakete			
5	6	7	8	9	10				

Anl. 5 (Seite 1)

Begonnen am _____ (Behörde)
 Geschlossen am _____

Nachweis über die Zu- und Abgänge im Sammelttransport
 Umlauf _____

Anleitung:

1. Für jeden Umlauf ist ein besonderer Nachweis zu führen.
2. Einzutragen sind alle Orte, an denen Gefangene zu- oder abgegangen sind.
3. Der Nachweis ist täglich abzuschließen und aufzurechnen.

GTV 5 U 5 E Nachweis über die Zu- und Abgänge im Sammelttransport — Nr. 11 GTV —

Anl. 5 (Seite 2/3)

Datum												
Wochentag (abgekürzt)												
Ort	zu	ab										
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
u.w.												

Anlage 3 (Seite 1)

Begonnen am _____ (Behörde)
 Geschlossen am _____

Transportbuch

Dieses Buch enthält _____ Blätter.
 den _____

(Unterschrift, Amtsbezeichnung)

Unterschrift, Amtsbezeichnung	Geführt von
_____ bis _____	_____ vom _____
_____ bis _____	_____ vom _____
_____ bis _____	_____ vom _____
_____ bis _____	_____ vom _____
_____ bis _____	_____ vom _____

- Anleitung:
1. Eintragungen sind alle Gefangenen, die im Transportwege der Vollzugsanstalt zugeführt werden oder sie verlassen.
 2. Die Spalten 2 und 3 werden nicht ausgefüllt, wenn die Vollzugsanstalt zugleich Absendestelle ist.

GTV 3 Transportbuch — Nr. 11 GTV —

Anl. 3 (Seite 2)

Lfd. Nr.	Tag des Zugangs	Ums- a) Name b) Vorname, Geburtstag des Gefangenen	a) Absendestelle b) Empfangsstelle	Tag des Abgangs	Umlauf	Bezeichnung über die Übernahme des Gefangenen einschl. der auf dem Transportschein bez. Anlagen und Gepäckstücke	
1	2	3	4	5	6	7	8
		a) _____ b) _____	a) _____ b) _____				
		a) _____ b) _____	a) _____ b) _____				

u.w.

Anlage 4 (Seite 1)

Begonnen am _____ (Behörde)
 Geschlossen am _____

TRANSPORTLISTE
Umlauf _____

- Anleitung:
1. Für jeden Tag des Umlaufs ist ein besonderer Abschnitt einzurichten. Dabei ist zuerst anzugeben:
 - a) Tag des Umlaufs,
 - b) Namen des Transportleiters und der übrigen Transportbegleiter,
 - c) Namen des Fahrers und des Ersatzfahrers,
 - d) Pol. Kennzeichen des Kfz.
 2. Bei weiblichen Gefangenen ist der Name in Spalte 3 rot zu unterstreichen.

GTV 4 Transportliste — Nr. 11 GTV —

Anl. 4 (Seite 1)

67

**Gefangenentransportvorschrift (GTV)
vom 14. Dezember 1973;**

hier: **Ergänzende Bestimmungen des Landes Hessen
(EBGTV)**

Gemeinsamer Runderlaß

Abschnitt A

I.

Zu Nr. 1:

Die Zuständigkeit zwischen Polizei und Justizverwaltung wird wie folgt abgegrenzt:

1. Der Polizei obliegt

- a) die Beförderung von Gefangenen zum Zwecke ihrer Verlegung aus einer Vollzugsanstalt in eine andere, sofern die Anstalten nicht in demselben Ort liegen,
- b) die Vorführung aus Vollzugsanstalten zu Terminen bei Gerichten, die außerhalb des Verwaltungsortes liegen,
- c) die Vollzugshilfe gemäß § 44 Abs. 3 HSOG i. d. F. vom 26. Januar 1972 (GVBl. I S. 24), geändert durch Gesetz vom 23. Mai 1973 (GVBl. I S. 160), wenn bei besonderer Gefährlichkeit eines Rechtsbrechers die Justizbehörde ihre Maßnahmen zur Gefahrenabwehr nicht selbst durchsetzen kann. Im Hinblick auf die an die Polizei gestellten vielfältigen anderweitigen Anforderungen ist von der Bestimmung zu c) nur Gebrauch zu machen, wenn dies unumgänglich notwendig ist.

2. Der Justizverwaltung obliegt

- a) die Beförderung von Gefangenen zum Zwecke ihrer Verlegung aus einer Vollzugsanstalt in eine andere an demselben Ort liegende Vollzugsanstalt (Überstellung),
- b) der Ordnungs- und Sicherheitsdienst bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften, soweit nicht Vollzugshilfe unumgänglich notwendig ist (vgl. Ziff. 1 c),
- c) die Vorführung aus Vollzugsanstalten zu Terminen bei Gerichten, die an demselben Ort liegen, soweit nicht Vollzugshilfe unumgänglich notwendig ist (vgl. Ziff. 1 c),
- d) die Vorführung aus Vollzugsanstalten zu nichtgerichtlichen Amtshandlungen, beim Arzt oder in Krankenhäusern am Ort und außerhalb des Verwahrungsortes, soweit nicht der Gefangenensammeltransport in Anspruch genommen werden kann,
- e) die Ausführung aus Vollzugsanstalten zur Erledigung persönlicher Angelegenheiten (z. B. Beerdigung von nächsten Angehörigen, Beschaffung von Unterlagen für ein heranstehendes Verfahren, Besorgung unaufschiebbarer geschäftlicher Angelegenheiten),
- f) die Fahrten zu Arbeitsstellen.

II.

Zu Nr. 2 e und f:

Auszuliefernde Ausländer sind Personen, die auf Grund des Auslieferungsgesetzes vom 23. Dezember 1929 (RGBl. I S. 239) in der Fassung vom 12. September 1933 (RGBl. I S. 618) oder zwischenstaatlicher Vereinbarungen an einen ausländischen Staat zur Strafverfolgung oder Strafvollstreckung auszuliefern sind.

Durchzuliefernde Ausländer sind Personen, die aus einem ausländischen Staat durch das Gebiet der Bundesrepublik in einen anderen ausländischen Staat befördert werden.

Abzuschiebende Ausländer sind solche Personen, gegen die auf Grund des Ausländergesetzes vom 28. April 1965 (BGBl. I S. 353), geändert durch Gesetz vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503), vom 25. Juni 1968 (BGBl. I S. 741) und vom 23. Juni 1970 (BGBl. I S. 805), ein Aufenthaltsverbot oder eine Ausweisungsverfügung erlassen worden ist und die unter Anwendung unmittelbaren Zwanges aus dem Bundesgebiet entfernt werden.

Auszuliefernde, durchzuliefernde und abzuschiebende Ausländer können im Sammeltransport befördert werden.

Ausländer, gegen die auf Grund eines Beschlusses gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 599), geändert durch Art. 9 Ziff. 20 des Familienrechtsänderungsgesetzes vom 11. August 1961 (BGBl. I S. 1221), zur Sicherung der Abschiebung „Abschiebungshaft“ verhängt wird, sind dann in Vollzugsanstalten des Landes Hessen aufzunehmen, wenn in dem Beschluß nach § 6 Abs. 1 a. a. O. ausdrücklich die Unterbringung in einer Vollzugsanstalt der Justizverwaltung angeordnet ist oder der Ausländerpolizeibehörde als zuständiger Verwaltungsbehörde im Sinne von § 8 Satz 3 a. a. O. ein für den Vollzug der Abschiebungshaft geeignetes Polizeigewahrsam nicht zur Verfügung steht. Ein entsprechendes Ersuchen der zuständigen Verwaltungsbehörde muß vorgelegt werden.

Abschiebungshäftlinge können auch zur Vereinfachung des Gefangenensammeltransportes vorübergehend in den Vollzugsanstalten untergebracht werden.

Abschiebungshäftlinge finden Aufnahme in allen Vollzugsanstalten, die nach dem Vollstreckungsplan für das Land Hessen gleichzeitig zur Aufnahme von Untersuchungsgefangenen bestimmt sind.

Soweit Ausländer, die sich in Strafhaft oder in Sicherungsverwahrung befinden, nach Abschluß des Vollzugs abgeschoben werden, verbleibt es bei dem seitherigen Verfahren.

III.

Zu Nr. 3 a:

Transportbehörden sind für den Bereich der Vollzugspolizei

1. die Polizeiprääsidenten,
2. die Polizeidirektionen,
3. die Polizeikommissariate in den Landkreisen.

IV.

Zu Nr. 3 c:

Sondertransporte werden entweder von den für den Sammeltransport zuständigen Transportbehörden oder von den Polizeidienststellen durchgeführt, die vom Hessischen Minister des Innern besonders bestimmt werden.

V.

Zu Nr. 5 Abs. 2 a:

Dieser Personenkreis kann in den zum Sammeltransport benutzten Spezialfahrzeugen grundsätzlich von erwachsenen Gefangenen getrennt gehalten und deshalb regelmäßig im Sammeltransport befördert werden.

VI.

Zu Nr. 6 Abs. 6:

Diese Bestimmung gilt besonders für den Einzeltransport.

VII.

Zu Nr. 7 Abs. 1 b:

Ausgeantwortet ist der Gefangene, der vorübergehend einer anderen Behörde unmittelbar oder zu ihrer Verfügung in eine andere Vollzugsanstalt überstellt wird.

VIII.

Zu Nr. 8 Abs. 4:

Aus dem Vermerk des Arztes muß die genaue Bezeichnung des Medikamentes, die Dosierung sowie die Menge der mitgegebenen Arzneimittel klar ersichtlich sein.

Die Medikamente sind für jeden Gefangenen jeweils gesondert zu verpacken und dem Transportleiter — Transportbegleiter — auszuhändigen, dem alsdann die Verteilung gemäß der ärztlichen Anweisung obliegt.

IX.

Zu Nr. 8 Abs. 5:

Die absendende Anstalt stellt ein Verzeichnis über die dem Gefangenen überlassenen Kleidungsstücke auf, das von ihm zu unterschreiben ist, und fügt das Verzeichnis den Personalunterlagen bei.

Die aufnehmende Anstalt prüft nach Übernahme des Gefangenen die Vollständigkeit der Kleidung.

X.

Zu Nr. 10 Abs. 3:

Im Sammeltransport werden Kaffee oder Trinkwasser von den Vollzugsanstalten zur Verfügung gestellt, bei denen nach dem Kursbuch die Verpflegung eingenommen wird. Bei anderen Transportarten richtet sich das Verabreichen von Getränken nach den örtlichen Gegebenheiten.

XI.

Zu Nr. 11 Abs. 4:

Abgeschlossene Transportlisten und Nachweise sind bei den für den Sammeltransport zuständigen Transportbehörden aufzubewahren und nach Ablauf der Frist zu vernichten.

XII.

Zu Nr. 12:

Die sichere Durchführung des Gefangenentransportes muß notfalls durch Anwendung unmittelbaren Zwanges gewährleistet werden. Bei der Anwendung unmittelbaren Zwanges ist dabei das Mittel zu wählen, das den Gefangenen am wenigsten beeinträchtigt. Diesem Grundsatz wird durch die Anwendung des Hilfsmittels der Fessel entsprochen (§§ 2, 3 und 4 des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der Ausübung öffentlicher Gewalt vom 11. November 1950 — GVBl. S. 247), geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1964 (GVBl. I S. 209) und vom 18. März 1970 (GVBl. I S. 245).

XIII.

Zu Nr. 13 Abs. 1:

Unter Satz 2 fällt auch die zunächst nur verwaltungsmäßige Übernahme (eventuelle Bewachung, Kostenübernahme) von erkrankten oder verunglückten Gefangenen, deren Zustand die Überführung in die nächste geeignete Vollzugsanstalt nicht zuläßt und die deshalb in das nächstgelegene öffentliche Krankenhaus eingeliefert werden müssen.

XIV.

Zu Nr. 14:

- Bei allen Gefangenentransporten, die in einem gerichtlichen Verfahren erforderlich werden und deren Empfangsstelle im Lande Hessen liegt, haben die Auftragsstellen die nach Nr. 14 Abs. 2 GTV hierfür zuständigen Behörden um Berechnung und Mitteilung der Transportkosten zu ersuchen (Nr. 14 Abs. 1 a GTV).
- Aufwendungen, die staatliche Ausländerpolizeibehörden infolge der Beförderung von Ausländern zu tragen haben, werden vom Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei auf Antrag erstattet.

XV.

Die Vordrucke 1—5 (s. GTV Nr. 7, 8, 11) werden in der Druckerei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt, Fritz-Bauer-Haus, aufgelegt und zum Bezug vorrätig gehalten.

Abschnitt B

Mit Wirkung vom 1. Januar 1974 werden die Gemeinsamen Erlasse vom 13. Februar 1963 (StAnz. S. 346 = JMBl. S. 57) und vom 13. Juli 1973 (StAnz. S. 1379) aufgehoben.

Wiesbaden, 14. 12. 1973 **Der Hessische Minister des Innern**
III B 1 — 26 e 12

Der Hessische Minister der Justiz
4460 — IV/3 — 1831/73
StAnz. 2/1974 S. 57

68

Statische Prüfung genehmigungspflichtiger Bauvorhaben;
hier: Prüferingenieure für Baustatik
Bezug: Erlaß vom 22. 1. 1952 (StAnz. S. 82)

Nachstehend gebe ich ein neues Verzeichnis der im Lande Hessen anerkannten Prüferingenieure für Baustatik nach dem Stande vom 1. 11. 1973 bekannt.

Das am 22. 1. 1952 herausgegebene Verzeichnis und die dazu ergangenen Ergänzungen sind dadurch gegenstandslos geworden.

Wiesbaden, 11. 12. 1973 **Der Hessische Minister des Innern**
V A 2 — 64 a 06/03 — 1/73
StAnz. 2/1974 S. 58

*

Verzeichnis der im Lande Hessen anerkannten Prüferingenieure für Baustatik

(Stand: 1. 11. 1973)

Nr.	Name	Anschrift Fernruf	Anerkannt für Fachrichtg.*)
1	von Ascheberg, Steffen Dipl.-Ing.	3500 Kassel-Wilhelmshöhe Humboldtstr. 20 1 68 61	— M H
2	Bachmann, Wilhelm Dipl.-Ing.	6845 Groß-Rohrheim Allmannsporte 5 Biblis 3 48	St M —
3	Bachtadse, Ilia Dipl.-Ing.	6100 Darmstadt Mathildenplatz 5 2 12 98	St — —
4	Becker, Helmut Dipl.-Ing.	6050 Offenbach (Main) Luisenstr. 43/45 88 26 77	— M H
5	Bischoff, Friedrich Dipl.-Ing.	6000 Frankfurt (Main) Wilhelm-Beer-Weg 127 68 11 06	— M H
6	Born, Joachim Dipl.-Ing.	6100 Darmstadt Merckstr. 8 2 23 02	— M H
7	Bretthauer, Georg Dr.-Ing.	6200 Wiesb.-Sonnenberg Kloppenheimer Steige 5 54 04 57	— M H
8	Burkhardt, Heinz Dipl.-Ing.	6050 Offenbach (Main) Luisenstr. 63 88 70 11	— M H
9	Cezanne, Ludwig Dipl.-Ing.	6000 Frankfurt (Main) Bockenheimer Landstr. 70 70 10 17	— M H
10	Cornelius, Wilhelm Dr.-Ing.	6100 Darmstadt Olbrichweg 23 4 47 90	St — —
11	Deutsch, Heinz Dipl.-Ing.	6000 Frankfurt (Main) Weserstr. 61 23 87 45	St M H
12	Eisfeld, Erich Ing. (grad.)	3500 Kassel-Wilhelmshöhe Elsässer Str. 10 28 03	— — H
13	Fehling, Gerhard Dipl.-Ing.	6400 Fulda Akazienweg 2 24 55	— M H
14	Freke, Friedrich jun. Dipl.-Ing.	6430 Bad Hersfeld Güldene Kammer 50 42 42	— M H
15	Fuchssteiner, Wilhelm Dr.-Ing.	6100 Darmstadt Ludwigplatz 8 7 14 71	St M H
16	Gerganow, Wladimir Dipl.-Ing.	6100 Darmstadt Haubachweg 3 7 44 81	— M H
17	Gravert, Friedr. Wilh. Dr.-Ing.	6000 Frankfurt (Main) Hermannstr. 31 1 52 51	— M H
18	Heckerroth, Heinz Dipl.-Ing.	6232 Bad Soden (Ts.) Goethestr. 14 2 60 31	St M H
19	Held, Wilhelm Dipl.-Ing.	6200 Wiesbaden Mathildenstr. 10 7 28 53	— M H
20	Hinz, Erich Dipl.-Ing.	6000 Frankfurt M.-Nied Schlephakestr. 4 31 22 93	— M H
21	Jäger, Eberhard Dipl.-Ing.	3500 Kassel-Wilhelmshöhe Friedrich-Naumann- Straße 23 3 50 08	— M H
22	Jungbluth, Otto Prof. Dr.-Ing.	6100 Darmstadt Alexanderstr. 7	St — —
23	Kiefer, Gerhard Dr.-Ing.	6100 Darmstadt Hilpertstr. 20 8 62 77	— M H
24	Klöppel, Kurt Prof. Dr.-Ing.	6100 Darmstadt Dieburger Str. 183 7 38 15	St M H

*) St = Stahlbau
M = Massivbau (Stein-, Beton- und Stahlbetonbau)
H = Holzbau

Nr.	Name	Anschrift Fernruf	Fachrichtg.)* Anerkannt für
25	König, Gert Dr.-Ing.	6000 Frankfurt (Main) Hermannstr. 31 1 52 51	— M H
26	Krebs, Albert Dr.-Ing.	6100 Darmstadt Hilpertstr. 20 8 62 77	St M H
27	Kürschbasche, Raman Dipl.-Ing.	6000 Frankfurt (Main) Am Lindenbaum 24 52 40 41	— M H
28	Lebender, Walter Dr.-Ing.	6450 Hanau Am Hexenpfad 17a 2 12 40	— M H
29	Lemcke, Helmut Dipl.-Ing.	6100 Darmstadt Bismarckstr. 54 2 32 28	St — —
30	Ludwig, Erich Dr.-Ing.	6227 Winkel (Rheingau) Hauptstr. 147 7 25	St M H
31	Lückoff, Kurt Dipl.-Ing.	6340 Dillenburg Julianenstr. 21 69 33	St — —
32	Lüer, Otto Ing. (grad.)	3500 Kassel Behringstr. 6 2 76 86	— M H
33	Mann, Walther Prof. Dr.-Ing.	6100 Darmstadt Claudiusweg 19 B 4 72 75	— M H
34	Müller, Jochen Dipl.-Ing.	3550 Marburg (Lahn) Schützenstr. 30 b 6 71 46	— M H
35	Neugebauer, Rudolf Prof. Dr.-Ing.	6100 Darmstadt Am Erlenberg 17 4 82 14	St — — (bevorzugt für Tragwerke der Förder- technik)
36	Peschick, Hans Dipl.-Ing.	3500 Kassel Humboldtstr. 20 1 68 61	St M H
37	Raiß, Ekkehard Ing. (grad.)	6078 Neu-Isenburg Dornhofstr. 24 2 20 04	— M H
38	Rodemer, Herbert Dipl.-Ing.	6320 Alsfeld Schubertstr. 14 34 51	St M H

Nr.	Name	Anschrift Fernruf	Fachrichtg.)* Anerkannt für
39	Rothe, Karl Dipl.-Ing.	3500 Kassel-Ha. Friedr.-Ebert-Str. 3 7 20 51	— M H
40	Ruffer, Dittmar Dipl.-Ing.	6200 Wiesbaden-Rambach Blütenstr. 6 5 45 55	— M H
41	Schardt, Richard Prof. Dr.-Ing.	6100 Darmstadt Roemheldweg 2 4 53 61	St M H
42	Schneider, K. H. Dipl.-Ing.	6000 Frankfurt (Main) Hermannstr. 31 1 52 51	— M H
43	Sint, Oskar Dr.-Ing.	3440 Eschwege Richard-Wagner-Str. 27 20 39	St M —
44	Slomski, Wolfgang Dipl.-Ing.	3500 Kassel Akazienweg 21 1 68 36	— M H
45	Thomas, Dietrich Ing. (grad.)	6000 Frankfurt (Main) Weserstr. 61 23 87 45	— M H
46	Thomsing, Martin Dipl.-Ing.	6100 Darmstadt-Eberstadt Frankensteiner Str. 157 79 00 02	— M H
47	Wameling, Kurt Dipl.-Ing.	6050 Offenbach-Bieber Im Birkengrund 33 89 21 39	St M H
48	Weihermüller, Heinz Dr.-Ing.	6200 Wiesbaden Schöne Aussicht 44 37 39 50	St M H
49	Weise, Hans Dr.-Ing.	6100 Darmstadt Roquetteweg 30 A 4 72 16	— M H
50	Wittneben, Hans Dr.-Ing.	6368 Bad Vilbel Giebener Str. 25 6 44 58	— M H
51	von Wolff, Walter Ing. (grad.)	6000 Frankfurt (Main) Lersnerstr. 22 59 01 21	— M —
52	Zschiedrich, Erhard Dr.-Ing.	6202 Wiesbaden-Biebrich Friesenweg 10 8 74 83	St M H

*) St = Stahlbau
M = Massivbau (Stein-, Beton- und Stahlbetonbau)
H = Holzbau

69

Der Hessische Kultusminister

Vorläufige Diplom-Prüfungsordnung für den Fachbereich
Grafik der Hochschule für Gestaltung Offenbach (Main)

Gemäß § 36 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) vom 12. 5. 1970 (GVBl. I S. 315), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. 6. 1973 (GVBl. I S. 202), genehmige ich die vorläufige Diplom-Prüfungsordnung für den Fachbereich Grafik an der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main vom 25. 10. 1973 mit der Maßgabe, daß diese Genehmigung auf zwei Jahre befristet ist. Die vorläufige Diplom-Prüfungsordnung ist bereits in meinem Amtsblatt 1973 auf Seite 1369 veröffentlicht.

Wiesbaden, 26. 10. 1973

Der Hessische Kultusminister

V C 3 — 736/24 — 2

St.Anz. 2/1974 S. 59

*

Vorläufige Diplom-Prüfungsordnung für den Fachbereich
Grafik an der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main

Der Fachbereich Grafik an der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main gibt sich als zuständiges akademisches Organ unter Zugrundelegung der entsprechenden Rahmenbestimmungen der Kultusministerkonferenz vom 12. 3. 1970 nachstehende vorläufige Diplom-Prüfungsordnung:

I. Allgemeines

§ 1 Zweck der Prüfung

Die Diplom-Prüfung bildet den Abschluß des Studiums. Durch sie soll festgestellt werden, ob der Kandidat auf dem Gebiet der Grafik gründliche Kenntnisse erworben hat und die Fähigkeiten besitzt, nach wissenschaftlichen und gestalterischen Methoden selbständig zu arbeiten.

§ 2 Diplomgrad

Auf Grund der bestandenen Diplom-Prüfung wird der akademische Grad „Diplom-Designer (Fachrichtung Grafik)“ verliehen.

§ 3 Gliederung der Prüfung, Studiendauer

(1) Der Diplom-Prüfung geht die Diplom-Vorprüfung voraus.

(2) Die Diplom-Vorprüfung ist unmittelbar nach dem 4. Semester (als Abschluß des Grundstudiums), die Diplom-Prüfung im Anschluß an das 8. Semester (als Abschluß des Hauptstudiums) abzulegen. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des Prüfungsausschusses möglich.

(3) Hat ein Kandidat sich bis zum Ende des 5. Semesters nicht zur Diplom-Vorprüfung gemeldet, so gilt die Diplom-Vorprüfung als erstmals nicht bestanden. Hat ein Kandidat sich bis zum Ende des 5. Semesters nach Abschluß der Diplom-Vorprüfung nicht zur Diplom-Prüfung gemeldet, gilt die Diplom-Prüfung als erstmals nicht bestanden.

§ 4 Prüfungsausschuß

(1) Der Prüfungsausschuß setzt sich aus einem Hochschullehrer, einem künstlerischen, wissenschaftlichen oder pädagogischen Bediensteten und einem Studenten des Fachbereichs Grafik der Hochschule zusammen. Die Amtszeit des Hochschullehrers und des Bediensteten beträgt zwei Jahre, die des Studenten ein Jahr. Den Vorsitz führt der Hochschullehrer.

(2) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden von der Fachbereichskonferenz gewählt.

(3) Der Prüfungsausschuß ist für die Organisation der Prüfungen zuständig und achtet darauf, daß die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden. Er berichtet dem Rat und der Fachbereichskonferenz über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und gibt Anregungen zur Reform der Studienpläne und Prüfungsordnung.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, an allen Prüfungen teilzunehmen.

(5) Studenten, die sich zu einer Prüfung gemeldet haben, können nicht im Prüfungsausschuß tätig sein.

§ 5 Prüfungskommission

(1) Die Prüfungskommission besteht aus dem Fachbereichsleiter als Vorsitzenden, mindestens drei Prüfern und zwei Beisitzern. Stimmberechtigt sind nur der Vorsitzende und die Prüfer.

(2) Die Mitglieder der Prüfungskommission werden vom Prüfungsausschuß bestellt. Zum Prüfer kann bestellt werden, wer in dem der Prüfung vorausgegangen Studienabschnitt (Grundstudium, Hauptstudium) eine eigenverantwortliche Lehrtätigkeit an der Hochschule ausgeübt hat. In Ausnahmefällen kann auch ein externer Sachverständiger zum Prüfer bestellt werden. § 4 Abs. 5 gilt entsprechend.

(3) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, daß dem Kandidaten die Namen der Prüfer rechtzeitig bekanntgegeben werden. Er setzt Zeit und Ort der Prüfung fest. Der Kandidat kann für jedes Fach den Prüfer vorschlagen. Diesem Vorschlag soll nach Möglichkeit entsprochen werden.

(4) Mündliche Prüfungen sollen grundsätzlich vor mehreren Mitgliedern der Prüfungskommission (Kollegialprüfung) als Gruppenprüfung abgelegt werden. Hierbei wird jeder Kandidat in einem Prüfungsfach von einem Prüfer geprüft. Findet die Prüfung nicht als Kollegialprüfung statt, so ist sie in Gegenwart eines Beisitzers durchzuführen.

II. Diplom-Vorprüfung

§ 6 Zulassung

(1) Der Antrag auf Zulassung zur Diplom-Vorprüfung ist schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten.

(2) Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein Lebenslauf,
2. das Reifezeugnis oder ein vom Hessischen Kultusminister als gleichwertig anerkanntes Zeugnis oder die Ausnahmegenehmigung des Aufnahmeausschusses (§ 3 Absatz 3 Satz 1 der Allgemeinen Vorschriften für die Studierenden an den Kunsthochschulen des Landes Hessen vom 12. Juli 1972 — GVBl. I S. 256),
3. Nachweis eines ordnungsgemäßen Studiums,
4. eine Bescheinigung über das nach der Studienordnung erforderliche Praktikum,
5. eine Erklärung darüber, ob der Kandidat bereits eine Diplom-Vorprüfung oder eine Diplom-Prüfung in der Fachrichtung Grafik nicht bestanden hat,
6. der Nachweis über die Zahlung der Prüfungsgebühren.

(3) Kann ein Kandidat ohne sein Verschulden die erforderlichen Unterlagen gemäß Abs. 2 nicht in der vorgeschriebenen Weise beibringen, so kann der Prüfungsausschuß ihm gestatten, die Nachweise auf andere Art zu führen.

(4) Der Kandidat muß mindestens die beiden letzten Studiensemester vor der Zulassung zur Diplom-Vorprüfung an der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main im Fachbereich Grafik eingeschrieben gewesen sein.

§ 7 Anrechnung von Studienleistungen

(1) Einschlägige Studiensemester an Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes und dabei erbrachte Studienleistungen werden angerechnet, sofern ein ordnungsgemäßes Studium nachgewiesen wird.

(2) Einschlägige Studiensemester an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes und dabei erbrachte Studienleistungen können angerechnet werden, sofern ein ordnungsgemäßes Studium nachgewiesen wird. Bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit soll die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.

(3) Bei der Anrechnung von Studiensemestern und dabei erbrachten Studienleistungen in benachbarten Fachrichtungen ist der Prüfungsausschuß an die Beschlüsse des Aufnahmeausschusses (§ 24 Abs. 2 Satz 2 des Kunsthochschulgesetzes) gebunden.

§ 8 Zulassungsverfahren

(1) Auf Grund der eingereichten Unterlagen entscheidet der Prüfungsausschuß über die Zulassung. Bei Zweifeln, ob ein ordnungsgemäßes Studium vorliegt, ist der Fachbereichsleiter zu hören. Die Entscheidung muß dem Kandidaten schriftlich mitgeteilt werden.

(2) Die Zulassung darf nur versagt werden, wenn

1. die Unterlagen unvollständig sind oder
2. der Kandidat die Diplom-Vorprüfung oder die Diplom-Prüfung in der Fachrichtung Grafik an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes endgültig nicht bestanden hat oder
3. nach den gesetzlichen Bestimmungen ein Grund für die Einziehung des akademischen Grades gegeben ist.

(3) Die Entscheidung des Prüfungsausschusses über eine Nichtzulassung ist dem Kandidaten schriftlich mit Begründung mitzuteilen.

§ 9 Ziele, Umfang und Art der Prüfung

(1) Durch die Diplom-Vorprüfung soll der Kandidat nachweisen, daß er sich ausreichende Grundkenntnisse und Fähigkeiten angeeignet hat, die erforderlich sind, um das weitere Studium mit Aussicht auf Erfolg zu betreiben.

(2) Die Diplom-Vorprüfung besteht aus:

1. je einer Arbeit in den gestalterischen Fächern (Abs. 3),
2. den mündlichen oder schriftlichen Prüfungen in den theoretischen Prüfungsfächern (Abs. 4).

(3) Gestalterische Fächer, die die Arbeiten umfassen, sind:

- Farbe,
- Zeichnen,
- Typografie und Schrift,
- Fotografie,
- Elemente und Syntax oder Gestalt und Syntax,
- Zeichen und Semantik.

(4) Theoretische Prüfungsfächer sind:

- Einführende Psychologie,
- Kunst- oder Designgeschichte,
- Geschichte, Theorie und Praxis visueller Kommunikation,
- Ästhetik.

§ 10 Entwurfsarbeiten, mündliche und schriftliche Prüfungen

(1) Die Entwurfsarbeiten müssen nach Bekanntgabe der Themen innerhalb von acht Wochen angefertigt werden. Eine ergänzende Dokumentation für einzelne gestalterische Fächer kann gefordert werden. Die Prüfungstermine in den theoretischen Prüfungsfächern (§ 9 Abs. 4) sollen innerhalb einer Zeitspanne von 14 Tagen liegen.

(2) Die Dauer der mündlichen Prüfung beträgt für jeden Kandidaten und jedes Prüfungsfach mindestens 15 Minuten, höchstens 30 Minuten. Die schriftlichen Prüfungen sollen eine Zeitdauer von drei Stunden nicht überschreiten.

(3) Themen und Ergebnisse der Prüfungen in den einzelnen Fächern sind durch einen Protokollführer festzuhalten.

(4) Vor der Prüfung ist dem Kandidaten rechtzeitig bekanntzugeben, in welchen Fächern eine mündliche und in welchen eine schriftliche Prüfung stattfindet. Die Entscheidung hierüber trifft die Prüfungskommission.

(5) Bei mündlichen Prüfungen sind Studenten, die sich später der gleichen Prüfung unterziehen wollen, nach Maßgabe der vorhandenen Plätze als Zuhörer zuzulassen, falls der Kandidat hierzu seine Zustimmung gegeben hat. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an die Kandidaten.

§ 11 Bewertung der Leistungen zur Diplom-Vorprüfung

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen (§ 9 Abs. 2) werden von dem jeweiligen Prüfer festgesetzt.

(2) Für die Bewertung der Leistungen sind folgende Noten zu verwenden:

- 1 = sehr gut;
- 2 = gut;
- 3 = befriedigend;
- 4 = ausreichend;
- 5 = nicht ausreichend.

Zur differenzierten Bewertung der Leistungen können die Ziffern um 0,3 erniedrigt oder erhöht werden.

(3) Die Prüfung ist bestanden, wenn sämtliche Noten in den Entwurfsarbeiten (§ 9 Abs. 2 Nr. 1) und in den theoretischen Prüfungen (§ 9 Abs. 2 Nr. 2) mindestens mit der Note „ausreichend“ (bis 4,3) bewertet worden sind.

(4) Die Gesamtnote wird aus dem Durchschnitt der Noten in den Entwurfsarbeiten und den theoretischen Prüfungen bestimmt. Die Gesamtnote der bestandenen Prüfung lautet:

- bei einem Durchschnitt bis 1,5 = sehr gut bestanden;
- bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5 = gut bestanden;
- bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5 = befriedigend bestanden;
- bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,3 = bestanden.

(5) In Ausnahmefällen kann die Prüfungskommission die Gesamtnote zugunsten des Kandidaten abweichend von Abs. 4 festsetzen.

§ 12 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstoß

(1) Die Prüfung gilt auch dann als nicht bestanden

1. wenn sich der Kandidat unerlaubter Hilfen bedient oder eine Täuschung begangen hat,
2. wenn der Kandidat ohne triftige Gründe zu einem Prüfungstermin nicht erscheint oder nach Beginn der Prüfung zurücktritt oder eine Entwurfsarbeit nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 nicht fristgemäß abliefern,
3. im Falle des § 3 Abs. 3.

(2) Die Gründe für den Rücktritt oder das Versäumnis müssen unverzüglich dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Erkennt dieser sie an, wird ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsleistungen sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) Ablehnende Entscheidungen des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses sind dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen und zu begründen.

§ 13 Wiederholung der Diplom-Vorprüfung

(1) Die Prüfung kann in denjenigen Fächern (§ 9 Abs. 3 u. 4), in denen sie wegen nicht ausreichender Leistungen nicht bestanden ist, wiederholt werden. Gilt die Prüfung als nicht bestanden (§ 12), so entscheidet die Prüfungskommission, in welchem Umfang die Prüfung zu wiederholen ist.

(2) Die Frist, innerhalb welcher die Wiederholungsprüfung abzulegen ist, bestimmt der Prüfungsausschuß im Einvernehmen mit der Prüfungskommission.

(3) Eine zweite Wiederholung einer Prüfung im gleichen Prüfungsfach oder der gesamten Diplom-Vorprüfung ist nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig. Die Entscheidung hierüber trifft der Prüfungsausschuß.

(4) Wird eine zweite Wiederholungsprüfung nicht gestattet oder wird diese Prüfung nicht bestanden, so gilt die gesamte Diplom-Vorprüfung als endgültig nicht bestanden.

§ 14 Zeugnis

(1) Über die bestandene Diplom-Vorprüfung ist innerhalb von vier Wochen ein Zeugnis auszustellen, das die Gesamtnote und die Einzelnoten nach § 11 Abs. 4 enthält. Das Zeugnis ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

(2) Ist die Diplom-Vorprüfung nicht bestanden (§ 11) oder gilt sie als nicht bestanden (§ 12), so erteilt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem Kandidaten hierüber einen schriftlichen Bescheid, der auch Auskunft gibt, in welchem Umfang und gegebenenfalls innerhalb welcher Frist die Diplom-Vorprüfung wiederholt werden kann.

(3) Der Bescheid über die endgültig nicht bestandene Diplom-Vorprüfung ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

III. Diplom-Prüfung

§ 15 Zulassung

(1) Zur Diplom-Prüfung wird zugelassen, wer

- a) die Diplom-Vorprüfung bestanden hat,
- b) ein ordnungsgemäßes, mindestens viersemestriges Hauptstudium nachweist.

(2) Für die Zulassung zur Diplom-Prüfung gelten die §§ 6 und 8 entsprechend. Dem Antrag auf Zulassung ist das Zeugnis über die bestandene Diplom-Vorprüfung beizufügen.

§ 16 Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Einschlägige Diplom-Vorprüfungen an Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes werden angerechnet.

(2) Einschlägige Diplom-Vorprüfungen an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes können angerechnet werden. Bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit soll die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.

(3) Bei Diplom-Vorprüfungen in benachbarten Fachrichtungen ist der Prüfungsausschuß an die Beschlüsse des Aufnahmessausschusses (§ 24 Abs. 2 Satz 2 des Kunsthochschulgesetzes) gebunden.

(4) Bezüglich der Anrechnung von Studiensemestern und Studienleistungen gilt § 7 entsprechend.

§ 17 Umfang der Diplom-Prüfung

(1) Die Diplom-Prüfung besteht aus:

1. einer Diplom-Arbeit;
2. den mündlichen oder schriftlichen Prüfungen in den gestalterischen und theoretischen Prüfungsfächern.

(2) Gestalterische Prüfungsfächer sind:

- Experimentelle Gestaltung,
- Illustration,
- Typografie,
- Fotografie.

Der Kandidat hat mindestens in einem Fach die Prüfung abzulegen. Die Prüfung erfolgt in Form von Entwurfsarbeiten und Reinzeichnungen mit einer ergänzenden und schriftlichen Darlegung der inhaltlichen und gestalterischen Konzeption; die Aufgabenstellung soll entweder vornehmlich informierenden Charakter, z. B. Orientierungssysteme (Zeichensysteme, Erscheinungsbilder), oder vornehmlich didaktischen Charakter, z. B. Lehrmittelgestaltung (Lehrbücher, Ausstellung), oder vornehmlich werbenden Charakter, z. B. Wirtschaftswerbung (Werbekonzeption, Anzeigen, Prospekte, Broschüren) haben.

(3) Theoretische Prüfungsfächer sind:

- Theorien und Modelle der Kommunikation,
- Soziologie der Medien,
- Kunstgeschichte.

Die Prüfung erfolgt in Form einer mündlichen Prüfung oder in Form einer Klausurarbeit.

(4) Die Prüfung nach Abs. 2 soll in anderen Arbeitsbereichen als die Diplom-Arbeit durchgeführt werden.

§ 18 Diplom-Arbeit

(1) Die Diplom-Arbeit soll zeigen, daß der Kandidat in der Lage ist, ein Problem seiner Fachrichtung selbständig nach wissenschaftlichen und gestalterischen Methoden zu bearbeiten.

(2) Die Diplom-Arbeit besteht aus:

- der Visualisierung eines Themas und einer theoretischen Untersuchung oder
- der theoretischen Untersuchung einer Planungsarbeit und deren Visualisierung.

(3) Das Thema der Diplom-Arbeit, zu dem der Kandidat Vorschläge machen kann, muß von einem Prüfer ausgegeben und betreut werden. Die Ausgabe des Themas erfolgt nach der Zulassung des Kandidaten zur Diplom-Prüfung durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.

(4) Nach dem Zulassungsantrag des Kandidaten sorgt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, daß der Kandidat das Thema seiner Diplom-Arbeit erhält.

(5) Die Diplom-Arbeit muß fünf Monate nach der Themenausgabe beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses eingereicht werden. In Ausnahmefällen kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf Antrag des Aufgabenstellers oder des Kandidaten die Frist bis zu drei Monaten verlängern. Das Thema kann nur einmal und nur aus triftigen Gründen und mit Einwilligung des Prüfungsausschusses zurückgegeben werden.

(6) Bei der Abgabe der Diplom-Arbeit hat der Kandidat schriftlich zu versichern, daß er die Arbeit selbständig verfaßt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

(7) Gruppenarbeiten sind zulässig, sofern der Beitrag des einzelnen ein wesentlicher Teil der Arbeit ist und als eigenständige Leistung deutlich erkennbar und bewertbar ist.

§ 19 Annahme und Bewertung der Diplom-Arbeit

(1) Die Diplom-Arbeit ist fristgemäß beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses abzuliefern. Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

(2) Die Diplom-Arbeit ist von zwei Prüfern zu beurteilen. Die Beurteilung ist zu begründen. Bei nicht übereinstimmenden Beurteilungen entscheidet der Prüfungsausschuß über die endgültige Bewertung.

(3) Bei Gruppenarbeiten erstreckt sich die Beurteilung auch auf die Frage, ob die Voraussetzungen nach § 18 Abs. 7 erfüllt sind. Hierbei ist der Beitrag jedes einzelnen Kandidaten als seine Diplom-Arbeit gesondert zu bewerten.

§ 20 Schriftliche und mündliche Diplom-Prüfung

Für die schriftlichen und mündlichen Prüfungen gilt § 10 Abs. 2 bis Abs. 5 sinngemäß.

§ 21 Zusatzfächer

(1) Der Kandidat kann sich in weiteren als in den vorgeschriebenen Fächern einer Prüfung unterziehen (Zusatzfächer).

(2) Das Ergebnis in diesen Fächern wird auf Antrag des Kandidaten in das Zeugnis aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht einbezogen.

§ 22 Bewertung der Leistungen

(1) Für die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen der Diplom-Prüfung gilt § 11 Abs. 1, 2 und 3 entsprechend.

(2) Die Diplom-Prüfung ist auch nicht bestanden, wenn die Diplom-Arbeit mit der Note „nicht ausreichend“ bewertet worden ist.

(3) Die Gesamtnote wird aus dem Durchschnitt der Note der Diplom-Arbeit und der Mittelnote aller mündlichen und schriftlichen Prüfungen bestimmt. Die Gesamtnote der bestandenen Prüfung lautet:

bei einem Durchschnitt bis 1,5 = sehr gut bestanden;

bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5 = gut bestanden;

bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5 = befriedigend bestanden;

bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,3 = bestanden.

(4) In Ausnahmefällen kann die Prüfungskommission die Gesamtnote zugunsten des Kandidaten abweichend von Abs. 3 festsetzen.

(5) Bei überragenden Leistungen lautet das Gesamturteil „Mit Auszeichnung bestanden“.

§ 23 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstoß

Die Diplom-Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn die Diplom-Arbeit nicht fristgemäß abgeliefert wird. Im übrigen findet § 12 entsprechende Anwendung.

§ 24 Wiederholung der Diplom-Prüfung

(1) Die Prüfungen in den einzelnen Fächern und die Diplom-Arbeit können bei nicht ausreichenden Leistungen einmal wiederholt werden. Die Frist, innerhalb derer die Diplom-Prüfung oder die einzelnen Prüfungsfächer zu wiederholen sind, bestimmt der Prüfungsausschuß im Einvernehmen mit der Prüfungskommission. §§ 18 und 19 gelten für die Wiederholung entsprechend.

(2) Gilt die Prüfung in einzelnen Prüfungsfächern als nicht bestanden (§ 22), so entscheidet der Prüfungsausschuß, in welchem Umfang die Prüfung in den einzelnen Fächern oder ob sie in allen Teilen zu wiederholen ist. Gilt die Prüfung als nicht bestanden, weil die Diplom-Arbeit nicht fristgemäß abgeliefert wurde (§ 23), so erhält der Kandidat ein neues Thema. Eine Rückgabe dieses Themas ist nicht zulässig.

(3) Eine zweite Wiederholung der Diplom-Arbeit ist ausgeschlossen. Eine zweite Wiederholung der übrigen Prüfungsleistungen ist nur möglich, wenn der Kandidat in mindestens einem Fach (§ 17 Abs. 2 und Abs. 3) die Note „ausreichend“ erhalten hat. Abs. 2 Satz 1 gilt entsprechend.

§ 25 Zeugnis

(1) Hat ein Kandidat die Diplom-Prüfung bestanden, so erhält er über die Ergebnisse ein Zeugnis. § 14 Abs. 1 und 2 gelten entsprechend. Als Datum des Zeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem alle Prüfungsleistungen erfüllt sind.

(2) Der Bescheid über die endgültig nicht bestandene Prüfung ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 26 Diplom

(1) Nach dem Bestehen der Diplom-Prüfung wird dem Kandidaten ein Diplom ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades „Diplom-Designer (Fachrichtung Grafik)“ beurkundet.

(2) Das Diplom wird vom Rektor der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main und dem Fachbereichsleiter des Fachbereichs Grafik unterzeichnet und mit dem Siegel der Hochschule versehen.

(3) Die Aushändigung des Diploms erfolgt erst, wenn der Kandidat fünf Belegexemplare seiner Diplom-Arbeit (bei Modellen Fotos oder Dias) der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main eingereicht hat.

IV. Abschließende Bestimmungen

§ 27 Ungültigkeit der Diplom-Vorprüfung und der Diplom-Prüfung

(1) Hat der Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuß nachträglich die Prüfung für nicht bestanden und das Prüfungszeugnis für ungültig erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne daß der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung ausgeglichen. Hat der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuß unter Beachtung der allgemeinen verwaltungsrechtlichen Grundsätze über die Rücknahme betreffender Verwaltungsakte.

(3) Ist das Nichtbestehen der Prüfung festgestellt, so ist das Prüfungszeugnis einzuziehen. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 28 Aberkennung des Diplomgrades

Die Einziehung des akademischen Diplomgrades richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

§ 29 Prüfungsgebühren

(1) Die Gebühren betragen:

- | | |
|--|----------|
| a) für die Diplom-Vorprüfung | 40,— DM, |
| b) für die Diplom-Prüfung | 80,— DM, |
| c) für die Wiederholung eines einzelnen Faches der Diplom-Vorprüfung | 10,— DM, |

- d) für die Wiederholung der gesamten Diplom-Vorprüfung 20,— DM,
- e) für die Wiederholung eines einzelnen Faches der Diplom-Prüfung 20,— DM,
- f) für die Wiederholung der gesamten Diplom-Prüfung 40,— DM.

(2) Die Gebühren sind bei Meldung zur Prüfung bzw. zur Wiederholungsprüfung fällig.

(3) Hat der Kandidat die Prüfung nicht bestanden, so wird die Gebühr nicht zurückgezahlt.

(4) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann auf Antrag bedürftigen Studenten mit sehr guten Leistungen die Gebühren erlassen oder herabsetzen.

§ 30 Übergangsbestimmungen

(1) Innerhalb von 24 Monaten nach Genehmigung dieser Prüfungsordnung kann bei der Meldung zur Diplom-Prüfung auf den Nachweis der Diplom-Vorprüfung verzichtet werden, soweit ausreichende Studienleistungen nachgewiesen werden.

(2) Innerhalb derselben Frist können sich auch ehemalige Studierende der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main zur Diplom-Prüfung melden, sofern sie ihr Studium nach dem 1. Januar 1972 abgeschlossen haben.

§ 31 Inkrafttreten der Prüfungsordnung

Die Prüfungsordnung tritt am 30. November 1973 in Kraft.

70

Vorläufige Diplom-Prüfungsordnung für den Fachbereich Produktgestaltung der Hochschule für Gestaltung Offenbach/M.

Gemäß § 36 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) vom 12. 5. 1970 (GVBl. I S. 315), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. 6. 1973 (GVBl. I S. 202), genehmige ich die vorläufige Diplom-Prüfungsordnung für den Fachbereich Produktgestaltung an der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main vom 25. 10. 1973 mit der Maßgabe, daß diese Genehmigung auf zwei Jahre befristet ist. Die vorläufige Diplom-Prüfungsordnung ist bereits in meinem Amtsblatt 1973 auf Seite 1357 veröffentlicht.

Wiesbaden, 26. 10. 1973

Der Hessische Kultusminister

V C 3 — 736/24 — 3

St.Anz. 2/1974 S. 63

*

Vorläufige Diplom-Prüfungsordnung für den Fachbereich Produktgestaltung an der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main

Der Fachbereich Produktgestaltung an der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main gibt sich als zuständiges akademisches Organ unter Zugrundelegung der entsprechenden Rahmenbestimmungen der Kultusministerkonferenz vom 12. März 1970 nachstehende vorläufige Diplom-Prüfungsordnung:

I. Allgemeines

§ 1 Zweck der Prüfung

Die Diplom-Prüfung bildet den Abschluß des Studiums. Durch sie soll festgestellt werden, ob der Kandidat auf dem Gebiet der Produktgestaltung gründliche Kenntnisse erworben hat und die Fähigkeiten besitzt, nach wissenschaftlichen und gestalterischen Methoden selbständig zu arbeiten.

§ 2 Diplomgrad

Auf Grund der bestandenen Diplom-Prüfung wird der akademische Grad „Diplom-Designer (Fachrichtung Produktgestaltung)“ verliehen.

§ 3 Gliederung der Prüfung, Studiendauer

- (1) Der Diplom-Prüfung geht die Diplom-Vorprüfung voraus.
- (2) Die Diplom-Vorprüfung ist unmittelbar nach dem 4. Semester (als Abschluß des Grundstudiums), die Diplom-Prü-

fung im Anschluß an das 8. Semester (als Abschluß des Hauptstudiums) abzulegen. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des Prüfungsausschusses möglich.

(3) Hat ein Kandidat sich bis zum Ende des 5. Semesters nicht zur Diplom-Vorprüfung gemeldet, so gilt die Diplom-Vorprüfung als erstmals nicht bestanden. Hat ein Kandidat sich bis zum Ende des 5. Semesters nach Abschluß der Diplom-Vorprüfung nicht zur Diplom-Prüfung gemeldet, gilt die Diplom-Prüfung als erstmals nicht bestanden.

§ 4 Prüfungsausschuß

(1) Der Prüfungsausschuß setzt sich aus einem Hochschullehrer, einem künstlerischen, wissenschaftlichen oder pädagogischen Bediensteten und einem Studenten des Fachbereichs Produktgestaltung der Hochschule zusammen. Die Amtszeit des Hochschullehrers und des Bediensteten beträgt zwei Jahre, die des Studenten ein Jahr. Den Vorsitz führt der Hochschullehrer.

(2) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden von der Fachbereichskonferenz gewählt.

(3) Der Prüfungsausschuß ist für die Organisation der Prüfungen zuständig und achtet darauf, daß die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden. Er berichtet dem Rat und der Fachbereichskonferenz über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und gibt Anregungen zur Reform der Studienpläne und Prüfungsordnung.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, an allen Prüfungen teilzunehmen.

(5) Studenten, die sich zu einer Prüfung gemeldet haben, können nicht im Prüfungsausschuß tätig sein.

§ 5 Prüfungskommission

(1) Die Prüfungskommission besteht aus dem Fachbereichsleiter als Vorsitzenden, mindestens drei Prüfern und zwei Beisitzern. Stimmberechtigt sind nur der Vorsitzende und die Prüfer.

(2) Die Mitglieder der Prüfungskommission werden vom Prüfungsausschuß bestellt. Zum Prüfer kann bestellt werden, wer in dem der Prüfung vorausgegangenem Studienabschnitt (Grundstudium, Hauptstudium) eine eigenverantwortliche Lehrtätigkeit an der Hochschule ausgeübt hat. In Ausnahmefällen kann auch ein externer Sachverständiger zum Prüfer bestellt werden. § 4 Abs. 5 gilt entsprechend.

(3) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, daß dem Kandidaten die Namen der Prüfer rechtzeitig bekanntgegeben werden. Er setzt Zeit und Ort der Prüfung fest. Der Kandidat kann für jedes Fach den Prüfer vorschlagen. Diesem Vorschlag soll nach Möglichkeit entsprochen werden.

(4) Mündliche Prüfungen sollen grundsätzlich vor mehreren Mitgliedern der Prüfungskommission (Kollegialprüfung) als Gruppenprüfung abgelegt werden. Hierbei wird jeder Kandidat in einem Prüfungsfach von einem Prüfer geprüft. Findet die Prüfung nicht als Kollegialprüfung statt, so ist sie in Gegenwart eines Beisitzers durchzuführen.

II. Diplom-Vorprüfung

§ 6 Zulassung

(1) Der Antrag auf Zulassung zur Diplom-Vorprüfung ist schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten.

(2) Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein Lebenslauf,
2. das Reifezeugnis oder ein vom Hessischen Kultusminister als gleichwertig anerkanntes Zeugnis oder die Ausnahme genehmigung des Aufnahmeausschusses (§ 3 Absatz 3 Satz 1 der Allgemeinen Vorschriften für die Studierenden an den Kunsthochschulen des Landes Hessen vom 12. Juli 1972 — GVBl. I S. 256),
3. Nachweis eines ordnungsgemäßen Studiums,
4. eine Bescheinigung über das nach der Studienordnung erforderliche Praktikum,
5. eine Erklärung darüber, ob der Kandidat bereits eine Diplom-Vorprüfung oder eine Diplom-Prüfung in der Fachrichtung Produktgestaltung nicht bestanden hat,
6. der Nachweis über die Zahlung der Prüfungsgebühren.

(3) Kann ein Kandidat ohne sein Verschulden die erforderlichen Unterlagen gemäß Abs. 2 nicht in der vorgeschriebenen Weise beibringen, so kann der Prüfungsausschuß ihm gestatten, die Nachweise auf andere Art zu führen.

(4) Der Kandidat muß mindestens die beiden letzten Studiensemester vor der Zulassung zur Diplom-Vorprüfung an der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main im Fachbereich Produktgestaltung eingeschrieben gewesen sein.

§ 7 Anrechnung von Studienleistungen

(1) Einschlägige Studiensemester an Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes und dabei erbrachte Studienleistungen werden angerechnet, sofern ein ordnungsgemäßes Studium nachgewiesen wird.

(2) Einschlägige Studiensemester an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes und dabei erbrachte Studienleistungen können angerechnet werden, sofern ein ordnungsgemäßes Studium nachgewiesen wird. Bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit soll die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.

(3) Bei der Anrechnung von Studiensemestern und dabei erbrachten Studienleistungen in benachbarten Fachrichtungen ist der Prüfungsausschuß an die Beschlüsse des Aufnahmehausausschusses (§ 24 Abs. 2 Satz 2 des Kunsthochschulgesetzes) gebunden.

§ 8 Zulassungsverfahren

(1) Auf Grund der eingereichten Unterlagen entscheidet der Prüfungsausschuß über die Zulassung. Bei Zweifeln, ob ein ordnungsgemäßes Studium vorliegt, ist der Fachbereichsleiter zu hören. Die Entscheidung muß dem Kandidaten schriftlich mitgeteilt werden.

(2) Die Zulassung darf nur versagt werden, wenn

1. die Unterlagen unvollständig sind oder
2. der Kandidat die Diplom-Vorprüfung oder die Diplom-Prüfung in der Fachrichtung Produktgestaltung an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes endgültig nicht bestanden hat oder
3. nach den gesetzlichen Bestimmungen ein Grund für die Einziehung des akademischen Grades gegeben ist.

(3) Die Entscheidung des Prüfungsausschusses über eine Nichtzulassung ist dem Kandidaten schriftlich mit Begründung mitzuteilen.

§ 9 Ziele, Umfang und Art der Prüfung

(1) Durch die Diplom-Vorprüfung soll der Kandidat nachweisen, daß er sich ausreichende Grundkenntnisse und Fähigkeiten angeeignet hat, die erforderlich sind, um das weitere Studium mit Aussicht auf Erfolg zu betreiben.

(2) Die Diplom-Vorprüfung besteht aus:

1. einer Design-Arbeit oder einer Untersuchung aus einem Teilgebiet der Fachrichtung Produktgestaltung,
2. den mündlichen oder schriftlichen Prüfungen in den Prüfungsfächern.

(3) Prüfungsfächer sind:

- a) Technologie in den Gebieten
 1. technische Physik oder Chemie,
 2. Maschinenelemente oder Gewerbetechneken,
 3. Werkstoffkunde,
 4. Fertigungstechnik;
- b) Methodologie in den Gebieten
 1. Problem-Strukturierungsverfahren,
 2. Problem-Lösungsverfahren,
 3. Funktions- und Wertanalyse;
- c) Einführende Psychologie,
- d) Einführende Soziologie.

§ 10 Design-Arbeit, mündliche und schriftliche Prüfungen

(1) Die Design-Arbeit oder die Untersuchung aus einem Teilgebiet der Fachrichtung Produktgestaltung müssen nach Bekanntgabe des Themas innerhalb von acht Wochen mit ausreichender Dokumentation angefertigt werden. Die Prüfungstermine in den Prüfungsfächern nach § 9 Abs. 3 sollen innerhalb einer Zeitspanne von 14 Tagen liegen.

(2) Die Dauer der mündlichen Prüfung beträgt für jeden Kandidaten und jedes Prüfungsfach mindestens 15 Minuten, höchstens 30 Minuten. Die schriftlichen Prüfungen sollen eine Zeitdauer von drei Stunden nicht überschreiten.

(3) Themen und Ergebnisse der Prüfung in den einzelnen Fächern sind durch einen Protokollführer festzuhalten.

(4) Vor der Prüfung ist dem Kandidaten rechtzeitig bekanntzugeben, in welchen Fächern eine mündliche und in welchen eine schriftliche Prüfung stattfindet. Die Entscheidung hierüber trifft die Prüfungskommission.

(5) Bei mündlichen Prüfungen sind Studenten, die sich später der gleichen Prüfung unterziehen wollen, nach Maßgabe der vorhandenen Plätze als Zuhörer zuzulassen, falls der Kandidat hierzu seine Zustimmung gegeben hat. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse an den Kandidaten.

§ 11 Bewertung der Leistungen zur Diplom-Vorprüfung

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 3) werden von dem jeweiligen Prüfer festgesetzt.

(2) Für die Bewertung der Leistungen sind folgende Noten zu verwenden:

- 1 = sehr gut;
- 2 = gut;
- 3 = befriedigend;
- 4 = ausreichend;
- 5 = nicht ausreichend.

Zur differenzierten Bewertung der Leistungen können die Ziffern um 0,3 erniedrigt oder erhöht werden.

(3) Die Prüfung ist bestanden, wenn die Noten in allen Prüfungsfächern und die Arbeiten nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 mindestens mit der Note „ausreichend“ (bis 4,3) bewertet worden sind.

(4) Die Gesamtnote wird aus dem Durchschnitt der Noten in allen Prüfungsfächern und der Arbeit bestimmt. Die Gesamtnote der bestandenen Prüfung lautet:

- | | |
|---|---------------------------|
| bei einem Durchschnitt bis 1,5 | = sehr gut bestanden; |
| bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5 | = gut bestanden; |
| bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5 | = befriedigend bestanden; |
| bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,3 | = bestanden. |

(5) In Ausnahmefällen kann die Prüfungskommission die Gesamtnote zugunsten des Kandidaten abweichend von Abs. 4 festsetzen.

§ 12 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstoß

(1) Die Prüfung gilt auch dann als nicht bestanden,

1. wenn sich der Kandidat unerlaubter Hilfen bedient oder eine Täuschung begangen hat,
2. wenn der Kandidat ohne triftige Gründe zu einem Prüfungstermin nicht erscheint oder nach Beginn der Prüfung zurücktritt oder die Arbeit nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 nicht fristgemäß abliefern,
3. im Falle des § 3 Abs. 3.

(2) Die Gründe für den Rücktritt oder das Versäumnis müssen unverzüglich dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Erkennt dieser sie an, wird ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsleistungen sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) Ablehnende Entscheidungen des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses sind dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen und zu begründen.

§ 13 Wiederholung der Diplom-Vorprüfung

(1) Die Prüfung kann in denjenigen Fällen (§ 9 Abs. 3), in denen sie wegen nicht ausreichender Leistungen nicht bestanden ist, wiederholt werden. Gilt die Prüfung als nicht bestanden (§ 12), so entscheidet die Prüfungskommission, in welchem Umfang die Prüfung zu wiederholen ist.

(2) Die Frist, innerhalb welcher die Wiederholungsprüfung abzulegen ist, bestimmt der Prüfungsausschuß im Einvernehmen mit der Prüfungskommission.

(3) Eine zweite Wiederholung einer Prüfung im gleichen Prüfungsfach oder der gesamten Diplom-Vorprüfung ist nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig. Die Entscheidung hierüber trifft der Prüfungsausschuß.

(4) Wird eine zweite Wiederholungsprüfung nicht gestattet oder wird diese Prüfung nicht bestanden, so gilt die gesamte Diplom-Vorprüfung als endgültig nicht bestanden.

§ 14 Zeugnis

(1) Über die bestandene Diplom-Vorprüfung ist innerhalb von vier Wochen ein Zeugnis auszustellen, das die Gesamtnote und die Einzelnoten nach § 11 Abs. 4 enthält. Das Zeugnis ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

(2) Ist die Diplom-Vorprüfung nicht bestanden (§ 11) oder gilt sie als nicht bestanden (§ 12), so erteilt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem Kandidaten hierüber einen schriftlichen Bescheid, der auch Auskunft gibt, in welchem Umfang und gegebenenfalls innerhalb welcher Frist die Diplom-Vorprüfung wiederholt werden kann.

(3) Der Bescheid über die endgültig nicht bestandene Diplom-Vorprüfung ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

III. Diplom-Prüfung

§ 15 Zulassung

(1) Zur Diplom-Prüfung wird zugelassen, wer

- a) die Diplom-Vorprüfung bestanden hat,
- b) ein ordnungsgemäßes, mindestens viersemestriges Hauptstudium nachweist.

(2) Für die Zulassung zur Diplom-Prüfung gelten die §§ 6 und 8 entsprechend. Dem Antrag auf Zulassung ist das Zeugnis über die bestandene Diplom-Vorprüfung beizufügen.

§ 16 Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Einschlägige Diplom-Vorprüfungen an Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes werden angerechnet.

(2) Einschlägige Diplom-Vorprüfungen an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes können angerechnet werden. Bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit soll die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.

(3) Bei Diplom-Vorprüfungen in benachbarten Fachrichtungen ist der Prüfungsausschuß an die Beschlüsse des Aufnahmehausausschusses (§ 24 Abs. 2 Satz 2 des Kunsthochschulgesetzes) gebunden.

(4) Bezüglich der Anrechnung von Studiensemestern und Studienleistungen gilt § 7 entsprechend.

§ 17 Umfang der Prüfung

(1) Die Diplom-Prüfung besteht aus:

1. einer Diplom-Arbeit,
2. den mündlichen oder schriftlichen Prüfungen in den Prüfungsfächern.

(2) Prüfungsfächer sind:

- a) Gestaltungsmittel in den Gebieten
Elemente und Syntax,
Elemente/Zeichen und Semantik,
Farbe;
- b) Methodologie in den Gebieten
Wissenschaftstheorie,
Planungsmethoden,
Statistik,
EDV-Einsatz;
- c) 1. aus den Gebieten Soziologie und Psychologie
Wahrnehmungs- und Gestaltungspsychologie,
empirische Sozialforschung,
Gruppendynamik;
2. aus dem Gebiet Wirtschaftswissenschaften,
Volkswirtschaft,
Betriebswirtschaft,
Marketing;
3. Ökologie;
4. Kunst- oder Design-Geschichte.

(3) Der Kandidat hat jeweils aus den Bereichen a) und b) mindestens ein Fach, aus dem Bereich c) 1—4 mindestens zwei Fächer zu wählen und darin die Prüfung abzulegen.

§ 18 Diplomarbeit

(1) Die Diplomarbeit soll zeigen, daß der Kandidat in der Lage ist, ein Problem seiner Fachrichtung selbständig nach wissenschaftlichen und gestalterischen Methoden zu bearbeiten.

(2) Die Diplomarbeit besteht aus:

- einer objektbezogenen Design-Arbeit oder
- einer theoretischen Arbeit aus dem Bereich des Design.

(3) Das Thema der Diplomarbeit, zu dem der Kandidat Vorschläge machen kann, muß von einem Prüfer ausgegeben und betreut werden. Die Ausgabe des Themas erfolgt nach der Zulassung des Kandidaten zur Diplom-Prüfung durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.

(4) Nach dem Zulassungsantrag des Kandidaten sorgt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, daß der Kandidat das Thema seiner Diplomarbeit erhält.

(5) Die Diplomarbeit muß fünf Monate nach der Themenausgabe beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses eingereicht werden. In Ausnahmefällen kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf Antrag des Aufgabenstellers oder des Kandidaten die Frist bis zu drei Monaten verlängern. Das Thema kann nur einmal und nur aus triftigen Gründen und mit Einwilligung des Prüfungsausschusses zurückgegeben werden.

(6) Bei der Abgabe der Diplomarbeit hat der Kandidat schriftlich zu versichern, daß er die Arbeit selbständig verfaßt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

(7) Gruppenarbeiten sind zulässig, sofern der Beitrag des einzelnen ein wesentlicher Teil der Arbeit ist und als eigenständige Leistung deutlich erkennbar und bewertbar ist.

§ 19 Annahme und Bewertung der Diplomarbeit

(1) Die Diplomarbeit ist fristgemäß beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses abzuliefern. Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

(2) Die Diplomarbeit ist von zwei Prüfern zu beurteilen. Die Beurteilung ist zu begründen. Bei nicht übereinstimmenden Beurteilungen entscheidet der Prüfungsausschuß über die endgültige Bewertung.

(3) Bei Gruppenarbeiten erstreckt sich die Beurteilung auch auf die Frage, ob die Voraussetzungen nach § 18 Abs. 7 erfüllt sind. Hierbei ist der Beitrag jedes einzelnen Kandidaten als seine Diplomarbeit gesondert zu bewerten.

§ 20 Schriftliche und mündliche Diplomprüfung

Für die schriftlichen und mündlichen Prüfungen gilt § 10 Abs. 2 bis Abs. 5 sinngemäß.

§ 21 Zusatzfächer

(1) Der Kandidat kann sich in weiteren als in den vorgeschriebenen Fächern einer Prüfung unterziehen (Zusatzfächer).

(2) Das Ergebnis in diesen Fächern wird auf Antrag des Kandidaten in das Zeugnis aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht einbezogen.

§ 22 Bewertung der Leistungen

(1) Für die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen der Diplom-Prüfung gilt § 11 Abs. 1, 2 und 3 entsprechend.

(2) Die Diplom-Prüfung ist auch nicht bestanden, wenn die Diplomarbeit mit der Note „nicht ausreichend“ bewertet worden ist.

(3) Die Gesamtnote wird aus dem Durchschnitt der Note der Diplomarbeit und der Mittelnote aller mündlichen und schriftlichen Prüfungen bestimmt. Die Gesamtnote der bestandenen Prüfung lautet:

bei einem Durchschnitt bis 1,5	= sehr gut bestanden;
bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5	= gut bestanden;
bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5	= befriedigend bestanden;

Bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,3 = bestanden.

(4) In Ausnahmefällen kann die Prüfungskommission die Gesamtnote zugunsten des Kandidaten abweichend von Abs. 3 festsetzen.

(5) Bei überragenden Leistungen lautet das Gesamturteil:
„Mit Auszeichnung bestanden“.

§ 23 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstoß

Die Diplom-Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn die Diplomarbeit nicht fristgemäß abgeliefert wird. Im übrigen findet § 12 entsprechende Anwendung.

§ 24 Wiederholung der Diplom-Prüfung

(1) Die Prüfungen in den einzelnen Fächern und die Diplomarbeit können bei nicht ausreichenden Leistungen einmal wiederholt werden. Die Frist, innerhalb derer die Diplom-Prüfung oder die einzelnen Prüfungsfächer zu wiederholen sind, bestimmt der Prüfungsausschuß im Einvernehmen mit der Prüfungskommission. §§ 18 und 19 gelten für die Wiederholung entsprechend.

(2) Gilt die Prüfung in einzelnen Prüfungsfächern als nicht bestanden (§ 22), so entscheidet der Prüfungsausschuß, in welchem Umfang die Prüfung in den einzelnen Fächern oder ob sie in allen Teilen zu wiederholen ist. Gilt die Prüfung als nicht bestanden, weil die Diplomarbeit nicht fristgemäß abgeliefert wurde (§ 23), so erhält der Kandidat ein neues Thema. Eine Rückgabe dieses Themas ist nicht zulässig.

(3) Eine zweite Wiederholung der Diplomarbeit ist ausgeschlossen. Eine zweite Wiederholung der übrigen Prüfungsleistungen ist nur möglich, wenn der Kandidat in mindestens einem Fach (§ 17 Abs. 2) die Prüfung bestanden und die Note „ausreichend“ erhalten hat. Abs. 2 Satz 1 gilt entsprechend.

§ 25 Zeugnis

(1) Hat ein Kandidat die Diplom-Prüfung bestanden, so erhält er über die Ergebnisse ein Zeugnis. § 14 Abs. 1 und 2 gelten entsprechend. Als Datum des Zeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem alle Prüfungsleistungen erfüllt sind.

(2) Der Bescheid über die endgültig nicht bestandene Prüfung ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 26 Diplom

(1) Nach dem Bestehen der Diplom-Prüfung wird dem Kandidaten ein Diplom ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades „Diplom-Designer (Fachrichtung Produktgestaltung)“ beurkundet.

(2) Das Diplom wird vom Rektor der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main und dem Fachbereichsleiter des Fachbereichs Produktgestaltung unterzeichnet und mit dem Siegel der Hochschule versehen.

(3) Die Aushändigung des Diploms erfolgt erst, wenn der Kandidat fünf Belegexemplare seiner Diplomarbeit (bei Modellen Fotos oder Dias) der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main eingereicht hat.

IV. Abschließende Bestimmungen

§ 27 Ungültigkeit der Diplom-Vorprüfung und der Diplom-Prüfung

(1) Hat der Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuß nachträglich die Prüfung für nicht bestanden und das Prüfungszeugnis für ungültig erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne daß der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung ausgeglichen. Hat der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuß unter Beachtung der allgemeinen verwaltungsrechtlichen Grundsätze über die Rücknahme betreffender Verwaltungsakte.

(3) Ist das Nichtbestehen der Prüfung festgestellt, so ist das Prüfungszeugnis einzuziehen. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszugriffes ausgeschlossen.

§ 28 Aberkennung des Diplomgrades

Die Einziehung des akademischen Diplomgrades richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

§ 29 Prüfungsgebühren

(1) Die Gebühren betragen:

a) für die Diplom-Vorprüfung	40,— DM,
b) für die Diplom-Prüfung	80,— DM,
c) für die Wiederholung eines einzelnen Faches der Diplom-Vorprüfung	10,— DM,
d) für die Wiederholung der gesamten Diplom-Vorprüfung	20,— DM,
e) für die Wiederholung eines einzelnen Faches der Diplom-Prüfung	20,— DM,
f) für die Wiederholung der gesamten Diplom-Prüfung	40,— DM.

(2) Die Gebühren sind bei Meldung zur Prüfung bzw. Wiederholungsprüfung fällig.

(3) Hat der Kandidat die Prüfung nicht bestanden, so wird die Gebühr nicht zurückgezahlt.

(4) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann auf Antrag bedürftigen Studenten mit sehr guten Leistungen die Gebühren erlassen oder herabsetzen.

§ 30 Übergangsbestimmungen

(1) Innerhalb von 24 Monaten nach Genehmigung dieser Prüfungsordnung kann bei der Meldung zur Diplom-Prüfung auf den Nachweis der Diplom-Vorprüfungen verzichtet werden, soweit ausreichende Studienleistungen nachgewiesen werden.

(2) Innerhalb derselben Frist können sich auch ehemalige Studierende der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main zur Diplom-Prüfung melden, sofern sie ihr Studium nach dem 1. Januar 1972 abgeschlossen haben.

§ 31 Inkrafttreten der Prüfungsordnung

Die Prüfungsordnung tritt am 30. November 1973 in Kraft.

71

Wahlordnung für die Wahlen der Fachbereichsleiter und deren Stellvertreter der Fachhochschule Darmstadt

Gemäß § 36 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Hessen vom 12. 5. 1970 (GVBl. I S. 315), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. 6. 1973 (GVBl. I S. 202), i. V. mit § 10 Abs. 1 Satz 2 des Fachhochschulgesetzes vom 15. 7. 1970 (GVBl. I S. 415), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. 5. 1973 (GVBl. I S. 171), genehmige ich hiermit die vom Konvent der Fachhochschule Darmstadt in seiner Sitzung am 20. 11. 1973 im Vorgriff auf die Satzung beschlossene Wahlordnung für die Wahlen der Fachbereichsleiter und deren Stellvertreter.

Wiesbaden, 20. 12. 1973

Der Hessische Kultusminister
V B 3 — 486/161 — 1

StAnz. 2/1974 S. 66

*

Wahlordnung für die Wahlen der Fachbereichsleiter und deren Stellvertreter

Auf Grund des § 10 Abs. 1 FHG vom 15. Juli 1970 (GVBl. I S. 415), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 1973 (GVBl. I S. 171), gibt sich die Fachhochschule Darmstadt im Vorgriff auf die Satzung folgende

Wahlordnung für die Wahlen der Fachbereichsleiter und deren Stellvertreter vom 20. November 1973.

§ 1 Wahlvorstand

(1) In jedem Fachbereich bereitet ein Wahlvorstand die Wahl vor und führt sie durch. Der Wahlvorstand, der von der Fachbereichskonferenz gewählt wird, besteht aus

- einem Fachhochschullehrer oder sonstigem Lehrer,
- einem Studenten und
- einem weiteren Bediensteten.

(2) Wahlbewerber dürfen dem Wahlvorstand nicht angehören.

§ 2 Bewerbungen

Bewerbungen um das Amt eines Fachbereichsleiters und dessen Stellvertreters sind innerhalb einer vom Wahlvorstand festgesetzten Frist im Fachbereichssekretariat einzureichen. Für Wahlvorschläge, die von einem Mitglied der Fachbereichskonferenz mit Zustimmung der Kandidaten eingereicht werden, gilt Satz 1 entsprechend. Die Namen der Bewerber werden binnen drei Tagen nach dem Ende der Bewerbungsfrist fachbereichsöffentlich bekanntgegeben. Zwischen der Bekanntgabe und dem Wahltermin müssen drei Tage liegen.

§ 3 Wahlrecht

Wahlberechtigt sind alle stimmberechtigten Mitglieder der Fachbereichskonferenz. Wählbar ist jeder Fachhochschullehrer, der dem Fachbereich als stimmberechtigtes Mitglied angehört.

§ 4 Wahlhandlung

(1) Die Wahlen sind geheim. Jeder Wähler hat eine Stimme. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Konferenzmitglieder auf sich vereinigt. Erhält kein Bewerber die erforderliche Mehrheit, ist der Wahlgang zu wiederholen. Erreicht auch bei der zweiten Wiederholung des Wahlganges kein Bewerber die erforderliche Mehrheit, ist die Wahl abbrechen. Der Wahlvorstand beraumt sofort Termine für erneute Bewerbungen und die Neuwahl an.

(2) Briefwahl ist nicht zulässig.

§ 5 Wahlergebnis

Das Wahlergebnis wird unmittelbar im Anschluß an jeden Wahlgang festgestellt und bekanntgegeben.

§ 6 Wahlprüfung

Wird von einem Wahlberechtigten binnen einer Woche schriftlich geltend gemacht, daß bei der Wahl gegen zwingende Rechtsvorschriften oder diese Wahlordnung verstoßen wurde, tritt der Wahlvorstand in ein Wahlprüfungsverfahren ein. Kommt er zu der Überzeugung, daß der Verstoß das Ergebnis der Wahl beeinflussen könnte, ordnet er eine Wiederholungswahl an.

§ 7 Amtszeit

(1) Die zweijährige Amtsdauer der Fachbereichsleiter und deren Stellvertreter (§ 22 Abs. 2 FHG) endet mit dem Ablauf des Wintersemesters. Die Amtsdauer der neugewählten Fachbereichsleiter und deren Stellvertreter beginnt mit dem Sommersemester.

(2) Scheidet ein Fachbereichsleiter oder Stellvertreter vorzeitig aus, so findet für den Rest der Amtszeit eine Neuwahl statt.

(3) Die Wahlen sollen jeweils zwei Monate vor Amtsende durchgeführt werden.

(4) Eine Wiederwahl des Fachbereichsleiters und seines Stellvertreters ist zulässig (§ 22 Abs. 2 FHG).

§ 8 Inkrafttreten

Die Wahlordnung tritt mit der Genehmigung durch den Hessischen Kultusminister in Kraft.

72

Satzung der Studentenschaft der Gesamthochschule Kassel

Bezug: Erlaß des HKM vom 26. 11. 1973 (StAnz. S. 2201)

In der Satzung muß es in Punkt 3.6 statt „Studententransport“ richtig „Studentensport“,

74

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

Widmung einer Neubaustrecke, Abstufung und Einziehung von Teilstrecken im Zuge der Landesstraße 3431 in der Gemarkung Kohlhausen, Ortsteil der Stadt Bad Hersfeld, Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Regierungsbezirk Kassel

1. Die im Zuge der Landesstraße 3431 in der Gemarkung Kohlhausen, Ortsteil der Stadt Bad Hersfeld, Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Regierungsbezirk Kassel, neugebaute Strecke

in Punkt 8.2.1 statt „Dachbereich“ richtig „Fachbereich“ heißen;

in Punkt 17.1.4 muß Satz 2 und 3 wie folgt lauten: „Im dritten Wahlgang ist gewählt, wer die einfache Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt. Näheres regelt die Geschäftsordnung des Studentenparlaments.“;

nach Punkt 18.2 folgt 18.3, dessen Satz 1 folgenden Wortlaut hat: „Der Allgemeine Studentenausschuß vertritt die Studentenschaft gerichtlich und außergerichtlich.“;

in Punkt 25.4 muß es statt „dem“ richtig „den“ und

in Punkt 30.3 statt „Entlassung“ richtig „Entlastung“ heißen.

Die Redaktion

StAnz. 2/1974 S. 67

73

Steuerbeschuß der Jüdischen Gemeinde Frankfurt (Main) für das Kalenderjahr 1974

Gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Erhebung von Steuern durch die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Lande Hessen (Kirchensteuergesetz) in der Fassung vom 25. September 1968 (GVBl. I S. 268) genehmige ich die vom Gemeinderat der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main am 4. Dezember 1973 gefaßten Steuerbeschlüsse mit der Maßgabe, daß in § 6 Abs. 4 auf das besondere Synagogengeld in glaubensverschiedenen Ehen (§ 3 Ziffer 5) nur die Synagogensteuer nach § 3 Ziffer 1 angerechnet wird, wenn eine Erhebung durch die Finanzämter erfolgt.

Die Befugnis der Finanzämter, dem Widerspruch im Falle des § 12 Abs. 2 Ziffer 1 selbst abzuhelfen, bleibt unberührt.

Wiesbaden, 19. 12. 1973

Der Hessische Kultusminister

V C 5 — 873 6/4 — 11

StAnz. 2/1974 S. 67

*

Steuerbeschuß der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main — Körperschaft des öffentlichen Rechts — für das Kalenderjahr 1974

In seiner Sitzung vom 4. 12. 1973 hat der Gemeinderat der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main — KdÖR — für das Kalenderjahr 1974 folgende Steuerbeschlüsse befaßt:

1. Die Steuer-Tarife der §§ 9 und 10 Absätze 1 und 2 der Steuerordnung in der Fassung vom 18. 12. 1969 bleiben unverändert in Kraft.

2. Der Steuer-Tarif des § 10 Absatz 3 der Steuerordnung in der Fassung vom 18. 12. 1969 (besonderes Synagogengeld) wird geändert. An die Stelle der bisher für die Erhebung gültigen Steuertabelle tritt folgende Neufassung:

48 000 DM bis 59 999 DM	240 DM,
60 000 DM bis 79 999 DM	480 DM,
80 000 DM bis 99 999 DM	720 DM,
100 000 DM bis 149 999 DM	960 DM,
150 000 DM bis 199 999 DM	1500 DM,
200 000 DM bis 249 999 DM	1980 DM,
250 000 DM bis 299 999 DM	2520 DM,
300 000 DM bis 399 999 DM	3600 DM,
400 000 DM und mehr	4800 DM,

Frankfurt (Main), 4. 12. 1973

Jüdische Gemeinde Frankfurt (Main)

von km 0,722 neu (bei km 0,722 alt)
bis km 0,895 neu (bei km 0,929 alt) = 0,173 km
wird mit Wirkung vom 1. Januar 1974 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437). Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3431 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3431 von km 0,780 alt (bei km 0,003 alt/0,045 neu der K 28) bis km 0,790 alt (bei km 0,040 der K 28 neu) = 0,010 km hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. Januar 1974 in die Gruppe der Kreisstraßen abgestuft (§ 5 HStrG). Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf den Landkreis Hersfeld-Rotenburg über (§ 41 HStrG). Die Strecke wird zusammen mit dem neugebauten Anschluß der Kreisstraße 28 an die neue Landesstraße 3431

von km 0,008 neu (bei km 0,773 der L 3431 neu) bis km 0,040 neu (bei km 0,790 der L 3431 alt) = 0,032 km einschließlich der weiteren Anschlußarme an die neue Landesstraße 3431

als Teilstrecke der Kreisstraße 28 in das Verzeichnis der Kreisstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

3. Die bisherigen Teilstrecken der Landesstraße 3431 von km 0,737 bis km 0,780 alt = 0,043 km und von km 0,790 alt bis km 0,875 alt = 0,085 km

haben die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und werden mit Wirkung vom 1. Januar 1974 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 HStrG). Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecken, für die die Stadt gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Bad Hersfeld über (§ 43 HStrG).

4. Die bisherigen Teilstrecken der Landesstraße 3431 von km 0,722 alt bis km 0,737 alt = 0,015 km und von km 0,875 alt bis km 0,929 alt = 0,054 km

sind für den Verkehr entbehrlich geworden und werden mit Wirkung vom 1. Januar 1974 eingezogen (§ 6 Abs. 1 HStrG). Von der vorherigen Bekanntgabe der Einziehung gemäß § 6 Abs. 2 HStrG wurde abgesehen, da es sich hierbei um die Einziehung von Strecken im Zusammenhang mit Änderungen von unwesentlicher Bedeutung handelt.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben wer-

den. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 18. 12. 1973

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
IV a 2 — 63 a 30

StAnz. 2/1974 S. 67

75

Wirtschaftsprüferordnung

Auf Grund des § 42 des Gesetzes über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung) vom 24. 7. 1961 (BGBl. I S. 1049) wird bekanntgemacht:

I. Als Wirtschaftsprüfer öffentlich bestellt am 6. 11. 1973:

- Dipl.-Kfm. Rolf Dill, Frankfurt a. M.,
- Dipl.-Volksw. Eike Goletz, Jugenheim,
- Dipl.-Kfm. Berndt Heider, Neu-Isenburg,
- Dipl.-Kfm. Karl Müller-Steckner, Frankfurt a. M.,
- Dipl.-Kfm. Jürgen Schultzke, Bad Vilbel,
- Dipl.-Kfm. Dr. Ilse Weber, Bad Soden (Ts.).

II. Als Wirtschaftsprüfer öffentlich bestellt am 21. 12. 1973:

- Dipl.-Kfm. Werner Dächert, Darmstadt,
- Dipl.-Kfm. Wolf Dietrich Gelhausen, Frankfurt a. M.

III. Folgende Gesellschaft ist als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft anerkannt worden:

Liesegang-Dr. Mertens, Revisionsgesellschaft mbH,
Wiesbaden am 29. 10. 1973.

IV. Folgende öffentliche Bestellung als Wirtschaftsprüfer ist erloschen:

Arthur Heidrich, Offenbach durch Tod am 29. 9. 1973.

Wiesbaden, 21. 12. 1973

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
I b 3 — 01 o — WP

StAnz. 2/1974 S. 68

76

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Auftrag über die Erstellung der Agrarstrukturellen Vorplanung — zweite Stufe — Gießen-Ost

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom 3. 9. 1969 (BGBl. I S. 1573) beauftrage ich hiermit die Agrarsoziale Gesellschaft, Göttingen, für den Planungsraum Gießen-Ost die Agrarstrukturelle Vorplanung — zweite Stufe — zu erstellen.

Träger der Agrarstrukturellen Vorplanung — zweite Stufe — ist die Regionale Planungsgemeinschaft Mittelhessen.

Der Planungsraum umfaßt den in der nachstehend als Anlage abgedruckten Aufstellung angeführten Bereich mit einer Gesamtfläche von 44,003 ha und ist im Benehmen mit dem Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei — abgegrenzt worden. Änderungen der hiermit festgelegten Abgrenzung des Planungsraumes durch inzwischen eingetretene und noch zu berücksichtigende kommunale Gebietsänderungen bitte ich, mir zur Angleichung dieses Auftrages an die tatsächlichen Verhältnisse mitzuteilen.

Die Durchführung der Planung regelt sich nach meinen Richtlinien vom 27. 3. 1973 (StAnz. S. 947) für die Förderung der agrarstrukturellen Vorplanung — zweite Stufe — im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrar-

struktur und des Küstenschutzes“ sowie nach dem Hessischen Landschaftspflegegesetz vom 4. 4. 1973 (GVBl. I S. 126).

Wiesbaden, 7. 11. 1973

Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt
IV — 9822/73 LK 30. 1. — Gießen-Ost
StAnz. 2/1974 S. 68

*

Planungsraum der Agrarstrukturellen Vorplanung — zweite Stufe — Gießen-Ost

Gemeinde Ortsteil	Betriebe über ha		Betriebe über ha	
	2	2 ha LF	2 ha	2 ha LF
Allendorf/Lumda (Stadt)	1 420	55	1 538	69
Stadtteil Climbach	118	14		
Arnsburg	490	2	490	2
Bellersheim	889	45	889	45
Ettingshausen	904	42	904	42
Grünberg (Stadt)	1 716	36	8 923	517
Stadtteil Beltersheim	493	40		
Stadtteil Göbelnrod	401	20		

Gemeinde Ortsteil	Betriebe über		Betriebe über	
	ha	2 ha LF	ha	2 ha LF
Stadtteil Harbach	623	48		
Stadtteil Klein-Eichen	213	19		
Stadtteil Lardenbach	312	24		
Stadtteil Lehnheim	518	43		
Stadtteil Lumda	757	37		
Stadtteil Queckborn	836	67		
Stadtteil Reinhardshain	825	39		
Stadtteil Stangenrod	418	28		
Stadtteil Stockhausen	275	21		
Stadtteil Weickartshain	610	43		
Stadtteil Weitershain	926	52		
Hungen (Stadt)	1 505	34	5 367	258
Stadtteil Langd	1 208	53		
Stadtteil Nonnenrod	518	49		
Stadtteil Rabertshausen	353	20		
Stadtteil Rodheim	412	25		
Stadtteil Steinheim	535	38		
Stadtteil Trais-Horloff	323	13		
Stadtteil Utphe	513	35		
Inhelden	476	28	476	28
Langsdorf	1 229	74	1 229	74
Laubach (Stadt)	2 963	37	9 703	269
Stadtteil Altenhain	317	32		
Stadtteil Freilenseen	1 533	26		
Stadtteil Gonterskirchen	1 704	47		
Stadtteil Lauter	618	21		
Stadtteil Münster	298	24		
Stadtteil Röhthes	306	14		
Stadtteil Ruppertsburg	1 302	32		
Stadtteil Weiterfeld	862	36		
Lich (Stadt)	2 790	36	6 045	251
Stadtteil Bettenhausen	521	25		
Stadtteil Birklar	457	41		
Stadtteil Eberstadt	546	56		
Stadtteil Muschenheim	781	41		
Stadtteil Nieder-Bessingen	530	25		
Stadtteil Ober-Bessingen	420	28		
Obbornhofen	696	32	696	32
Rabenau			4 342	194
Ortsteil Allertshausen	465	28		
Ortsteil Geilshausen	863	47		
Ortsteil Kesslbach	506	16		
Ortsteil Londorf	779	26		
Ortsteil Odenhausen	611	29		
Ortsteil Rüdtingshausen	1 118	57		
Von Reiskirchen			737	43
Ortsteil Saasen	737	43		
Treis a. d. Lumda	1 362	52	1 362	52
Villingen	1 302	52	1 302	52
			44 003	1 928

Anmerkung: Die Betriebszahlen sind der „Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe in den hessischen Gemeinden 1970“, Nr. 38, herausgegeben vom Hessischen Statistischen Landesamt, entnommen.

77

Verordnung über gesundheitliche Anforderungen an Rohmilch und daraus hergestellte Erzeugnisse, die von Milcherzeugern unmittelbar an Verbraucher abgegeben werden (Hygieneverordnung für Milch-ab-Hof-Abgabe)

I.

Bei der Milch-ab-Hof-Abgabe finden folgende Rechtsvorschriften Anwendung:

1. Hygieneverordnung für Milch-ab-Hof-Abgabe vom 24. Mai 1973 (BGBl. I S. 477),
2. Verordnung über die Zuständigkeiten nach der Hygieneverordnung für Milch-ab-Hof-Abgabe vom 20. November 1973 (GVBl. I S. 433).

Unberührt bleiben, soweit in der Verordnung unter Nr. 1 keine besondere Regelung getroffen ist:

1. Milchgesetz vom 31. Juli 1930 (RGBl. I S. 421), zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503),

2. Erste Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes vom 15. Mai 1931 (RGBl. I S. 150), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. August 1973 (BGBl. I S. 1199),
3. Verordnung zur Durchführung des Milchgesetzes vom 16. Dezember 1931 (Pr. GS S. 259) (GVBl. II 355-8), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. August 1973 (GVBl. I S. 326),
4. Lebensmittelgesetz vom 17. Januar 1936 (RGBl. I S. 17), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 8. September 1969 (BGBl. I S. 1590).

II.

Zur Hygieneverordnung für Milch-ab-Hof-Abgabe gebe ich folgende Hinweise:

Allgemeines

Die Abgabe von Milch vom Erzeuger unmittelbar an den Verbraucher ist lebensmittel- und milchrechtlich statthaft. Es bedarf hierzu keiner Genehmigung oder Anmeldung. In der vorliegenden Verordnung werden die für den Verbraucherschutz erforderlichen gesundheitlichen Voraussetzungen an den Rinderbestand und die hygienischen Voraussetzungen an die Milch festgestellt. Die Lebensmittelvollzugsbehörde überwacht im Rahmen ihrer Aufgaben die Erfüllung der Vorschriften, insbesondere die des § 2 Abs. 1 Nr. 4 und 5. Sie entnimmt Proben zum Nachweis der in der Anlage Abschnitt I genannten Anforderungen an die Milch. Die Nachweisverfahren zur Feststellung der Anforderungen sind in der Anlage Abschnitt II bestimmt.

Zu § 1

Die Verordnung findet insbesondere Anwendung bei der Abgabe von größeren Milchmengen vom Milcherzeuger unmittelbar an Eisdielen, Krankenhäuser, Kindergärten u. a. m., da hier durch die Verwendung der rohen Milch gegebenenfalls eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit in größerem Umfang eintreten kann.

Ausgenommen von den Vorschriften der Verordnung ist neben der Abgabe der Milch an Familien- oder Betriebsangehörige auch die Abgabe „an einzelne Verbraucher“, wenn „nur geringe Mengen“ abgegeben werden. Letzteres dürfte nicht der Fall sein, wenn täglich insgesamt mehr als 10 Liter an einen oder mehrere Verbraucher abgegeben werden.

Zu § 2

1. Zu den übertragbaren Krankheiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a zählen nach der zur Verordnung gegebenen amtlichen Begründung Milzbrand, Tollwut, Tuberkulose, Brucellose, Salmonellen und Listeriose.
2. Der vom Land Hessen durchgeführte Eutergesundheitsdienst wird als „ausreichende tierärztliche Eutergesundheitsüberwachung“ gemäß Abs. 1 Nr. 2 angesehen, wenn eine laufende (monatliche) Untersuchung der Bestandsmilch — gegebenenfalls durch Einzelentnahme — sichergestellt ist. Dies gilt auch für Erzeuger in Gebieten, die Milch überwiegend an nichthessische Molkereien abliefern.
3. Der Milcherzeuger hat durch entsprechende Bescheinigungen dem Landrat bzw. Magistrat als Lebensmittelüberwachungsbehörde (§ 2 HAG/LMG) den Nachweis zu erbringen, daß die gesundheitlichen Voraussetzungen des Rinderbestandes (Abs. 1 Nr. 1 und 2) sowie der Personen, die mit der Milch in Berührung kommen (Abs. 1 Nr. 3), erfüllt sind. Die Bescheinigungen sind jährlich erneut vorzulegen; das Fehlen oder die Ungültigkeit der Bescheinigungen ist strafbewehrt (§ 6 Nr. 4).

Die Lebensmittelüberwachungsbehörden unterrichten die Staatlichen Veterinärämter über die Milch-ab-Hof abgebenden Erzeugerbetriebe; sie melden das Fehlen oder Mängel in den Bescheinigungen den zuständigen Staatlichen Veterinärämtern bzw. Gesundheitsämtern. Die Lebensmittelvollzugsbediensteten nehmen die Abhofmilch-Betriebe in ihr Kontrollprogramm auf.

Zu § 3

Der Milcherzeuger muß die Abgabe der Milch-ab-Hof einstellen, wenn der begründete Verdacht besteht, daß Krankheitserreger durch die Milch oder Personen, die mit der Milch in Berührung kommen, übertragen werden können. Der Milcherzeuger ist daher zur ständigen Beobachtung des Gesundheitszustandes der Tiere und der angesprochenen Personen verpflichtet und dazu anzuhalten.

Zu § 4

Von der Ausnahmeregelung einer Abgabe von Rohmilch an den Milcheinzelhandel soll nur in Notfällen Gebrauch gemacht werden; ein Hinweisschild nach § 2 Abs. 1 Nr. 5 ist anzubringen.

Zu § 9

Die Hygieneverordnung für Milch-ab-Hof-Abgabe tritt am 1. Dezember 1973 in Kraft.

Wiesbaden, 28. 11. 1973 **Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt**
VI A 4 — 20 c 12/01
In Vertretung
gez. Seiboth

St.Anz. 2/1974 S. 69

78

Flurbereinigung Gutsbezirk Spessart, Oberförsterei Alsberg**Flurbereinigungsbeschuß**

Auf Grund des § 86 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. 8. 1969 (BGBl. I S. 1513), wird folgender Beschuß erlassen:

1. Die Flurbereinigung von Teilen der Gemarkung Oberförsterei Alsberg des Gutsbezirks Spessart, Anteil Kreis Gelnhausen, und der Gemarkung Alsberg der Stadt Salmünster, Kreis Schlüchtern, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die Grundstücke

Gemarkung Oberförsterei Alsberg

Blatt 1 Nr. 42 tlw., 64/2, 72 tlw.,

Blatt 2 Nr. 10 tlw., 65/1, 66/8, 67—70, 109/71, 71/3, 71/4;

Gemarkung Alsberg

Flur 3 Flurstück 91/8 tlw.

festgestellt. Es hat eine Größe von rd. 469 ha, worin eine Waldfläche von rd. 456 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte*), die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Gutsbezirk Spessart, Oberförsterei Alsberg“,
mit dem Sitz in Salmünster.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Träger des Unternehmens ist der Landkreis Gelnhausen, vertreten durch das Hessische Straßenbauamt Hanau.

5. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses bei der Flurbereinigungsbehörde, dem Hess. Amt für Landeskultur Hanau in Hanau, Freiheitsplatz 2—4 (Behördenhaus), anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hess. Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

6. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

- a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;

*) hier nicht veröffentlicht

c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;

d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hess. Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hess. Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hess. Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

7. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Stadt Salmünster öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschuß mit Begründung und Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei der Stadtverwaltung Salmünster zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschuß kann binnen zwei Wochen Beschwerde beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde, oder beim Hess. Amt für Landeskultur in Hanau, Freiheitsplatz 2—4 (Behördenhaus), erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden oder beim Hess. Amt für Landeskultur in Hanau zu erklären.

Hanau (Main), 13. 11. 1973

Hess. Amt für Landeskultur

St.Anz. 2/1974 S. 70

79

Flurbereinigung Griedelbach, Kreis Wetzlar**Flurbereinigungsbeschuß**

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. 8. 1969 (BGBl. I S. 1513), wird folgender Beschuß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Griedelbach, Kreis Wetzlar, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung Griedelbach festgestellt. Es hat eine Größe von 572 ha, worin eine Waldfläche von 177 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte*), die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Griedelbach“

mit dem Sitz in Waldsolms, Ortsteil Griedelbach.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in 63 Gießen, Ostanlage 47 (Behördenhochhaus), anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen

*) hier nicht veröffentlicht.

Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

- Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hessische Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Gemeinde Waldsolms und den Nachbargemeinden Cleeburg, Schöffengrund und Kleenheim öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Waldsolms, Kreis Wetzlar, und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 29. 11. 1973

Landeskulturamt Hessen
F 632 — Griedelbach — 19751/73
StAnz. 2/1974 S. 70

80

Flurbereinigung Bockenrod, Odenwaldkreis

2. Änderungsbeschluß zum Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 8 Abs. 2 in Verbindung mit § 4 des Flurbereinigungsgesetzes vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. 8. 1969 (BGBl. I S. 1513), wird folgender Beschluß erlassen:

1. Das mit Beschluß vom 19. 4. 1971 (StAnz. S. 914) festgestellte Flurbereinigungsgebiet der Gemarkung Bockenrod, geändert durch den 1. Änderungsbeschluß vom 27. 7. 1973 (StAnz. S. 1557), wird nachträglich erweitert. Es werden zum Verfahren hinzugezogen:

Die Grundstücke der Gemarkungen Pfaffen-Beerfurth und Gersprenz.

2. Das Flurbereinigungsgebiet vergrößert sich damit auf ca. 990 ha. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte*, die einen Bestandteil des Änderungsbe-

schlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt nunmehr den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Bockenrod — Beerfurth — Gersprenz mit dem Sitz in Reichelsheim, Odenwaldkreis“.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in Darmstadt, Rheinstraße 29—33, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

- Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hessische Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Gemeinde Reichelsheim und den Nachbargemeinden Brombachtal, Brensbad, Fränkisch-Crumbach, Mossautal, Michelstadt, Fürth/Bergstraße, Lindenfels/Bergstraße öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Reichelsheim und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 30. 11. 1973

Landeskulturamt Hessen
DF 501 — Bockenrod — 20851/73
StAnz. 2/1974 S. 71

* hier nicht veröffentlicht.

81

Der Landeswahlleiter für Hessen

Nachfolge für den Abgeordneten Heribert Wenzel

Der Abgeordnete Heribert Wenzel (SPD) hat auf sein Mandat im Hessischen Landtag verzichtet.

An seiner Stelle ist

Herr Kurt Steinbrecher
Kaufm. Angestellter
geb. am 1. 7. 1921
61 Darmstadt, Roßdörfer Straße 42

gemäß § 40 Abs. 2 Satz 1 des Landtagswahlgesetzes in der Fassung vom 9. Juni 1970 (GVBl. I S. 376), geändert durch Gesetz vom 19. November 1973 (GVBl. I S. 423), Abgeordneter des Hessischen Landtags geworden.

Wiesbaden, 27. 12. 1973

Der Landeswahlleiter für Hessen

II 4 — 3c 34/17 — 13/73 — 2

StAnz. 2/1974 S. 72

82

Personalmeldungen

Es sind

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

Regierungspräsident in Darmstadt

— Gymnasien —

ernannt:

zu **Fachlehrern (BaL)** die Fachlehrer z. A. Hans-Jürgen Gertitschke, Rüsselsheim (4. 9. 1973), Johannes-Josef Musolf, Frankfurt/Main (27. 10. 1973);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** die Assessoren/innen des Lehramts Günther Diehl, Lampertheim (1. 9. 1973), Manfred Lange, Gießen (30. 8. 1973), Ulrich Beidatsch, Friedberg (20. 8. 1973), Wolfgang Saalfeld, Frankfurt/Main (19. 6. 1973), Rosiza Müller, Lampertheim, Dr. Udo-Volker Reichert, Bruchköbel, Angelika Klausenitzer-Stadtans, Frankfurt/Main (sämtlich 1. 8. 1973), Elfriede Fügen, Hofheim/Ts. (20. 8. 1973), Arno Lindner, Wiesbaden, Margit Müller, Ehringshausen, Rainer Büttel, Darmstadt, Renate Wenzlawski, Offenbach/Main, Wolf-Dieter Bethke, Pohlheim 1, Folker Bayer, Pohlheim 1, Elfrun Bärmann, Burgsolms, Armin Hohweiler, Haiger, Irmgard Hutt, Atzbach, Harald Homburg, Atzbach, Ludwig Krauß, Großen-Buseck, Manfred Schmidt, Aßlar-Hermannstein, Gabriele Eilermann, Gießen/Lahn, Jürgen Frome, Gießen/Lahn, Konrad Schneider, Pohlheim 1, Heinrich Lerch, Darmstadt, Edeltrud Hümmer-Post, Wetzlar, Gerhard Keiner, Gießen, Inge-Marie Sammelis, Darmstadt, Margret McCroskey, Bieberthal, Karin Wienstroer, Darmstadt, Gerhard Schöne, Ehringshausen, Klaus-Peter Simonsen, Laubach, Brigitte Schmidt, Dillenburg, Doris Zeuner, Dillenburg, Hartmut Richter, Wetzlar, Angela Proschwitz, Pohlheim 1, Adolf Sauerwald, Wetzlar, Helmut Croissant, Babenhausen, Ingrid Krumscheid, Frankfurt/Main, Martha Pour Nikfardjam, Wetzlar, Gerlinde Barlonicek, Frankfurt/Main, Freda Trampedach, Großen-Buseck, Wolfgang Hettche, Gießen, Erich Preuß, Hanau/Main, Max Albert Steinhöfel, Homberg (sämtlich 1. 8. 1973), Martin Leonhard, Wiesbaden-Kastel (1. 9. 1973), Charlotte Junker, Bad Homburg, Thomas Bolck, Taunusstein, Maria Kremer, Schlitz, Günther Klaus Treuherz, Salmünster, Klaus-Jürgen Becker, Schlitz (sämtlich 1. 8. 1973), Elke Möhrle-Neubert, Hofheim/Ts. (13. 8. 1973), Christine Nolte, Langenselbold (1. 8. 1973), Daniela Moll, Hofheim/Ts. (20. 8. 1973), Almut Esselborn, Gernsheim (1. 8. 1973), Rolf Knocke, Gießen (31. 8. 1973), Barbara Feyler, Bergen-Enkheim (1. 8. 1973), Wolfgang Lehmann, Rimbach (1. 9. 1973), Hartmut Wardemann, Haiger (24. 9. 1973), Hans-Joachim Inrecka, Braunfels, Wolfhard Kessler, Wetzlar, Lothar Häuser, Aßlar-Hermannstein, Gerd Hohnfeld, Gießen, Roland Parthey, Salmünster (sämtlich 1. 8. 1973), Katharina Elisabeth Ilse Hirth, Offenbach/Main (1. 10. 1973), Brigitte Wiegand, Laubach (1. 8. 1973), Ruthild Trottenier, Frankfurt/Main (1. 2. 1973), Claudia Potempa, Frankfurt/Main (1. 10. 1973), Rüdiger Schmidt, Wiesbaden, Barbara Stritter, Königstein/Ts., Stefan Schmidt, Frankfurt/Main, Eckhard Prochaska, Hanau-Kesselstadt, Wolfgang Brühl, Lampertheim (sämtlich 1. 8. 1973), Sabine Zarges, Hofheim/Ts. (1. 2. 1973), Regina Streitenfeld, Oberursel (16. 8. 1973), Rolf Wacker, Freigericht (1. 8. 1973), Antje Siebel, Gießen/Lahn (1. 3. 1973), Reiner Niessen, Wächtersbach, Detlef Kiefer, Wiesbaden, Hans Hermann

Huth, Nidderau, Klaus-Ludwig Müller, Mörfelden-Walldorf, Georg Kindl, Hanau/Main, Gundula Powarznski, Frankfurt/Main, Manfred Schwahn, Hanau/Main, Gilbert Schoenen, Limburg/Lahn, Jörg Pramschüfer, Wächtersbach Gudrun Jähde, Alsfeld (sämtlich 1. 8. 1973);

zu **Studienräten/innen** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Henner Lommel, Weilburg (29. 10. 1973), Christa Pitta, Babenhausen (24. 1. 1973), Christa Hagenow, Geisenheim (20. 8. 1973), Jürgen Klatt, Wetzlar (31. 8. 1973), Ulrike Jost, Groß-Gerau (3. 9. 1973), Christel Scheid, Sulzbach/Ts. (20. 8. 1973), Marianne Hänle, Darmstadt (30. 8. 1973), Gunhilde Heyn, Frankfurt/Main (8. 5. 1973), Rainer Hermann, Limburg/Lahn (4. 9. 1973), Ingrid Brunk, Frankfurt/Main (3. 9. 1973), Karl-Jürgen Winter, Wetzlar (10. 9. 1973), Hans-Joachim Heidemann, Frankfurt/Main (22. 8. 1973), Waltraud Küssner, Mühlheim/M. (17. 8. 1973), Rainer Knobloch, Frankfurt/Main (21. 8. 1973), Joachim Steinmüller, Alsfeld (3. 9. 1973), Heike Schrandolf, Gießen (10. 9. 1973), Georg Friedrich Becker, Frankfurt/Main, Uta Krüger, Frankfurt/Main, Lieselotte Gebelin-Hammer, Frankfurt/Main (sämtlich 22. 8. 1973), Marinna Geib, Frankfurt/Main (20. 8. 1973), Bernd Mader, Frankfurt/Main (5. 9. 1973), Eva Jobst, Gießen (3. 9. 1973), Claus Richter, Frankfurt/Main (21. 8. 1973), Cornelia von Plottnitz, Frankfurt/Main (30. 8. 1973), Gisela Wittekindt, Frankfurt/Main (21. 8. 1973), Leonore Winkler, Frankfurt/Main (22. 8. 1973), Rolf Frodl, Mühlheim/Main (22. 8. 1973), Hans-Ulrich Arndt, Wetzlar (10. 9. 1973), Günther Weber, Wiesbaden (20. 8. 1973), Gerd Schäfer, Herborn (31. 8. 1973), Hans Wiesner, Neu-Isenburg (7. 9. 1973), Renate Kunkel, Frankfurt/Main (7. 9. 1973), Hartmut Eisen-träger, Weilburg (21. 9. 1973), Rita Blödner, Frankfurt/Main (15. 9. 1973), Gerhard Lodowicks, Offenbach/Main (1. 8. 1973), Christa Holst, Frankfurt/Main (11. 9. 1973), Klaus Freund, Oberursel (21. 9. 1973), Christian Habermann, Mühlheim/Main (24. 9. 1973), Dieter Thum, Offenbach/Main (30. 8. 1973), Astrid Hennies, Frankfurt/Main (24. 9. 1973), Norbert Fischer, Wiesbaden (26. 9. 1973), Bernd-Jürgen Kalns, Frankfurt/Main (21. 9. 1973), Hartmut Volkmann, Wiesbaden (20. 8. 1973), Hans-Peter Wagemann, Idstein (30. 8. 1973), Bärbel Pflüger, Frankfurt/Main (21. 9. 1973), Rainer Hofmann, Braunfels (24. 9. 1973), Iris Gußmann, Frankfurt/Main (15. 9. 1973), Eva Badkowski, Frankfurt/Main, Ulrike Greb, Frankfurt/Main (beide 21. 9. 1973), Marianne Richter, Königstein (21. 8. 1973), Siegfried Schröer, Frankfurt/Main (21. 9. 1973), Felicitas Gregel, Wiesbaden (29. 9. 1973), Rainer Franzl, Frankfurt/Main (28. 9. 1973), Edgar Weber, Schwingbach (8. 10. 1973), Gerhard Nordmann, Friedberg/Hessen (5. 10. 1973), Heinz Richter, Dörnigheim (9. 10. 1973), Ute Otto, Aßlar-Hermannstein (15. 10. 1973), Dr. Ingeborg Sültemeyer, Frankfurt/Main (4. 5. 1973), Jürgen Keiner, Wetzlar (26. 10. 1973), Ingo Krösa, Frankfurt/Main (22. 10. 1973), Siegfried Lohwasser, Frankfurt/Main (26. 10. 1973), Jürgen Sprötte, Wetzlar (31. 10. 1973), Michael Motzkus, Kronberg (20. 8. 1973), Hans Martin, Kronberg (20. 8. 1973), Heide Bruch, Frankfurt/Main (26. 10. 1973), Josef Nosck, Sprendlingen (18. 10. 1973), Horst Stemmler, Frankfurt/Main (31. 3. 1973), Lüdgera van der Zwiep, Kronberg/Ts. (10. 11. 1973); zum **Oberstudienrat (BaL)** früherer Oberstudienrat Bernhard von Schwerin, Michelstadt (1. 10. 1973); zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Horst Grundke, Dillenburg (5. 9. 1973), Jürgen Bolling, Biedenkopf, Werner Meier, Gießen, Gerhard Zeitz, Fried-

berg, Reinhard Krause, Hanau/Main, Horst Dingeldein, Bensheim a. d. B., Hans-Joachim Dumrese, Darmstadt, Manfred Müller, Gießen, Dieter Klawe, Friedberg, Karl Wöll, Gernsheim, Horst Bachmann, Darmstadt, Horst Lenz, Heusenstamm (sämtlich 1. 10. 1973), Karl Schmitt, Waldmichelbach (19. 9. 1973), Ute Gagel, Gießen, Gudrun Oswald, Heusenstamm, Volker Heim, Offenbach/Main, Rüdiger Heck, Darmstadt, Klaus Hochapfel, Bensheim, Martin Kirmse, Spredlingen, Hans-Dieter Mittelacher, Seeheim a. d. B., Marie-Elisabeth Posselt, Seligenstadt, Eva-Maria Markl, Darmstadt, Wolfgang Püchner, Darmstadt, Joachim Steuernagel, Alsfeld, Klaus Foemmel, Schlüchtern, Lilly Benz, Darmstadt, Christine Gutberlet, Schlüchtern, Siegmund Leonhardt, Darmstadt, Klaus-Dieter Müller, Darmstadt, Konrad Rüssel, Alsfeld, Wolfgang Baesler, Bensheim, Klaus-Jürgen Werner, Herborm, Heinz Baginski, Bensheim a. d. B., Dieter Beckek, Lauterbach, Ortwin Jakob, Bensheim, Ingrid Rockert, Wiesbaden, Margarete Ohly, Bad Homburg, Ekkehard Frick, Darmstadt, Siegfried Josupoit, Gernsheim, Siegfried Hansbei, Wiesbaden, Ekkehart Oehler, Wetzlar, Olaf Mester, Sulzbach/Ts., Hans Bienmüller, Gelnhausen (sämtlich 1. 10. 1973), Oswald Kunz, Wald-Michelbach (4. 10. 1973), Manfred Becker, Spredlingen, Karl-Heinz Schröder, Weilburg, Helga Hillinghäuser, Offenbach/Main, Albert Schmidt, Seligenstadt, Gisela Kräuter, Wetzlar, Rudolf Beringer, Heppenheim (sämtlich 1. 10. 1973), Edeltraut Guhl, Gernsheim (16. 10. 1973), Hugo Schimmelpfeng, Herborm (1. 10. 1973), Elisabeth Schniske, Limburg/Lahn (17. 10. 1973), Helmut Benz, Darmstadt (19. 9. 1973), Hans Gunkel, Darmstadt, Ingrid Purper, Wiesbaden (beide 1. 10. 1973), Gisela Burré, Bad Vilbel, Klemens Borkowski, Spredlingen (beide 16. 10. 1973), Jürgen Peter, Bad Homburg, Ingrid Gestrich, Neu-Isenburg (beide 1. 10. 1973), Christa Pfänder, Offenbach/Main (15. 10. 1973), Ernst Planner, Dieburg (23. 10. 1973), Eva Schimmelpfeng, Groß-Gerau, Paul Klein, Groß-Gerau (beide 1. 10. 1973), Raimund Grieger, Darmstadt (11. 10. 1973), Peter Ulrich, Echzell, Gisela Werner, Wiesbaden (beide 1. 10. 1973), Elfriede Wiech, Hanau/Main (17. 10. 1973), Willi Califice, Neu-Isenburg, Volkmar Weißert, Darmstadt, Hansjörg Dörr, Wiesbaden (sämtlich 1. 10. 1973), Helga Fischer, Darmstadt (26. 9. 1973), Luise Closhen, Hanau/Main, Dieter Closhen, Hanau/Main, Helmut Schad, Wald-Michelbach, Renate Stock, Mühlheim/Main, Christa Strupp, Frankfurt/Main, Renate Dietrich-Zuhrt, Bad Homburg (sämtlich 1. 10. 1973), Heinrich Kraft, Frankfurt/M.-Höchst (17. 10. 1973), Werner Lorenz, Wiesbaden (16. 10. 1973), Manfred Naumann, Wiesbaden (1. 10. 1973), Ilse Schlenrich, Herborm (9. 10. 1973), Veronika Wichert, Heppenheim, Horst Ehrhardt, Frankfurt/Main (beide 1. 10. 1973), Horst Keiner, Herborm (18. 10. 1973), Dietmar Zinck, Rüsselsheim (1. 10. 1973), Johannes Flache, Herborm (15. 10. 1973), Dieter Haupt, Frankfurt/Main (25. 10. 1973), Werner Becker, Offenbach/Main (15. 10. 1973), Gerhard Bartussek, Biedenkopf (18. 10. 1973), Robert Schratz, Wiesbaden (15. 10. 1973), Wolfgang Knorr, Frankfurt/Main (19. 10. 1973), Henrik Herrmann, Rüsselsheim (6. 11. 1973), Heinrich Droste, Spredlingen (8. 11. 1973), Klaus Kienzler, Frankfurt/Main (26. 10. 1973), Marianne Mombberger, Schlüchtern (24. 10. 1973), Dieter Lohse, Frankfurt/Main, Ingeborg Onal, Frankfurt/Main (beide 19. 10. 1973), Dr. Ernst Gebhardt, Friedberg/H. (16. 10. 1973), Rudolf Römer, Gedern, Reinhart Bücking, Frankfurt/Main-Höchst, Annette Georgsdorf, Frankfurt/Main (sämtlich 18. 10. 1973), Almut Günther, Frankfurt/Main (22. 10. 1973), Maria Kilp, Wiesbaden (25. 10. 1973), Ulrich Kummetat, Frankfurt/Main (19. 10. 1973), Konrad-Jürgen Kleinicke, Wiesbaden (27. 10. 1973);

zu **Studiendirektoren/innen** die Oberstudienräte/innen (BaL) Heinrich Krämer, Frankfurt/Main (15. 5. 1973), Klaus Mengler, Gießen/Lahn, Peter Breuer, Ober-Hambach, Ursula Hergenröther, Grünberg, Wilhelm Lamotte, Hungen, Wilhelm Eichner, Groß-Bieberau, Karl Heinrich Burbach, Frankfurt/Main, Dr. Helmut Böhm, Bad Homburg (sämtlich 1. 10. 1973), Bettina Kratz, Bad Homburg (24. 5. 1973), Klaus Schäfer, Frankfurt/Main, Günter Sattler, Frankfurt/Main (beide 1. 10. 1973), Karl Herzbach, Groß-Umstadt (29. 10. 1973), Hermann Reuber, Bad Nauheim (10. 11. 1973), Heinz-Jörg Jungblut, Friedberg (8. 11. 1973), Bernhard Lehnert, Bad Homburg (26. 10. 1973);

zum **Oberstudienrat** Studiendirektor (BaL) Dr. Manfred Schlosser, Wiesbaden (1. 10. 1973);

zum **Direktor einer Gesamtschule** Oberstudienrat Günter Grull, Hungen (1. 10. 1973);

zum **Direktor einer Gesamtschule mit Sekundarstufe I und II** Päd. Leiter einer Gesamtschule Robert Manshagen, Grünberg (1. 10. 1973);

zum **Direktor als ständiger Vertreter des Leiters einer Gesamtschule mit Sekundarstufe I und II** Studiendirektor Werner Kuhn, Hanau/Main (13. 10. 1973);

zu **Pädagogischen Leitern einer Gesamtschule** die Studienräte Klaus Ochs, Haiger, Hans Peter Rühl, Ober-Roden (beide 1. 10. 1973);

in den **Ruhestand** getreten:

Oberstudienrat Walter Schiffer, Frankfurt/Main (31. 7. 1973), Studiendirektor Karl-Wilhelm Leyerzapf, Darmstadt, Oberstudienrat Jakob Dächert, Schlitz (beide 31. 1. 1974), Oberstudiendirektor Georg Denger, Frankfurt/M.-Höchst (31. 7. 1973), Oberstudienrat Dr. Karl Schmidt, Gießen (31. 1. 1974);

in den **Ruhestand** versetzt:

die Oberstudienräte Jakob Breitwieser, Darmstadt (11. 7. 1973), Toni Graf, Wiesbaden, Studiendirektor Dr. Emil Grether, Wiesbaden, Techn. Lehrerin Ursula Wyncker, Wiesbaden (sämtlich 31. 7. 1973), Oberstudienrat Eberhard Hassler, Frankfurt/Main (27. 8. 1973), Studiendirektor Dr. Werner Pfeiffer, Limburg/Lahn, Oberstudienrätin Hannelore Engelhard, Dillenburg, die Oberstudienräte Hans Meinhardt, Wiesbaden, August Nau, Limburg, Oberstudienrätin Hertha Flechsig, Wiesbaden, Oberstudienrat Richard Franzmann, Wiesbaden, Studiendirektor Dr. Hermann Nagel, Ffm.-Höchst, Oberstudienrätin Liselotte Mundt, Ffm.-Höchst, Oberstudienrat Walter Schubert, Friedberg, Oberschullehrerin Hildegard Reissner, Frankfurt/Main, Oberstudienrätin Dr. Magda Trabert, Wiesbaden, die Oberstudienräte Dr. Paul Steinbach, Wiesbaden, Walter Poser, Oberursel, Oberstudienrätin Clotilde Sennewaldt, Kronberg, Oberstudienrat Johann Pankow, Frankfurt/Main, die Oberstudienrätinnen Erika Binder, Frankfurt/Main, Gerda Schultz, Bad Homburg, Oberstudienrat Dr. Fritz Wurzel, Wiesbaden (sämtlich 31. 7. 1973);

entlassen:

Studienrätin Monika Otto, Frankfurt/Main (31. 7. 1973); Oberstudienrätin Barbara Herr, Gießen (31. 7. 1973) gem. § 39 Abs. 1 Ziff. 4 HBG;

— **Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen** —

ernannt:

zu **Studienreferendaren/innen (BaW)** die Bewerber/innen Frank Knoblauch, Offenbach/Main, Norbert Gibson, Hanau/Main, Heinz-Dieter Metzler, Hofheim/Ts. (sämtlich 1. 9. 1973), Helmut Gundermann, Offenbach/Main (3. 9. 1973), Ursula Dillmann, Limburg, Rainer Pitzler, Offenbach/Main, Klaus Sauer, Offenbach/Main, Horst Pfeiffer, Hanau, Dr. Brigitte Eschraghi, Gießen, Günter Ilchmann, Frankfurt/Main, Gisela Jansen, Bad Nauheim, Klaus Weiss, Hanau/Main, Eckart Schäfer, Frankfurt/M., Walter Heusmann, Darmstadt (sämtlich 1. 9. 1973), Bernd-Jürgen Zirkel, Frankfurt/Main (14. 9. 1973), Elfriede Oberdorff, Wiesbaden (3. 9. 1973), Friedrich Blumenthal, Frankfurt/Main (17. 9. 1973), Erich Krebs, Wiesbaden (1. 9. 1973), Dipl.-Ing. Rudolf Haberland, Darmstadt (17. 9. 1973), Heidi Knorr, Frankfurt/Main (1. 9. 1973), Norbert Hartmann, Alsfeld (14. 9. 1973), Wolf-Rüdiger Wandke, Darmstadt, Friedrich Willer, Darmstadt, Ulrich Keck, Darmstadt (sämtlich 1. 9. 1973), Michael Hendel, Offenbach/Main (1. 12. 1973);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** die Studienreferendare/-innen (BaW) Dipl.-Kfm. Peter Klaus Borschers, Hanau, Ulrich Zahn, Hanau (beide 31. 8. 1973), Dipl.-Volkswirt Richard Schomber, Biedenkopf (6. 9. 1973), Dipl.-oec. troph. Ingrid Ursula Tomasch-Boß, Wetzlar (31. 8. 1973), Frank Siegfried Lehmann, Frankfurt/Main (4. 9. 1973), Dipl.-Soziologe Helmut Kauer, Frankfurt/Main (8. 9. 1973), Mag. rer. soz. Hannelore Marianne Paula Thöns, Lauterbach (13. 9. 1973), Dipl.-Ing. Peter Jens Gabel, Frankfurt/Main (21. 9. 1973), Dipl.-Kaufmann Erich Dähne, Hausen (27. 9. 1973), Dipl.-Kfm. Dr. Leda Loide Führ, Frankfurt/Main (15. 9. 1973), Karl Wolfgang Gesser, Offenbach/Main (22. 9. 1973), Hermann Josef Letschert, Darmstadt (21. 9. 1973), Bernd Ernst Frühbrodt, Offenbach/Main, Dipl.-Hdl. Sigrid Berr, Frankfurt/Main (beide 27. 9. 1973), Dieter Jakob Steitz, Frankfurt/M. (5. 7. 1973), Dipl.-Hdl. Otto Sieghard

Bunk, Offenbach/Main (9. 11. 1973), Dipl.-Hdl. Uwe Küster, Rüsselsheim (8. 11. 1973);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** die Assessoren/innen des Lehramts Hermine Simon, Frankfurt/Main (31. 8. 1973), Wolfgang Petermann, Frankfurt/Main (1. 8. 1973), Roland Rödel, Frankfurt/Main (7. 9. 1973), Helga Großhauser, Frankfurt/Main (15. 10. 1973), Dipl.-Volkswirt Helmut Thielmann, Dillenburg (9. 11. 1973);

Waltraud Vandrè-Lamottke, Hanau (8. 10. 1973);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Ursula Thürmer, Frankfurt/Main-Höchst, Susanne Naumann, Frankfurt/Main-Höchst (beide 24. 8. 1973), Ekkehard Neuhoft, Dillenburg, Dipl.-Hdl. Gerd Bender, Dillenburg, Jürgen Deppisch, Darmstadt (sämtlich 14. 9. 1973), Cerd Lipphardt, Darmstadt (4. 9. 1973), Eike Freund, Hausen (22. 9. 1973), Jörg Werner, Bad Homburg (12. 9. 1973), Hermann Becker, Gelnhausen (25. 9. 1973), Gernot Egner, Offenbach/Main (3. 10. 1973), Hubert Eichner, Darmstadt (26. 10. 1973), Hans-Otto Vesper, Frankfurt/Main (31. 10. 1973);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Dipl.-Hdl. Alfred Porth, Gelnhausen, Dipl.-Hdl. Horst Christ, Wiesbaden, Georg Schneider, Frankfurt/Main, Siegfried Babion, Darmstadt, Wolfgang Wirth, Nidda, Helga Polenz, Darmstadt, Hans Wilhelm Deubner, Limburg, Dipl.-Hdl. Anneliese Seibold, Darmstadt, Theodor Gerst, Darmstadt, Dipl.-Hdl. Helmut Hahn, Michelstadt, Dipl.-Hdl. Martin Orth, Dillenburg, Dipl.-Psych. Liselotte Benner, Gießen/Lahn, Elisabeth Polz, Geisenheim, Hermann Polz, Geisenheim, Philipp Werner Eckstein, Darmstadt, Günther Koppe, Gießen, Herbert Kogel, Gießen, Dipl.-Hdl. Günter Preiß, Frankfurt/Main, Joachim Beyer, Hanau/M., Dipl.-Hdl. Georg Emig, Darmstadt, Gertrud Hellmann, Seeheim a. d. B., Wolfgang Müller, Butzbach, Dipl.-Hdl. Karin Wagner, Offenbach/Main, Dipl.-Hdl. Hermann Schoppe, Offenbach/Main, Horst Friedrich, Gießen/L., Siegfried Dalke, Gießen/Lahn (sämtlich 1. 10. 1973), Kurt Kaiser, Offenbach/Main (15. 10. 1973), Gisela Nübling, Gelnhausen (17. 10. 1973), Dipl.-Hdl. Reinhold Adrian, Frankfurt/Main (1. 10. 1973), Winrich Gramberg, Frankfurt/Main, Hermann Greinke, Frankfurt/Main (beide 16. 10. 1973), Gerhard Stücker, Alsfeld (17. 10. 1973), Gertrud Cunz, Weilburg (15. 10. 1973), Heinz Busalt, Bensheim a. d. B. (8. 11. 1973), Adolf Babist, Bensheim a. d. B. (10. 11. 1973); früherer Oberstudienrat Dipl.-Psychologe Werner Schiffmann, Darmstadt (17. 8. 1973);

zu **Studiendirektoren/innen** die Oberstudienräte/innen (BaL) Horst Röhrich, Wetzlar, Günter Thiele, Hanau/Main, Richard Gleichauf, Darmstadt, Hans Rainer Sündermann, Darmstadt, Dipl.-Hdl. Herbert Hochmuth, Wiesbaden, Kurt Häuser, Wetzlar (1. 10. 1973), Dipl.-Hdl. Manfred Jungblut, Hanau (sämtlich 1. 10. 1973), Hildegard Fischer, Frankfurt/Main (15. 10. 1973), Dr. Rolf Walther, Frankfurt/Main (30. 10. 1973), Hans Hahn, Gießen/Lahn (26. 10. 1973), Gerhard Faber, Frankfurt/Main (16. 10. 1973), Dipl.-Hdl. Arnold Frey, Frankfurt/Main (12. 10. 1973);

zu **Fachlehrern/innen** für arbeitstechnische Fächer z. A. die Fachlehreranwärter/innen Irene Irmgard Breidenbach, Dillenburg (28. 8. 1973), Ingeborg Fischer, Büdingen (29. 8. 1973), Inge Nischwitz, Darmstadt, Alois Hans König, Bensheim (beide 6. 9. 1973), Karlheinz Müller, Frankfurt/Main (1. 9. 1973), Gregor Josef Maria Vorsmann, Bad Homburg v. d. H., Jürgen Erich Raatz, Frankfurt/Main (beide 4. 9. 1973), Waltraud Hildegard Hedwig Kranick, Dillenburg (11. 9. 1973), Gerhard Willi Dreyer, Frankfurt/Main (14. 9. 1973), Friedel Lerch, Hanau/M. (13. 9. 1973), Peter Fritz Walther, Gelnhausen (5. 9. 1973), Waltraud Heide Wenk, Darmstadt (14. 9. 1973), Dieter Hans Bossong, Frankfurt/Main (7. 9. 1973), Bruno Amberg, Hanau/Main (13. 9. 1973), Annelie Scherer, Offenbach/Main (12. 9. 1973), Joachim Weber, Offenbach/Main, Otto Fuchs, Offenbach/Main (beide 20. 9. 1973), Astrid Elisabeth Edith Ziegler, Gießen/Lahn (28. 8. 1973), Angelika Henriette Elfriede Buß, Dillenburg (27. 9. 1973), Volker Karl Brandl, Rüsselsheim (11. 9. 1973), Ulrike Gutermuth, Büdingen (7. 9. 1973), Günter Gerhard Holder, Groß-Gerau (25. 9. 1973), Lore Gryll, Nidderau (21. 9. 1973), Adolf Anton Haberzettl, Hadamar (22. 9. 1973), Roland Alexander Ries, Lampertheim (25. 9. 1973), Marianne Beckert, Limburg (4. 9. 1973), Wolfgang Degen, Wiesbaden (1. 9. 1973);

zum **Fachlehrer für musisch-technische Fächer (BaL)** apl. Fachlehrer für musisch-technische Fächer (BaP) Detlef Brunner, Frankfurt/Main (24. 10. 1973);

zu **Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Kurt-Werner Feldhofer, Weilburg (7. 9. 1973), Konrad Winkler, Hanau/M. (19. 7. 1973), Heinrich Becker, Michelstadt (24. 9. 1973), Ewald Burger, Gießen (14. 9. 1973), Dieter Sagel, Weilburg (24. 9. 1973), Klaus Hugo Köber, Nidda (3. 10. 1973), Ernst Hensel, Wiesbaden (4. 10. 1973), Josef Groer, Gießen/Lahn (5. 10. 1973), Irmgard Fuhr, Nidda (26. 10. 1973), Rolf Pflug, Nidda (9. 11. 1973), Siegfried Knappmann, Biedenkopf (8. 11. 1973);

zum **Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer** Fachlehrer an einer beruflichen Schule (BaL) Manfred Schupp, Gießen (16. 8. 1973);

zur **Fachoberlehrerin für sozialpädagogische Fächer z. A. (BaP)** die Fachoberlehreranwärterinnen: Gisela Helma Deibel, Frankfurt/Main (13. 9. 1973), Heidi Maier, Dieburg (22. 9. 1973);

zur **Fachoberlehrerin für sozialpädagogische Fächer (BaL)** Fachoberlehrerin für sozialpädagogische Fächer z. A. (BaP) Christa Kurth, Frankfurt/Main (24. 8. 1973);

zu **Fachoberlehrern/innen für technologische Fächer z. A. (BaP)** die Fachoberlehreranwärter/innen Martin Trageser, Hanau/Main (6. 9. 1973), Joachim Karl Ohly, Weilburg/Lahn (11. 9. 1973), Rupert Josef Wirth, Hanau/M. (6. 9. 1973), Gerhard Tropp, Darmstadt (26. 9. 1973), Hans Hermann Pietsch, Offenbach/Main (12. 9. 1973), Harald Dank, Weilburg (20. 9. 1973), Erich Damm, Alsfeld (15. 9. 1973), Bernhard Kühne, Usingen (18. 9. 1973), Franz Porsche, Wetzlar (19. 9. 1973), Hans Erich Wunderlich, Alsfeld (8. 9. 1973), Michael Rhabanns Klein, Frankfurt/Main-Höchst (25. 9. 1973), Marianne Schüler, Frankfurt/Main (29. 9. 1973), Helga Katharina Krömmelbein, Frankfurt/Main (28. 9. 1973);

zu **Fachoberlehrern für technologische Fächer (BaL)** die Fachoberlehrer für technologische Fächer z. A. (BaP) Hans Baumann, Weilburg (6. 11. 1973), Herbert Groß, Gießen/Lahn (22. 10. 1973), Günter Jarkawski, Darmstadt (5. 11. 1973), Manfred Seidel, Weilburg (6. 11. 1973);

entlassen:

Studienrat z. A. Günther Vieweg, Wiesbaden (31. 7. 1973), Fachoberlehrer z. A. Egon Stahl, Nidda (31. 7. 1973), Studienrat z. A. Reinhold Dingeldey, Michelstadt (31. 7. 1973), Ing. Josef Rützel M.A., Offenbach (30. 9. 1973), Fachlehrerin für arbeitstechnische Fächer z. A. Elisabeth Philipp, Darmstadt (31. 7. 1973), Studienrätin z. A. Gisela Bender, Frankfurt/Main (30. 9. 1973);

Assessor des Lehramts Werner Reinhold Leichtfuss, Wiesbaden (30. 9. 1973) gem. § 43 HBG;

in den Ruhestand getreten:

Studiendirektor Karl Heidenreich, Frankfurt/Main (31. 7. 1972);

als Mitglied des Hessischen Landtags die Studienräte Willi Görlach, Butzbach (1. 8. 1973), Otto Michael Buss, Frankfurt/Main (1. 8. 1973);

in den Ruhestand versetzt:

Studiendirektor Walter Nagel, Frankfurt/Main, Fachlehrer an einer beruflichen Schule Martin Schmall, Michelstadt, Oberstudienrätin Eva Heidenreich, Frankfurt/Main, die Oberstudienräte Dr. Erich Firsche, Frankfurt/Main, Karl Bosch, Frankfurt/Main, Oberstudiendirektor Wilhelm Garnich, Wiesbaden (sämtlich 31. 7. 1973), Oberstudienrat Walter Gramlich, Bensheim, Oberstudienrätin Edith Büttner, Bensheim (beide 31. 8. 1973), Studiendirektorin Ilse Greiser, Usingen (31. 10. 1973);

— Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen —

ernannt:

zum **Oberinspektor** Inspektor (BaL) Helmut Crass, Wetzlar (1. 10. 1973);

zu **Lehramtsreferendaren/innen (BaW)** Hans-Georg Waldschmidt, Wetzlar (15. 8. 1973), Sigrid Eschenbacher, Darmstadt (15. 8. 1973), Rolf Heinemann, Offenbach/Main (15. 8. 1973), Heinz-Josef Baumeister, Wiesbaden (15. 8. 1973), Annemarie Rehberg, Gießen (15. 8. 1973), Christiane Siebert, Frankfurt/Main (15. 8. 1973), Inge Sporleder, Wetzlar (15. 8. 1973), Brigitte Lindau, Gießen (15. 8. 1973), Ulrike Martenstein, Gießen (15. 8. 1973), Beate Marquardt, Hepenheim (15. 8. 1973), Detlef Meier-Scheuren, Friedberg (15. 8. 1973), Paul Uebereck, Wetzlar (15. 8. 1973), Ursula Win-

ter, Bad Soden (15. 8. 1973), Ilse Weissert, Bad Soden (15. 8. 1973), Tobias Weissert, Bad Soden (15. 8. 1973), Waltraud Weisenseel, Bad Soden (15. 8. 1973), Heidemarie Schmidt, Wetzlar (15. 8. 1973), Dagmar Schmidt, Wetzlar (15. 8. 1973), Gertrud Schaaß, Wetzlar (15. 8. 1973), Ingrid Roth, Wetzlar (15. 8. 1973), Reiner Ruckelshausen (15. 8. 1973), Hans Schindler, Wetzlar (15. 8. 1973), Birgit Seipp, Wetzlar (15. 8. 1973), Katharina Kämpfe, Heppenheim (15. 8. 1973), Birgit Tropp, Bad Soden (15. 8. 1973), Manfred Timpe, Frankfurt/Main (15. 8. 1973), Joachim Stier, Wiesbaden (15. 8. 1973), Margret Schmitt, Wetzlar (15. 8. 1973), Uwe Döpman, Darmstadt (15. 8. 1973), Berthold Paßmann, Bad Soden (15. 8. 1973), Uta Ramezan, Frankfurt/Main (15. 8. 1973), Gerhard Kauer, Darmstadt (15. 8. 1973), Regina Ribbat, Wiesbaden (15. 8. 1973), Roswitha Reichert, Bad Soden (15. 8. 1973), Ursula Weber, Bad Soden (15. 8. 1973), Renate Zippel, Bad Soden (15. 8. 1973), Dagmar Sander, Heppenheim (15. 8. 1973), Gabriele Schmidt, Groß-Gerau (22. 8. 1973), Gundula Schäfer, Groß-Gerau (21. 8. 1973), Regine Ahrens, Wiesbaden (15. 8. 1973), Ute Scheuerpflug, Darmstadt (15. 8. 1973), Barbara Kleinschroth, Heppenheim (15. 8. 1973), Irmgard Lindner, Hanau (31. 8. 1973), Hildegard Jung, Darmstadt, Heinz Wilhelm Keil, Gießen, Egon Purkl, Bad Soden, Hannelore Noll, Wetzlar, Richard Pokoj, Bad Soden, Doris Pflug, Wetzlar, Franz Reuter, Wetzlar, Brigitte Püschel, Offenbach/Main, Ernst-Friedrich Puppel, Bad Soden, Peter Rach, Wiesbaden, Christa Minn, Bad Soden, Ilse Voß, Frankfurt/Main, Hildegard Sattler, Frankfurt/Main, Klaus Weißbecker, Frankfurt/Main, Margeret Dietrich, Wetzlar, Wolfram Eberius, Wetzlar, Runa Fecher, Heusenstamm, Thomas Conrad, Bad Soden, Klaus Fabian, Bad Soden, Margarete Dirnberger, Wiesbaden, Klaus-Jürgen Feine, Wiesbaden, Otto Walter Eißmann, Wiesbaden, Ursula Eckhard, Wiesbaden, Wolfgang Fiege, Wiesbaden, Traude Weil, Wetzlar, Sybille Volck, Wetzlar, Karlheinz Völker, Hanau/Main, Ulrich Vogel, Hanau/Main, Monika Thiel, Wetzlar, Brigitte Fischer, Wetzlar, Rainer Durchschlag, Wiesbaden, Christiane Walzer, Hanau (sämtlich 15. 8. 1973), Udo Dähne, Groß-Gerau (20. 8. 1973), Otti Clemens, Wetzlar (15. 8. 1973), Susanne van Geldern, Bad Soden (1. 8. 1973), Cornelia Kube, Heusenstamm, Anneliese Müller, Gießen, Christel Kaselow, Friedberg, Angela Henkel, Groß-Gerau, Manfred Rosch, Wiesbaden, Helmut Turber, Heppenheim, Shu-Ching Lin, Frankfurt/Main, Petra Moser, Gießen, Karin Hesse, Darmstadt, Edith Hucl, Darmstadt, Christiane Rittner, Wiesbaden, Brigitte Hoffmann, Darmstadt, Doris Wetzel, Frankfurt/Main, Christiane Berg, Gießen, Karla Vorländer, Frankfurt/Main, Gisela Zimmermann, Bad Soden, Renate Treppenhauer, Bad Soden (sämtlich 15. 8. 1973), Elisabeth Degen, Wiesbaden (31. 8. 1973), Ellen Klan, Usingen (29. 8. 1973), Andreas Rosenkranz, Reinheim (15. 8. 1973), Ulrich Lahr, Limburg/L. (4. 9. 1973), Rudolf Rossmann, Hanau, Christel Schlotzhauer, Wetzlar, Wolfgang Härtel, Hanau/Main, Karin Irle, Hanau/Main, Henry Schaller, Hanau/Main, Mechthild Schüller, Gießen (sämtlich 15. 8. 1973), Colette Lemcke, Groß-Gerau, Adelheid Altenkirch, Wiesbaden (beide 3. 9. 1973), Walter Gunke, Reinheim (29. 8. 1973), Gertrud Alborea, Darmstadt, Margarete Bühler, Groß-Gerau, Monika Altland, Darmstadt, Gerhard Boch, Heppenheim, Angelika Bruckner, Reinheim, Gisela Klauen, Bad Soden, Franz Otto Singer, Alsfeld, Peter Kruppke, Darmstadt, Margot Radicke, Hanau/Main, Inge Schumacher, Wiesbaden (sämtlich 15. 8. 1973), Walter Strohbücker, Bad Soden (30. 8. 1973), Ernst-Peter Laux, Limburg/Lahn (27. 8. 1973), Hildegard Funck, Hanau/Main (1. 9. 1973), Michael Dreffke, Frankfurt/Main (4. 9. 1973), Inge-Margret Großkopf, Hanau/M., Helga Ebrahimi, Wetzlar, Hiltraud Ogrinz, Bad Soden, Brigitte Weber, Hanau/Main, Ingrid Voigt, Hanau/Main, Dieter Müller, Bad Soden (sämtlich 15. 8. 1973), Thomas Diez, Heusenstamm (30. 8. 1973), Eva Staab, Darmstadt, Manfred Schmitt, Gießen (beide 15. 8. 1973), Hartmut Rübe, Gießen (28. 8. 1973), Sylvia Büchner, Wiesbaden (3. 9. 1973), Heinz Plößer, Groß-Gerau (12. 9. 1973), Klaus Schmidt, Limburg/Lahn, Renate Kanert, Friedberg/H. (beide 31. 8. 1973), Manfred Müller, Alsfeld, Bernd Rösler, Offenbach/Main, Siegfried Meissner, Darmstadt, Anne Förster, Offenbach/Main, Heinz Müller, Dudenhofen, Hannelore Müller, Friedberg/Hessen, Evelyn Zimmermann, Heusenstamm, Margareta Wiek, Gießen, Cornelia Merz, Heppenheim (sämtlich 15. 8. 1973), Ilona Walter von Keil, Frankfurt/Main (6. 9. 1973), Birga Linder, Heppenheim, Bernd Mathes, Friedberg (beide 15. 8. 1973), Dietmar Martin, Lauterbach/Hessen (22. 8. 1973), Jochen Schmidt, Darmstadt (31. 8. 1973), Hannelore Nebel, Offenbach/Main, Renate Mendius, Groß-

Gerau (beide 15. 8. 1973), Edeltraud Wagner, Frankfurt/Main (4. 9. 1973), Carola Müller, Darmstadt, Christa Meissner, Darmstadt (beide 15. 8. 1973), Charlotte Radzuweit, Darmstadt (7. 9. 1973), Edeltraud Platt, Gladenbach (5. 9. 1973), Sigrid Lottermann, Offenbach/Main, Jürgen Scherer, Heppenheim (beide 15. 8. 1973), Hans-Martin Schrötter, Wiesbaden (17. 8. 1973), Dieter Müller, Bad Soden (3. 9. 1973), Dagmar Lorenz, Darmstadt, Siegfried Freimuth, Bad Soden, Ursula Müller, Friedberg (sämtlich 15. 8. 1973), Jan-Henning Peper, Darmstadt (29. 8. 1973), Marianne Rohrberg, Friedberg, Anke Limmert, Friedberg, Ursula Schmidtko, Friedberg (sämtlich 15. 8. 1973), Erdmute Uebe, Frankfurt/Main (20. 8. 1973), Hannelore Buchtalek, Alsfeld (30. 8. 1973), Hans Krag, Wiesbaden (31. 8. 1973), Ingrid Hamer, Frankfurt/Main (4. 9. 1973), Jutta Rase, Groß-Gerau, Klothilde Mißler, Friedberg (beide 15. 8. 1973), Josef Gleixner, Hanau/Main (26. 8. 1973), Karl-Heinz Lorenz, Heusenstamm, Wolfgang Lilienthal, Heppenheim, Hannelore Leopold, Heppenheim (sämtlich 15. 8. 1973), Christine Aeschlimann, Mühlheim (3. 9. 1973), Gisela v. Oertzen, Gießen, Ernst-Gerhard Schenk, Heusenstamm, Eva-Maria Bleitgen, Gießen (sämtlich 15. 8. 1973), Rosemarie Wolf, Groß-Gerau (5. 9. 1973), Gudrun Mahr, Friedberg (21. 8. 1973), Carmen Busch, Offenbach/Main, Michael Bernatz, Bad Soden (beide 15. 8. 1973), Alfons Strathmann, Frankfurt/Main (25. 9. 1973), Isolde Kunz, Frankfurt/Main (21. 8. 1973), Barbara Rodarn, Frankfurt/Main (26. 9. 1973), Ilse von Wedell, Braunfels (17. 9. 1973), Sigrid Janzon, Hanau/Main (15. 5. 1973), Gerhard Weck, Gießen (4. 9. 1973), Gisela Munz, Reinheim (15. 8. 1973), Jochem Sieber, Dillenburg (5. 11. 1973), Edeltraud Klose, Frankfurt/Main, Charlotte Stöhr, Lauterbach, Gudrun Ernst, Limburg/Lahn (sämtlich 15. 8. 1973), Regina Neuwirth, Reinheim, Uwe Katzenmaier, Reinheim, Hans Josef Herrmann, Reinheim (sämtlich 15. 11. 1973);

zu apl. Fachlehrern/innen für mus.-techn. Fächer (BaW) Dorothee Heine, Offenbach/Main, Elke Auth, Wiesbaden, Christiane Burchard, Bad Soden (sämtlich 15. 8. 1973), Leonore Grigull, Wallrabenstein (29. 8. 1973), Ulrike Oberländer, Hadamar (15. 8. 1973), Harald Drumm, Frankfurt/Main (21. 8. 1973), Lydia Herget, Hanau, Dieter Funk, Wiesbaden, Hans-Wilhelm Herbert, Bad Nauheim, Joachim Stenger, Hanau/Main (sämtlich 15. 8. 1973), Rita Wagner, Groß-Gerau (20. 8. 1973), Hildegard Ahrens, Wiesbaden (31. 8. 1973), Brigitte Laupus, Oberursel (23. 8. 1973), Gisela Dibbern, Reinheim (15. 8. 1973), Borghild Rudolph, Heppenheim (3. 9. 1973), Franz Stadtmüller, Hanau/Main, Sigrid Heppner, Gießen, Wolfgang Langhans, Groß-Gerau, Irene Keßler, verehel. Schmidt, Groß-Gerau (sämtlich 15. 8. 1973), Ingrid Herbert, Heppenheim (31. 8. 1973), Ilona Simon, Heppenheim, Annelie Seling, Friedberg, Bernhard Schumacher, Bad Soden, Erika Oswald, Dörnigheim, Dieter Koschate, Groß-Gerau, Waltraud Plath, Groß-Gerau, Christine Partosch, Offenbach/Main (sämtlich 15. 8. 1973), Gabriele Aisleben, Bad Soden (7. 9. 1973), Maria-Helene Althoff, Alsfeld, Mareike Mildner, Friedberg, Sabine Schimke, Hanau/Main, Susan Denecke, Gießen, Barbara Matthes, Heusenstamm, Hilde Thiergärtner, Gießen/L., Dagmar Wagner, Oberursel (sämtlich 15. 8. 1973), Günter Frenz, Schlüchtern (15. 10. 1973), Ingeborg Wüst, Oberursel (15. 8. 1973), Ulrike Paul, Hanau/M. (25. 9. 1973);

zu apl. Lehrerinnen (BaW) die Lehramtsbewerberinnen Eva Elisabeth Kleespies, Friedberg (20. 8. 1973), Christa Legall, Offenthal (8. 8. 1973), Renate Dietze, Groß-Gerau (31. 5. 1973), Heidi Gattung, Bad Soden (24. 9. 1973);

Lehrerin z. A. Anneli Steinel, Heppenheim (1. 8. 1973); Christa Terry, Wiesbaden (20. 8. 1973), Ingrid Maier, Darmstadt (1. 8. 1973), Renate Joos, Darmstadt (1. 9. 1973), Elke Lahann, Darmstadt (15. 8. 1973);

Lehrerin i. A. Ursula Schröter, Friedberg (29. 8. 1973); ehem. apl. Lehrerin Karin Hartmann, Grünberg/Hessen (15. 8. 1973);

zu Lehrern/innen z. A. (BaP) die apl. Lehrer/innen (BaW) Ursula Kirstein, Bad Nauheim (15. 8. 1973), Claus-Jürgen Ladwig, Großen-Buseck (16. 8. 1973), Loni Richter, Frohnhäuser (13. 8. 1973), Gisela Riebeling, Lauterbach (24. 8. 1973), Ingelore Jüttner, Wetzlar (27. 8. 1973), Horst Rathmann, Jügesheim (20. 8. 1973), Heidemarie Mahler, Offenbach/Main (22. 8. 1973), Angelika Nette, Ober-Schmitten (30. 7. 1973), Gabriele Siebert, Idstein (22. 8. 1973), Marianne Jensen, Offenbach/Main (23. 8. 1973), Anita Merkle, Obertshausen (20. 8. 1973), Ursula Opitz, Offenbach/Main (28. 8.

1973), Ruth Metzke, Karben (20. 8. 1973), Birgit Meister, Dortelweil (21. 8. 1973), Sigurd Lehrmund, Ehringshausen (23. 8. 1973), Ulrike Pels, Offenbach/Main (20. 8. 1973), Walter Bickel, Nidderau (16. 8. 1973), Irene Staiger, Langstadt (25. 8. 1973), Helma Staudt, Babenhausen (21. 8. 1973), Rosemarie Broxton, Oberursel (22. 8. 1973), Horst-Dieter Kotzur, Bensheim (21. 8. 1973), Iris Köster, Lampertheim (20. 8. 1973), Gertrud Hrudá, Limburg (29. 8. 1973), Hans-Joachim Köhler, Groß-Bieberau (27. 8. 1973), Ingrid Hofmann, Nauborn (27. 8. 1973), Hans-Joachim Kraft, Hattersheim (20. 8. 1973), Jutta Lütge, Niedernhausen (21. 8. 1973), Ria Richter, Hofheim (24. 8. 1973), Monika Manritz, Kelkheim (27. 8. 1973), Renate Mann, Borsdorf (20. 8. 1973), Renate Kahnis, Eschenburg-Eibelshausen (14. 8. 1973), Hannelore W. d. H., Eschenburg-Eibelshausen, Marion Schmitz, Frohnhausen (beide 13. 8. 1973), Brigitte Walter, Eschbach (20. 8. 1973), Rolf Wagner, Offenbach/Main (22. 8. 1973), Barbara Schwarz, Bad Homburg v. d. H., Ursula Teichmann, Offenbach/Main, Barbara Stumpf, Offenbach/Main, Brigitte Schenk, Offenbach/Main (sämtlich 20. 8. 1973), Udo Tiefensee, Grebenhain, Liselotte Wingefeld, Ulrichstein (beide 22. 8. 1973), Claudia Runkel, Dietzenbach, Monika Waas, Rüdeshcim (beide 20. 8. 1973), Peter Stock, Biebergemünd (18. 8. 1973), Christine Wilke, Steinbach/Ts. (20. 8. 1973), Christa Schmidt, Langen/H. (28. 8. 1973), Heike Weidling, Bad Nauheim (21. 8. 1973), Karin Strunk, Ober-Roden (20. 8. 1973), Monika Volz-Kron, Frankfurt/Main (24. 8. 1973), Werner Rothenberger, Frankfurt/Main (20. 8. 1973), Heide Lore Sander, Sulzbach/Ts. (21. 8. 1973), Brigitte Sistig, Hattersheim, Ingrid Westenberger, Liederbach, Josef Streb, Eidengesäß (sämtlich 20. 8. 1973), Ingrid Schlemminger, Schöneck 1 (7. 8. 1973), Adelheid Tröll, Erda (27. 8. 1973), Brigitte Straßheim, Dietzenbach (17. 8. 1973), Franz-Georg Quirnbach, Darmstadt-Arheilgen (20. 8. 1973), Ilse Seibert, Limburg (25. 8. 1973), Gertraude Thomas, Steinheim, Evamaria Westerhoff, Bürstadt (beide 20. 8. 1973), Karin Happich, Friedberg (14. 8. 1973), Marlene Leschhorn, Laubach (22. 8. 1973), Helga Merz, Raunheim (20. 8. 1973), Elma Schuster, Lampertheim (30. 8. 1973), Ingrid Theis, Münster (22. 8. 1973), Ingeborg Kastner, Heppenheim (29. 8. 1973), Hubert Wiederspahn, Hausen (30. 8. 1973), Jochen Zillig, Lampertheim (14. 8. 1973), Brigitte Ott, Usingen (16. 8. 1973), Jürgen Ott, Offenbach/Main, Brigitte Stahl, Usingen, Sigrid Ehlkes, Hainhausen (sämtlich 20. 8. 1973), Jutta Geese, Schöneck (30. 7. 1973), Gabriele Bothe-Scheffler, Lampertheim (20. 8. 1973), Christa Bange, Dreieichenhain (27. 8. 1973), Brigitta Goltsche, Driedorf (28. 8. 1973), Annegret Helduser, Friedensdorf/Dautphe (20. 8. 1973), Elisabeth Galster, Hattersheim (16. 8. 1973), Gerda Hehn, Naurod, Waltraud Ahlheim, Neu-Isenburg (beide 20. 8. 1973), Ingrid Becker, Klein-Welzheim (27. 8. 1973), Christel Assmann, Wachenbuchen (30. 7. 1973), Darsi Enders, Jügesheim (28. 8. 1973), Irmhild Astheimer, Raunheim (20. 8. 1973), Heide Lore Gebner, Hofheim/Ts. (22. 8. 1973), Hans-Joachim Knöß, Sprendlingen (28. 8. 1973), Helga Fastenrath, Hochheim (23. 8. 1973), Erika Czaplinski, Steindorf (30. 8. 1973), Jutta Berdel, Naurod, Marlies Buchelt, Naurod (beide 20. 8. 1973), Hannelore Strack, Rüsselsheim (23. 8. 1973), Friedrich Wetzel, Groß-Rohrheim (28. 7. 1973), Sigrid Jacoby, Ober-Ramstadt (20. 8. 1973), Helga Dahlem, Klein-Krotzenburg (6. 9. 1973), Birgit Buchmaier, Heubach (30. 8. 1973), Ute Bacht, Groß-Rohrheim (28. 7. 1973), Hugo Berg, Bischofsheim (6. 9. 1973), Evelin Bickelhaupt, Rüsselsheim-Königstädten (22. 8. 1973), Margit Saum, Großen-Buseck (28. 8. 1973), Ingrid Chiout, Gießen (21. 8. 1973), Carmen Rafaela Weiß, Darmstadt-Eberstadt (20. 8. 1973), Eugen Manshagen, Ahausen (13. 9. 1973), Klaus Ulm, Gießen (5. 6. 1973), Marion Mick, Büdingen (30. 7. 1973), Karl-Theo Hillmann, Langenaubach (13. 8. 1973), Waltraud Hillmann, Lagenaubach (13. 8. 1973), Ingeborg Korn, Grünberg (4. 9. 1973), Angelika Luz, Lampertheim (20. 8. 1973), Lieselotte Lück, Gießen (24. 8. 1973), Wilhelm Lorenz, Rimbach (20. 8. 1973), Lioba Huber, Lingelbach (1. 8. 1973), Barbara Iffland, Wölfersheim (4. 9. 1973), Doris Konrad, Mündholzhausen (30. 8. 1973), Rosemarie Kober, Kelkheim (29. 8. 1973), Jutta Lehnert, Hanau/Main (27. 8. 1973), Ursula Pfortner, Frankfurt/Main (21. 8. 1973), Christine Mareck, Hanau/Main (23. 8. 1973), Dorothea Schübler, Launsbach (3. 9. 1973), Irmtraud Preis, Reinheim (23. 8. 1973), Walter Hofmann, Griesheim, Anette Stieber, Offenbach/Main (beide 20. 8. 1973), Gudrun Warnecke, Rüdeshcim (24. 8. 1973), Marianne Weber, Hochheim/M. (23. 8. 1973), Beate Zelazny, Bruchköbel-Nord (30. 7. 1973), Monika Querl-Adam, Grebenhain (6. 9. 1973), Ingrid Brödner, Gießen (17. 8. 1973), Brigitte Klarsen, Bischofsheim (20. 8. 1973), Frank Lerch, Salmünster (22. 8. 1973), Birgit Jackel,

Biebergemünd (16. 8. 1973), Ingrid Pöschl, Friedrichsdorf, Marieluise Nelke-Fecher, Offenbach/Main (beide 20. 8. 1973), Erhard Moritz, Ehringshausen, Rüdiger Kühnel, Beerfelden (beide 23. 8. 1973), Horst Eckhardt, Nanzenbach (22. 8. 1973), Werner Mitlacher, Lampertheim (20. 8. 1973), Herta Knell, Braunfels, Rudolf Hauffer, Hainhausen (beide 30. 8. 1973), Monika Manstein-Oebel, Darmstadt (3. 9. 1973), Martin Siegler, Nieder-Gemünden (20. 8. 1973), Reinhold Jöckel, Darmstadt-Eberstadt (10. 8. 1973), Willi Kaspar, Groß-Gerau (20. 8. 1973), Beate Kohlhaas, Weilburg (13. 9. 1973), Sigrid Hock, Frankfurt/Main (18. 5. 1973), Ernst-Ulrich Sonnenschein, Wallrabenstein (21. 8. 1973), Hilde Enders, Ober-Schmitt (22. 8. 1973), Barbara Demus, Groß-Zimmern (21. 8. 1973), Alexander Butte, Jügesheim (28. 8. 1973), Helga Dormehl, Offenbach/Main (20. 8. 1973), Heinz Färber, Klein-Krotzenburg (6. 9. 1973), Johanna Fickel, Hainhausen (29. 8. 1973), Jutta Werner, Kelkheim-Münster (20. 8. 1973), Irene Karlowa, Lengfeld (29. 8. 1973), Hilmar Förtig, Eppstein/Ts. (5. 9. 1973), Heinz Edel, Gründau (27. 8. 1973), Gerhard Bormet, Babenhausen (30. 8. 1973), Doris Buchholz, Schaafheim (21. 8. 1973), Christa Huth, Limburg (19. 9. 1973), Lieselotte Goldbach, Lengfeld (29. 8. 1973), Peter Fuchs, Rüsselsheim, Uwe Goetze, Rüsselsheim (beide 23. 8. 1973), Jürgen Pönnighaus, Sprendlingen, Karl-Heinz Redert, Schönbach (beide 28. 8. 1973), Dietmar Pucken, Dietzenbach (5. 9. 1973), Johanna Käpernick, Beerfelden (23. 8. 1973), Gisela Herz, Hausen (16. 8. 1973), Monika Heinrich, Babenhausen (21. 8. 1973), Elvira Henkel, Neu-Isenburg (7. 9. 1973), Bettina Schlamp, Eschborn (20. 8. 1973), Stefanie Croissant, Schaafheim (18. 9. 1973), Horst Alt, Schwalbach/Ts. (20. 8. 1973), Gisela Arbinger, Friedberg/H. (22. 8. 1973), Ursel Bierig, Eschenburg-Eibelshausen (30. 7. 1973), Charlotte Mori, Bad Vilbel (5. 9. 1973), Dorothea Chávez-Pinto, Erbach (24. 9. 1973), Anna-Luise Eller, Brechen-Niederbrechen (20. 9. 1973), Gabriele Schach-Narten, Hattersheim (23. 8. 1973), Dorothee Noeske, Kelkheim/Ts. (22. 8. 1973), Rolf Siegert, Solms (6. 9. 1973), Mechthild Rupp, Hermannstein (10. 9. 1973), Klaus Schäfer, Offenbach/Main (20. 8. 1973), Gerhard Schulz, Dillenburg (14. 8. 1973), Ellen Scharff, Offenbach/Main (20. 8. 1973), Barbara Wiesner, Düdelsheim (28. 8. 1973), Mechthild Schmitt-Egner, Kriftel, Hannelore Schunicht, Hochheim/M. (beide 20. 8. 1973), Margarete Schmidt, Gießen-Wieseck (27. 8. 1973), Ulrike Sander, Seligenstadt (4. 9. 1973), Ursula Moraw, Lampertheim (30. 8. 1973), Regina Knof, Hüttenberg (17. 9. 1973), Gisela Scheibl, Babenhausen (21. 8. 1973), Ulrike Stein, Lengfeld (29. 8. 1973), Herbert Schenk, Altenstadt (22. 8. 1973), Dagmar Haas, Nieder-Ramstadt (21. 8. 1973), Marie-Luise Hector, Seeheim a. d. B. (10. 7. 1973), Dorothea Zimmermann, Neu-Isenburg (19. 9. 1973), Renate Werner, Darmstadt (22. 8. 1973), Barbara Landgrebe, Hartenrod (31. 8. 1973), Fritz Morell, Altenstadt (4. 9. 1973), Anna Lust, Hainhausen (30. 8. 1973), Lothar Keller, Rüdeshcim (24. 7. 1973), Berthold Schmitt, Dieburg (21. 8. 1973), Manfred Meuser, Ortenberg (4. 9. 1973), Horst Fornoff, Lengfeld (18. 9. 1973), Heidemarie Tessner, Sprendlingen (18. 6. 1973), Ehrenfried Schuran, Walluf (8. 8. 1973), Rolf-Joachim Ruprecht, Nidda (18. 9. 1973), Gisela Beste, Pfungstadt (3. 9. 1973), Gudrun Weckwerth, Biedenkopf (19. 9. 1973), Gabriele Sick, Frankfurt/Main (11. 9. 1973), Wolfgang Diehl, Fernwald-Steinbach (19. 9. 1973), Volker Friebe, Limburg/L. (4. 10. 1973), Ehrenhard Skiera, Gießen-Wieseck (29. 8. 1973), Peter Stöhr, Oberscheld (14. 8. 1973), Friedrich Bischoff, Weilburg (7. 9. 1973), Sabine Springer, Liederbach (20. 8. 1973), Horst Kränzle, Goddelau (24. 9. 1973), Jürgen Thielmann, Steinbach (13. 8. 1973), Bärbel Schlichting, Gießen (28. 9. 1973), Wolf-Dietrich Riebel, Lampertheim (30. 8. 1973), Christa Gertloff, Egelsbach (7. 9. 1973), Eva Ballier, Odenhausen-Salzböden (17. 9. 1973), Birgit Barthelmes, Neu-Isenburg (4. 9. 1973), Gisela Beez, Dietzenbach (6. 9. 1973), Wilfried Ermel, Heusenstamm (4. 7. 1973), Brigitte Bielefeld, Frankfurt/Main (4. 9. 1973), Ursula Gefers, Langen/H. (27. 9. 1973), Ina Becker, Allendorf/Lda. (10. 9. 1973), Lydia Eckl, Gießen, Edgar Schilling, Steinheim/M. (beide 10. 9. 1973), Christel Bausinger, Rüdeshcim (11. 9. 1973), Hans-Josef Sommerlad, Laubach (23. 8. 1973), Elisabeth Glaser, Reinheim (2. 10. 1973), Adolf Schatzinger, Mühlheim/M. (6. 9. 1973), Renate Deckmann, Großen-Linden (10. 9. 1973), Rosel Echternacht, Atzbach (19. 9. 1973), Elke Decker, Darmstadt (3. 5. 1973), Helga Dehnert, Groß-Gerau (24. 8. 1973), Gudrun Appel, Allendorf (1. 3. 1973), Rita Hecker, Rüsselsheim (23. 8. 1973), Isolde Krug, Sprendlingen (5. 9. 1973), Brigitte Hartmann, Camberg (13. 9. 1973), Wiltrud Esser, Wiesbaden (20. 8. 1973), Brigitte Müller, Neu-Isenburg (17. 9. 1973), Irmhild Eitner, Wiesbaden-Biebrich (27. 8. 1973), Inge Manus, Zep-

pelinheim (20. 6. 1973), Ingeborg Hühn, Wetzlar (23. 9. 1973), Ingeborg Merthan, Eibach (14. 9. 1973), Dieter Heilmann, Beerfelden (23. 8. 1973), Helmut Barke, Wiesbaden, Elke Weber, Wiesbaden (beide 29. 8. 1973), Marlis Tschampel, Usingen (20. 8. 1973), Monika Kubitzka, Wiesbaden (21. 8. 1973), Beate Keßler, Wiesbaden-Erbenheim (17. 8. 1973), Anneliese Schmidt-Löll, Braunfels (24. 9. 1973), Louise Schröder, Biebertal (1. 10. 1973), Reinhard Klein, Biebertal (3. 9. 1973), Manfred Schöneberger, Rüdesheim (14. 9. 1973), Ute Brecht, Oberscheld (13. 8. 1973), Klaus Siebrandt, Haiger (3. 10. 1973), Sigrid Hinterhan, Rüsselsheim (1. 10. 1973), Ulrike Herzfeld, Wiesbaden-Biebrich (25. 9. 1973), Heidrun Golzer, Dieburg, Helga-Maria Jäger, Aarbergen 1 (beide 2. 10. 1973), Gerhard Eckert, Klein-Umstadt (21. 9. 1973), Else Schäfer, Gernsheim (24. 9. 1973), Dorothea Weitz, Niddatal 1 (15. 10. 1973), Edith Keck, Frankfurt/Main-Kalbach (11. 9. 1973), Ute Karasek, Frankfurt/Main (14. 9. 1973), Eberhardt Luft, Darmstadt (15. 10. 1973), Gerhard Keil, Echzell (17. 8. 1973), Emma Wehnge, Haiger (15. 5. 1973), Ursula Lau, Eschborn (20. 8. 1973), Elfriede Sandner, Rosbach (28. 8. 1973), Gisela Wadsack, Gießen (13. 8. 1973), Joachim Eggers, Niedernhausen (5. 10. 1973), Gertrud Ridder, Frankfurt/M. (17. 9. 1973), Hans Katzer, Hungen (26. 10. 1973), Ingeborg Hoerpel de Meza, Rüsselsheim (22. 10. 1973), Dagmar Kiep, Weilminster (26. 9. 1973), Wolfgang Scheel, Frankfurt/Main (22. 5. 1973), Ulrike Kliegl-Göbel, Eisenroth (16. 10. 1973), Hans Happel, Laubach (29. 8. 1973), Katharina Garde, Obertshausen (1. 10. 1973), Marianne Häusler, Dörnigheim (20. 8. 1973), Gudrun Germann, Babenhausen (9. 10. 1973), Elfi Fassrainer, Rechtenbach (25. 9. 1973), Hiltrud Appel, Wallau (21. 9. 1973), Helga Bender, Sprendlingen (12. 10. 1973), Monika Becker, Groß-Bieberau (17. 10. 1973), Karin Boß-Mathäus, Köppern (5. 9. 1973), Dagmar Marx, Dietzenbach (12. 10. 1973), Monika Schreiber, Büttelborn (8. 10. 1973), Beate Rötzel, Frankfurt/Main (10. 10. 1973), Giselher Buhl, Viernheim (24. 10. 1973), Barbara Babel, Groß-Umstadt (16. 10. 1973), Erika Issing, Viernheim (13. 10. 1973), Hans-Joachim Kuch, Urberach (10. 10. 1973), Helmut Schütz, Münster (25. 10. 1973), Renate Rödel, Frankfurt/Main (18. 9. 1973), Anna Monika Wanschkuhn, Langen/H. (4. 9. 1973), Ina Bleicher, Hünfelden (24. 10. 1973), Lisa Kilp, Dieburg (2. 10. 1973), Heidrun Glaeßer, Frankfurt/Main (25. 9. 1973), Bernd-Ulrich Fischer, Niddatal 3 (2. 11. 1973), Siegfried Gutt, Frankfurt/Main (25. 9. 1973), Rotraut Grün, Frankfurt/Main (20. 9. 1973), Mechthild Sattler, Frankfurt/Main (17. 9. 1973), Helga Konze, Wetzlar (27. 8. 1973), Hedwig Bickel, Nidderau (8. 11. 1973), Sigrid Scherling, Offenbach/Main (6. 11. 1973), Hildegard Henkel, Beilstein (30. 8. 1973), Ilse-Lore Möller, Bischofsheim (6. 11. 1973), Mechthild Form, Dörnigheim (7. 11. 1973); Marga Titze, Kelsterbach, Gerhard Kühn, Reichelsheim, Marion Heidack, Ober-Roden, Maria Flöger, Limburg, Barbara Bailly, Bad Soden (sämtlich 20. 8. 1973), Reiner Harff, Taunusstein 1 (1. 9. 1973), Marlies Schweitzer, Staffel, Helga Rohde, Johannsberg (beide 20. 8. 1973), Anneliese de Leun, Taunusstein 1, Paul Degenhardt, Taunusstein 1 (beide 1. 9. 1973), Hedwig Schleich, Reinheim, Ingrid Doderer, Darmstadt (beide 20. 8. 1973), Friederike Koch, Bad Soden (1. 8. 1973), Heike Bartels, Darmstadt (1. 9. 1973), Horst Trost, Groß-Gerau (4. 9. 1973), Christel Wopp, Trebur, Doris Staguhn, Gießen (beide 22. 8. 1973), Gabriele Kemper, Darmstadt (20. 8. 1973), Luise Reuter, Brechen (12. 9. 1973), Margerethe Hirn, Groß-Gerau (14. 9. 1973), Gisela Debatin, Bickenbach (1. 9. 1973), Helga Tinter, Darmstadt (20. 8. 1973), Maria Rieger, Wiesbaden (30. 1. 1973), Elisabeth Uerz, Taunusstein-Bleidenstadt (20. 8. 1973), Wolfgang Keller, Taunusstein-Bleidenstadt (10. 9. 1973), Willi Weinerth, Reinheim (20. 8. 1973), Annette Ahle, Offenbach/Main, Gertraud Luise Löhrincz, Roßdorf, Karin Mürmann, Gießen/Lahn (sämtlich 1. 9. 1973);

frühere apl. Lehrerinnen Doortje Schulz, Wetzlar, Gisela Pflug, Hanau/M., Brigitte Uffermann, Steinau (sämtlich 20. 8. 1973), Hannelore Coch, Gießen (15. 8. 1973), Brigitte Lüben, Bischofsheim (15. 8. 1973), Elsbeth Kronberg, Schlüchtern (1. 10. 1973), Helga Weimer, Gießen (20. 8. 1973), Ursula Fuchs, Oberursel (27. 9. 1973);

ehem. Lehrerin auf Kündigung Elisabeth Reul, Hanau/M. (20. 8. 1973);

chem. Volksschullehrerin z. A. Beate Wolmer, Hanau/Main (25. 5. 1973);

ehem. Lehrerin im Vorbereitungsdienst Hildburg Janssen, Gießen (20. 8. 1973);

Lehramtsreferendar Bernhard Brausch, Wetzlar (23. 7. 1973);

die ehem. Lehrerinnen Marianne Burbach, Hanau/M. (20. 8. 1973), Christa Trobitz, Oberursel/Ts. (20. 8. 1973);

die Lehrerin i. A. Brigitte Niepelt, Niddatal 2 (5. 9. 1973);

ehem. Lehramtsanwärterin Ulrike Ebeling, Dörnigheim (2. 10. 1973);

zu **Fachlehrern/innen für mus.-technische Fächer z. A. (BaP)** die apl. Fachlehrer/innen für musisch-technische Fächer (BaW) Brigitte Holick, Altengronau (24. 8. 1973), Doris Naumann, Schlitz (13. 9. 1973), Doris Naumann, Schlitz (13. 9. 1973), Gerd Ferley, Höchst (20. 8. 1973), Inge Hollmann, Lauterbach (28. 9. 1973), Angelika Büdinger, Dörnigheim (23. 8. 1973), Monika Scharf, Weiterstadt (20. 8. 1973), Heinz Schmidt, Gießen (17. 8. 1973), Ingrid Steinbach, Jügesheim (7. 9. 1973), Ingrid Schmehl, Sterbfritz (23. 8. 1973), Dagmar Henrich, Bruchköbel-Süd (20. 8. 1973), Rudolf Schäfer, Katzenfurt (4. 9. 1973), Gabriele Hohmann, Frankfurt/M. (4. 7. 1973), Ingrid Volland, Seeheim (10. 9. 1973), Rosemarie Zeh, Offenbach/M., Monika Wiedemann, Bensheim a. d. B. (beide 20. 8. 1973), Evedore Wolf, Darmstadt (13. 8. 1973), Oswald Walter, Beerfelden (5. 8. 1973), Christa Janssen, Friedberg (20. 8. 1973), Brigitte Meckel, Biebertal 1 (6. 9. 1973), Norbert Lindemann, Friedberg/H., Angelika Heckmann, Darmstadt (beide 20. 8. 1973), Inge Krüger, Oberursel (22. 8. 1973), Renate Kämpf, Hattersheim (19. 9. 1973), Anneliese Willig, Braunfels (23. 8. 1973), Helga Schrimpl, Frankfurt/M. (11. 9. 1973), Annette Flügel, Frankfurt/Main (3. 9. 1973), Christel Schmitt, Heubach-Wiebelsbach (20. 9. 1973), Sigrid Eisel, Hünfelden-Dauborn, Brigitte Haas, Weilburg, Renate Loeschke, Weilburg, Christa Wachholz, Weilburg (sämtlich 27. 9. 1973), Marie-Luise May, Eppertshausen (28. 8. 1973), Carmen-Sylva Koebecke, Frankfurt/Main (8. 9. 1973), Brigitte Schüler, Schlüchtern (20. 8. 1973), Ingrid Buhl, Bobstadt (29. 8. 1973), Isolde Scherb, Arnoldshain (17. 8. 1973), Ingrid Clös, Gladenbach (29. 9. 1973), Christel Kern, Biedenkopf (24. 9. 1973), Heidi Fuchs, Holzhausen (1. 10. 1973), Hildegard Miller-Trapp, Dillenburg (20. 7. 1973), Christel Kühne, Idstein (2. 10. 1973), Renate Käberich, Pohlheim 4 (20. 8. 1973), Helga Musolf, Eschborn (27. 8. 1973), Heidi Kergel, Frankfurt/M. (10. 9. 1973), Maria Mensing, Steinheim/M. (15. 10. 1973), Hans Peter Menzel, Rechtenbach (20. 10. 1973), Ursula Brumm, Naurod (20. 8. 1973), Hermann Machoi, Villmar (28. 9. 1973), Beate Kallabis, Seligenstadt (15. 10. 1973), Renate Lorenz, Hanau/M. (16. 10. 1973), Christa Diederich, Erbach/Rheing. (26. 10. 1973), Edith Lau, Echzell (3. 9. 1973), Ursula Grießer, Bürstadt (24. 10. 1973), Roswitha Hübner, Waldernbach (28. 9. 1973), Dorle Voß, Eltville (25. 10. 1973), Birgit Müller, Langen (20. 8. 1973), Bärbel Harnischfeger, Seligenstadt/H. (26. 10. 1973), Margit Glock, Wetzlar (12. 11. 1973), Paul Heymach, Büdingen (20. 8. 1973), Ursula Hey, Seeheim a. d. B. (6. 11. 1973);

Christa Ullenberger, Heppenheim (20. 8. 1973), Lily Seebach, Nidderau (20. 8. 1973);

zur **Lehrerin (BaP)** Sigrid Legler, Rüsselsheim (22. 8. 1973);

zu **Jugendleiterinnen z. A. im Schuldienst (BaP)** die Jugendleiterinnen i. A. Gisela Edelgard Reichel, Darmstadt (24. 8. 1973), Ursula Bau, Darmstadt (20. 8. 1973);

Waltraud Dietz-Heßberger, Wiesbaden (1. 10. 1973);

zu **Jugendleiterinnen z. A. (BaP)** die Jugendleiterinnen i. A. Ursula Rohlandt, Frankfurt/Main (31. 7. 1973), Christa Klose, Hofheim/Ts. (28. 8. 1973), Waltraud Heckner, Kelkheim (3. 9. 1973);

zur **Jugendleiterin im Schuldienst (BaP)** Hiltrud Gail, Sprendlingen (4. 9. 1973);

zum **Lehrer Lehrer z. A. (BaP)** Peter Kreider, Hofheim/Ts. (22. 8. 1973);

zu **Fachlehrer/innen für mus.-techn. Fächer** die Fachlehrer/innen für mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) Martin Damermer, Bad Vilbel (22. 8. 1973), Gabriele Kraus, Frohnhausen (6. 7. 1973), Sigrid Küster, Hartenrodt, Heidi Wacker-nagel, Gladenbach (beide 1. 10. 1973), Ingrid Bezechy, Dillenburg (28. 9. 1973);

apl. Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer (BaP) Ursula Türk, Eschenburg-Eibelshausen (21. 10. 1973);

zu **Lehrerinnen (BaL)** die apl. Lehrerinnen (BaP) Hella Fitzner, Frankfurt/Main (20. 8. 1973), Heidrun Förch, Frankfurt/M. (19. 6. 1973), Dietlinde Rack, Ober-Mörlen (5. 9. 1973), Sabine Kempf, Frankfurt/Main (12. 9. 1973);

die ehemaligen Lehrerinnen Edith Gericke, Steindorf (23. 8. 1973), Magdalena Hauttmann, Friedberg (20. 8. 1973), Liselotte Ondraczek, Schlüchtern (20. 8. 1973), Gudrun Ballmann, Großkrotzenburg (20. 8. 1973), Anneliese Pusch, Oberusel/Ts. (15. 8. 1973);

Rita Henze, Wiesbaden (20. 8. 1973), Marlis Schöllkopf, Darmstadt (1. 8. 1973), Ute Roland, Bad Soden (20. 8. 1973);

zu **Lehrern/innen (BaL)** die Lehrer/innen z. A. (BaP) Mechthild Haas, Pohlheim 4 (24. 8. 1973), Ursula Loll, Babenhäusen (3. 5. 1973), Elke Störkel, Neu-Anspach (21. 8. 1973), Rosemarie Weber, Nidda 1 (17. 8. 1973), Ursula Burkhardt, Großen-Buseck (29. 8. 1973), Dieter Fischer, Ehringshausen (30. 8. 1973), Elisabeth Therese Hedwig Luise Hesse, Darmstadt (20. 8. 1973), Anita Worg, Frankfurt/Main (24. 8. 1973), Hannelore Diehn, Fürth/Odw. (22. 8. 1973), Karin Halbig, Weißkirchen (21. 8. 1973), Karl-Günther Albrecht, Nieder-Ramstadt (20. 8. 1973), Ortwil Schmidt, Frankfurt/M. (25. 8. 1973), Werner Röhrig, Lindenholzhäusen (4. 9. 1973), Elke Szigeti, Büttelborn (20. 8. 1973), Dorothee Roß, Biebesheim (13. 8. 1973), Christian Meltzer, Ober-Ohmen (21. 8. 1973), Christina Müller, Bensheim (13. 8. 1973), Ursula Jokisch, Bensheim (20. 8. 1973), Jürgen Seifert, Solms (30. 8. 1973), Armin Roos, Eschborn-Niederhöchstädt (20. 8. 1973), Sabine Saft, Kelkheim (23. 8. 1973), Erwin Reischl, Taunusstein-Bleidenstadt (31. 8. 1973), Gudrun Herbich, Lollar (21. 8. 1973), Helmut Belohlavek, Dillenburg (7. 8. 1973), Songgard Wagner, Karben (20. 8. 1973), Aloisia Weimar, Heppenheim (20. 8. 1973), Eleonore Gußmann, Offenbach/Main (20. 8. 1973), Hans-Jürgen Künz, Okrifel (30. 1. 1973), Wiltrud Burkhardt, Kelkheim (22. 8. 1973), Christa Berg, Obertshausen (28. 8. 1973), Jutta Schleichner, Löhnberg (15. 8. 1973), Karin Schmidt, Ober-Widdersheim (17. 8. 1973), Peter Weng, Steinau (23. 8. 1973), Anneliese Termath, Großen-Buseck (30. 8. 1973), Doris Fritz, Mörfelden-Walldorf (30. 8. 1973), Ingrid Baracat, Frankfurt/Main (22. 8. 1973), Michael Arnold, Liederbach (20. 8. 1973), Maria Müller, Dornburg-Thalheim (11. 9. 1973), Friedrich Schnitzspahn, Krieffel (20. 8. 1973), Gunther Schneider, Mühlheim/M. (10. 8. 1973), Adelheid Ruß, Dietzenbach (6. 9. 1973), Brigitte Winter, Offenbach/M. (20. 8. 1973), Irene Herr, Urberach (21. 8. 1973), Diethild Wenig, Groß-Gerau (20. 8. 1973), Horst Grün, Weilmünster (13. 9. 1973), Ilse Borgstede, Frankfurt/Main (1. 8. 1973), Hilke Bannmann, Mühlheim/Main (7. 9. 1973), Jutta Bungert, Dietzenbach (5. 9. 1973), Doris Dückert, Niederdorfelden (22. 8. 1973), Ulrich Harms, Großen-Buseck (21. 8. 1973), Ingeborg Fokken, Langendernbach (11. 9. 1973), Irmgard Koepf, Niederselters (14. 9. 1973), Rolf Ringleb, Dornburg/Dorndorf (11. 9. 1973), Friedrich Bauer, Wiesbaden (22. 1. 1973), Barbara Wedekind, Hadamar (13. 9. 1973), Barbara Zimelka, Offenbach/M. (15. 8. 1973), Susanne Beuchelt, Frankfurt/M. (21. 8. 1973), Hans Udo Luh, Langen (19. 8. 1973), Ursula Lammer, Viernheim (24. 8. 1973), Angelika Jahn, Langen (31. 8. 1973), Ulrike Klare, Lich (29. 8. 1973), Günter Leidermann, Höchst (20. 8. 1973), Gabriele Lahr, Gießen (29. 8. 1973), Elisabeth Horn, Limburg (19. 9. 1973), Martina Kaul, Frankfurt/Main (24. 8. 1973), Brigitte Marx, Großen-Buseck (27. 8. 1973), Gertraud Ndrénika, Ffm.-Griesheim (24. 8. 1973), Barbara Karliczek, Dietzenbach (5. 9. 1973), Renate Roth, Schlüchtern (12. 9. 1973), Annelie Ratz, Rothenbergen (20. 8. 1973), Dieter Möbus, Großen-Buseck (29. 8. 1973), Renate Hinkel, Nieder-Roden (20. 8. 1973), Doris Konradi, Egelsbach (20. 8. 1973), Margarete Inst, Dieburg (21. 8. 1973), Harald Hüttl, Rai-Breitenbach (28. 8. 1973), Peter Müller, Lampertheim (20. 8. 1973), Elisabeth Leuschinski, Camberg (5. 9. 1973), Winfried Wiegand, Elz (14. 9. 1973), Christa Loose, Bad Schwalbach (12. 9. 1973), Werner Heinze, Aarburg (2. 10. 1973), Herbert Kohl, Hanau/M. (21. 8. 1973), Rudolf Krecht, Hattersheim (20. 8. 1973), Ulrike Jungmann, Flörsheim (20. 8. 1973), Monika v. Steldern, Griesheim (14. 9. 1973), Richard Schneider, Trebur (20. 8. 1973), Rosemarie Eiermann, Bruchköbel-Nord (20. 8. 1973), Günter Faßmann, Darmstadt (18. 9. 1973), Günter Hoffmann, Flörsheim (21. 8. 1973), Karin Weidner, Wallau (20. 8. 1973), Dieter Moraw, Dornburg-Krickenhofen (12. 9. 1973), Helmut Kromer, Idstein/Ts. (15. 9. 1973), Arnold Strieder, Obertiefenbach (20. 9. 1973), Ilse Rompel, Niederbrechen (31. 8. 1973), Hans Schupp, Goddelau (30. 8. 1973), Horst Schwarzkopf, Klein-Welzheim (26. 9. 1973), Gabriele Schowe, Heppenheim (26. 9. 1973), Renate Lind, Bergen-Enkheim (20. 8. 1973), Inge Leimeister, Rauenthal (17. 9. 1973), Angret Müller, Hanau (9. 7. 1973), Ursula Brade, Nieder-Eschbach (26. 7. 1973), Rainer Metzger, Butz-

bach (6. 9. 1973), Falko Muhn, Dietzenbach (5. 9. 1973), Heidi Winter, Frohnhausen (1. 10. 1973), Ulrike Hansen, Frankfurt/Main (11. 9. 1973), Waltraud Hahn, Darmstadt-Arheilgen (4. 10. 1973), Irmtraud Hackl, Wiesbaden (24. 8. 1973), Barbara Gilly, Wiesbaden (27. 8. 1973), Ursula Jacob, Wiesbaden (27. 8. 1973), Heide Donath, Wiesbaden (3. 9. 1973), Günter Martini, Merkenbach (19. 9. 1973), Renate Berger, Wiesbaden (21. 8. 1973), Adelheid Walter, Wiesbaden (27. 8. 1973), Rita Pareras, Wiesbaden (28. 8. 1973), Heidrun Scholz, Biebertal (25. 9. 1973), Helmut Unger, Limburg (8. 10. 1973), Heike Nimtz, Bad Schwalbach (20. 9. 1973), Karl-Heinz Duchscherer, Hadamar (13. 10. 1973), Inge Pracht, Holzhausen (1. 10. 1973), Harriett Theimann, Bischofsheim (20. 8. 1973), Horst Pfeffer, Niederselters, Werner Jahn, Lampertheim (beide 10. 10. 1973), Werner Taetzner, Heusenstamm (9. 10. 1973), Axel Will, Herbornseelbach (16. 10. 1973), Horst Meyer, Hanau/M. (10. 10. 1973), Anna Gertraud Kauder, Darmstadt (23. 10. 1973), Christel Schürmann, Groß-Bieberau (17. 10. 1973), Wilhelmine Weisz, Gießen (20. 9. 1973), Helga Pick, Frankfurt/Main (19. 10. 1973), Freya Krause, Wixhausen (17. 10. 1973), Ingrid Hoffmann, Bad Vilbel (24. 10. 1973), Margret Bender, Dillenburg (28. 9. 1973), Hiltrud Fritsch, Driedorf (16. 10. 1973), Thilo Barth, Trebur (3. 10. 1973), Antonie Schmauß, Frankfurt/Main (21. 8. 1973), Christa Kirschbaum, Raunheim (6. 9. 1973), Gisela Dessau, Bad Homburg (18. 10. 1973), Irmtraud Bockholt, Flörsheim/M. (17. 10. 1973), Dieter Bohrmann, Hochheim (1. 10. 1973), Renate Gerlich, Ffm.-N.-Eschbach (13. 9. 1973), Wolfgang Hadel, Sinn (16. 10. 1973), Wiltrud Elsässer, Eddersheim (20. 8. 1973), Hartmut Diel, Taunusstein-Hahn (25. 10. 1973), Heinke Bölsch, Steindorf (27. 9. 1973), Brigitte Gerhardt, Raunheim (17. 8. 1973), Ernestine Zubiller, Darmstadt (15. 10. 1973), Bärbel Ulrich, Wölfersheim (30. 10. 1973), Ute Saathoff, Taunusstein (7. 9. 1973), Gerda Spahn, Kirchgöns-Pohlgöns (30. 10. 1973), Hedwig Diehl, Bad Nauheim (1. 11. 1973), Brigitte Adam, Weißkirchen (6. 11. 1973), Siegfried Kienle, Hochstadt (6. 11. 1973), Annetraut Lindenstruth, Aßlar-Hermannstein (12. 11. 1973), Monika Daniel, Florstadt (5. 11. 1973), Ingrid Damerau, Bad Vilbel (26. 10. 1973), Eva Spohn, Frankfurt/Main (2. 9. 1973), Christa Pellinghof, Frankfurt/Main (23. 8. 1973), Elke Pechfelder, Offenbach (22. 5. 1973), Gisela Creutzburg, Rüsselsheim (6. 11. 1973), Karin Decken, Gießen (13. 11. 1973), Margarete Nabel, Neu-Isenburg (8. 11. 1973), Dagmar Herrmann, Liederbach (8. 11. 1973), Ursula Block, Ehringshausen (25. 9. 1973);

zu **Fachlehrern/innen für mus.-techn. Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen für mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) Christine Tiegs, Frankfurt/Main (23. 8. 1973), Hannelore Judith, Darmstadt (17. 8. 1973), Christel Schuster, Schaaheim (21. 8. 1973), Kirsten Anton, Darmstadt (20. 8. 1973), Ursula Feiert, Rai-Breitenbach (28. 8. 1973), Klaus Becker, Rüdeshheim (8. 8. 1973), Ulrike Wittwer, Heusenstamm (28. 8. 1973), Elke Mühlhäuser, Bad König (21. 8. 1973), Reinhard Sperber, Hattersheim (21. 8. 1973), Gabriele Zaltenbach, Rüdeshheim (21. 8. 1973), Hannelore Schweisgut, Groß-Felda (28. 8. 1973), Beate Coun, Neuenhain, Bärbel Wilcke, Hochstadt (beide 20. 8. 1973), Ute Hanel, Viernheim (16. 8. 1973), Dieter Böhmer, Niederhadamar (12. 9. 1973), Manfred Fleischl, Beerfelden (23. 8. 1973), Rosemarie Häuser, Taunusstein-Wehen (13. 9. 1973), Brigitte Hückmann, Frankfurt/Main (23. 8. 1973), Jürgen Joseph, Seligenstadt (31. 8. 1973), Annelie Richtberg, Offenbach/Main (31. 8. 1973), Helgard Ottmann, Langenselbold (28. 8. 1973), Ursula Rätzel, Reinheim (30. 8. 1973), Helga Müller, Bad Vilbel (22. 8. 1973), Manfred Wild, Stockstadt (29. 8. 1973), Lisa Jannek, Idstein (15. 9. 1973), Erika Menz, Wallrabenstein (20. 8. 1973), Barbara Rüdiger, Runkel (20. 9. 1973), Krimhild Naujok, Camberg (26. 9. 1973), Günter Türk, Herborn (25. 8. 1973), Birgit Schütt, Frankfurt/Main (27. 8. 1973), Eva-Maria Grune, Solms (24. 9. 1973), Gesine Speicher, Rüsselsheim (24. 8. 1973), Helmut Hühne, Sechshelden (25. 9. 1973), Heidemarie Schmidt, Wiesbaden (21. 8. 1973), Reinhard Kniffka, Mainz-Kastel (21. 8. 1973), Gerda Schmidt, Wachenbuchen (2. 10. 1973), Gerlind Klunker, Wiesbaden (21. 8. 1973), Gertrud Lotze, Niedereseisenhausen (5. 10. 1973), Hans Moster, Kelkheim (20. 8. 1973), Helga Splitt, Dreieichenhain (11. 10. 1973), Birgit Laumann, Haiger (13. 8. 1973), Steffen Gutmann, Seeheim (26. 9. 1973), Johanna Hahn, Limburg/L. (5. 10. 1973), Geort Eitner, Seligenstadt (8. 10. 1973), Ilse Kaeswurm, Bad Vilbel (26. 10. 1973), Friederike Ambros, Großauheim (8. 8. 1973), Erika Fröhlich, Höchst (2. 10. 1973), Karitas Kühn, Gräfenhausen (17. 10. 1973), Regina Rohleder, Bensheim (24. 10. 1973), Manfred

Stehling, Taunusstein 1 (25. 10. 1973), Renate Marchand, Ginsheim (15. 10. 1973), Eva Brauns, Offenbach/Main (6. 11. 1973), Norbert Höhn, Bad Orb (31. 10. 1973), Ilona Herbrand, Geisenheim (6. 11. 1973);

apl. Fachlehrer/in für mus.-techn. Fächer (BaP) Peter Appel, Rodheim (24. 8. 1973), Heidemarie Binnewies, Gernsheim (20. 8. 1973);

zur **Hauptlehrerin als Leiterin einer Grundschule** die Lehrerin (BaL) Elke Jentzmik, Linter (17. 10. 1973);

zu **Realschullehrern/innen z. A. (BaP)** apl. Lehrer/in (BaW) Bärbel Beisheim, Wiesbaden (20. 8. 1973), Siegfried Stefanski, Langen (28. 8. 1973), Hans-Joachim Koch, Langen (31. 8. 1973), Elke Immel, Hadamar (20. 10. 1973);

Dorothea Föhring, Weiterstadt, Thomas Steiner, Heppenheim, Hedwig große Kreymborg, Heusenstamm, Antonia Erntner, Wiesbaden (sämtlich 20. 8. 1973), Anneliese Renk, Groß-Gerau (3. 9. 1973), Gertraud Hill, Groß-Gerau (1. 9. 1973), Annelie Pauly, Groß-Gerau (20. 8. 1973), Petra Zamperoni-Borniger, Mainz-Kastel (1. 9. 1973), Ruth Bentz, Groß-Gerau (3. 9. 1973);

chem. apl. Realschullehrerin Wiltrud Peter, Oberursel (15. 8. 1973);

ehem. Realschullehreranwärterin Brigitte Markowsky, Großen-Buseck (1. 10. 1973);

zu **Realschullehrern/innen (BaL)** die Realschullehrer/innen z. A. (BaP) Ute Baader, Viernheim (20. 8. 1973), Helmut Heisen, Aarbergen, Emma von Bömmel, Großen-Buseck (beide 28. 8. 1973), Jürgen Nagel, Frankfurt/Main (11. 5. 1973), Ingrid Beck, Bischofsheim (3. 9. 1973), Elke Weiden, Dieburg (21. 8. 1973), Kristine Breuer, Gießen (17. 8. 1973), Gero Knapp, Griesheim (20. 8. 1973), Günter Messenzehl, Schaaßheim, Hans Hrach, Trebur (beide 21. 8. 1973), Ingoberth Böer, Dörnigheim (9. 10. 1973), Margritt Ortner, Seeheim a. d. B. (1. 11. 1973), Ulrike Wiederhold, Bad Vilbel (5. 11. 1973), Marie Helene Heinemann, Dörnigheim (7. 11. 1973);

apl. Realschullehrer (BaP) Günter Herzog, Kronberg (24. 8. 1973);

chem. Realschullehrerin Irmgard Scior, Frankfurt/Main (1. 8. 1973);

Mechthild Moos, Haiger (2. 5. 1973);

zum **apl. Lehrer an einer Sonderschule** apl. Lehrer (BaW) Wilhelm Kabrehl, Erbach/Odw. (1. 9. 1973);

zu/zur **Lehrern/in an einer Sonderschule z. A. (BaP)** apl. Lehrer/in an einer Sonderschule (BaW) Gernot Schuster, Lampertheim (21. 8. 1973), Gerlinde Richter-Heller, Grünberg (22. 8. 1973), Willi Weidemeyer, Nidda (11. 9. 1973);

zum/zur **Lehrern/innen an einer Sonderschule (BaL)** Lehrer/innen an einer Sonderschule z. A. (BaP) Jörg Fey, Gießen (9. 9. 1973), Brigitte Pröber, Hofheim/Ts. (5. 11. 1973);

Hannelore Löttsch, Heppenheim (28. 8. 1973), Charlotte Krämer, Darmstadt (20. 9. 1973);

Lehrer z. A. (BaP) Norbert Kirsche, Grünberg/H. (10. 10. 1973);

zu **Lehrern/innen an einer Sonderschule** die Lehrer/innen (BaL) Dieter Gerlach, Wetzlar (28. 8. 1973), Hans-Joachim Spieß, Rai-Breitenbach (1. 9. 1973), Dorthe Neßler, Wehrheim (12. 9. 1973), Wolfram Zschau, Höchst/Odw. (1. 9. 1973), Wilfried Luckhaupt, Höchst/Odw. (17. 8. 1973), Niels Schroeter, Frankfurt/Main (22. 8. 1973), Manfred Schönbeck, Klein-Auheim (31. 8. 1973), Ruth Schätzler, Heppenheim (22. 8. 1973), Annemarie Stein, Gießen (14. 9. 1973), Jutta Schliebs, Hochstadt (9. 10. 1973), Ursula Hollmann, Hochstadt (1. 10. 1973), Dieter Fähler, Herborn (28. 8. 1973);

zu **Konrektoren einer Grundschule** die Lehrer/innen (BaL) Gerda Scholz, Sandbach (1. 10. 1973), Otto Parr, Frankfurt/Main (26. 10. 1973), Paul Biens, Okriftel (1. 10. 1973), Gerhard Appenheimer, Hanau/M. (4. 10. 1973), Edeltrud Hampel, Erlensee (10. 10. 1973), Marlies Buskies, Dortelweil (18. 10. 1973);

zum **Konrektor einer Grundschule mit mindestens 16 Klassen** Lehrer Günter Koch, Eergen-Enkheim (1. 10. 1973);

zu **Konrektoren/innen einer Grund- und Hauptschule** die Lehrer/innen Klaus Kistner, Hasselroth (17. 9. 1973), Nikolaus Schaff, Wiesbaden (3. 4. 1973), Hartmut Emmel, Eidenesäß (1. 10. 1973), Gertraud Demal, Kriftel (1. 10. 1973), Ilse Eichhorn-Götz, Zwingenberg (18. 9. 1973), Robert Geimer, Darmstadt-Eberstadt (1. 10. 1973), Hans-Joachim Rauh, Neuenhain (26. 9. 1973);

zum **Konrektor einer Sonderschule** Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Peter Kipp, Friedberg (23. 10. 1973);

Lehrerin (BaL) Gerda Günther, Hofheim/Ts. (1. 10. 1973);

zu **Konrektoren einer Realschule** die Realschullehrer (BaL) Günter Maurer, Frankfurt/Main (15. 10. 1973), Johannes Voigtmann, Wiesbaden (1. 10. 1973);

zu **Konrektoren einer Haupt- und Realschule** die Realschullehrer (BaL) Artur Kraft, Biedenkopf (13. 10. 1973), Helmut Müller, Dieburg (28. 9. 1973), Kurt Rumpf, Lauterbach (10. 10. 1973);

zum **Rektor einer Grundschule** Lehrer (BaL) Hans Groth, Schotten (10. 10. 1973);

die Hauptlehrer (BaL) Franz Wenisch, Gornheimertal (20. 9. 1973), Karl Becker, Nordenstadt (1. 10. 1973), Ernst Bernhard, Bremthal (1. 10. 1973), August Groß, Flörsheim-Wicker (1. 10. 1973), Benno Stuhl, Oberndorf (1. 10. 1973);

Konrektor einer Grundschule (BaL) Karl Reiner Kaltenbach, Geinsheim (12. 10. 1973);

Hauptlehrer als Leiter einer Grundschule Werner Engelhardt, Hanau/Main (1. 10. 1973);

zum **Rektor einer Grund- und Hauptschule** Konrektor einer Grund- und Hauptschule (BaL) Hans Kribben, Frankfurt/Main (25. 10. 1973);

zur **Rektorin einer Sonderschule** die Lehrerin an einer Sonderschule (BaL) Hannelore Löttsch, Hirschhorn (1. 10. 1973);

zu **Rektoren als Ausbildungsleiter bei einem Pädagogischen Studienseminar** Lehrer an einer Sonderschule, Günter Malinka, Gießen/L. (18. 9. 1973), Konrektor einer Grund- und Hauptschule Ernst Friedrich Ellenberger, Offenbach/M. (1. 11. 1973);

zu/zur **Studiendirektoren/in** die Rektoren/in als Ausbildungsleiter bei einem Pädagogischen Studienseminar Friedrich Paul Johann Finke, Reinheim (27. 9. 1973), Heinz Wilhelm Lang, Wiesbaden, Liesclotte Old, Hanau, Paul Zipp, Wiesbaden, Gerhard Winter, Bad Soden, Hans-Joachim Weber, Bad Soden (sämtlich 26. 10. 1973);

zu **Schulräten** Rektor einer Grundschule und Hauptschule Armin Müller, Usingen (1. 10. 1973), Rektor einer Haupt- und Realschule Walter Hillesheimer, Dieburg III (13. 9. 1973);

zu **Pädagogischen Leitern/innen einer Gesamtschule** Konrektor einer Haupt- und Realschule Werner Glöser, Großauheim (1. 10. 1973), Studienrätin Dr. Barbara Uhl, Wetzlar (1. 10. 1973), Konrektor einer Realschule Hans Martin Wagner, Wetzlar (1. 10. 1973), Lehrerin Doris Weber-Witte, Solms (16. 10. 1973), die Studienräte Hans-Günter Habel, Babenhausen (8. 10. 1973), Hermann Tilp, Erlensee (1. 10. 1973), Konrektor einer Grund- und Hauptschule Heinrich Weber, Atzbach (1. 10. 1973), Realschullehrer Hartmut Neumann, Ehringshausen (1. 10. 1973);

zum **Rektor als ständiger Vertreter eines in der Bes.-Gruppe A 15 eingestuften Direktors einer Gesamtschule** die Konrektoren einer Haupt- und Realschule (BaL) Friedrich Siemon, Haiger (1. 10. 1973), Otto Knipp, Braunfels (1. 10. 1973);

zu **Direktoren einer Gesamtschule** Oberstudienrat (BaL) Walter Wallenstein, Rechtenbach (1. 10. 1973);

die Rektoren einer Haupt- und Realschule (BaL) Karl Heinrich Schellenberg, Braunfels (25. 5. 1973), Walter Reul, Bergen-Enkheim (1. 10. 1973), Ernst Roß, Großauheim (1. 10. 1973), Richard Schröder, Haiger (1. 10. 1973), Heinrich Keil, Gießen (1. 10. 1973), Willi Funk, Schotten (25. 10. 1973);

die Rektoren einer Grund- und Hauptschule (BaL) Rolf Kempe, Biebertal (1. 10. 1973), Armin Schombert, Atzbach (25. 5. 1973), Kurt Lehnert, Bischofsheim (1. 10. 1973), Kurt Stang, Wetzlar (1. 10. 1973), Erich Becker, Solms (1. 10. 1973), Adolf Kilb, Wallrabenstein (1. 10. 1973);

zum **Schulpsychologen** Realschullehrer (BaL) Alfred Zinn, Seeheim a. d. B. (31. 7. 1973);

eingewiesen:

in die Bes.-Gruppe A 13a als Konrektoren einer Grund- und Hauptschule mit mindestens 16 Klassen Konrektor einer Grundschule mit 6—15 Klassen Manfred Bardorff, Frankfurt/Main (1. 10. 1973), Konrektor einer Grund- und Hauptschule Gottfried Weigmann, Lumburg/L. (26. 10. 1973);

in die Bes.-Gruppe A 13 Lehrerin z. A. Ingrid Freimuth, Raunheim (17. 10. 1973);

in die Bes.-Gruppe A 13a als Rektorin einer Grundschule mit 6—15 Klassen Konrektorin einer Grundschule (BaL) Margarete Schönig, Nieder-Ramstadt (14. 8. 1973);

in die Bes.-Gruppe A 14 Rektor einer Grund- und Hauptschule Martin Kühl, Stockstadt (1. 10. 1973), Rektor einer Sonderschule Hans Rieger, Darmstadt (1. 10. 1973);

in die Bes.-Gruppe A 14 als Rektor einer Grund- und Hauptschule mit mindestens 16 Klassen Rektor einer Grund- und Hauptschule mit 6—15 Klassen Friedrich Reich, Limburg/L. (4. 10. 1973);

in die Bes.-Gruppe A 14 als Rektor einer Sonderschule mit mindestens 10 Klassen Rektor einer Sonderschule mit 3—9 Klassen Aloys Minninger, Limburg/L. (5. 10. 1973);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe:

apl. Lehrerin (BaW) Liane Pleines-Fischer, Mainz-Kastel (26. 4. 1972);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Fachlehrer für mus.-techn. Fächer Martin Damerau, Bad Vilbel (3. 10. 1973), Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer Rita Baranowski, Biedenkopf (24. 10. 1973);

die Realschullehrerinnen Mechthild Hesse, Usingen (18. 10. 1973), Eva Wehde, Bad Homburg v. d. H. (7. 11. 1973);

in den Ruhestand getreten:

Lehrer Johann Wolski, Frankfurt/Main (31. 7. 1973);

in den Ruhestand versetzt:

Lehrerin Gertrud Lorenz, Aßlar-Hermannstein, Realschullehrer Heinz Gengnagel, Frankfurt/M., Hauptlehrer Julius Grieger, Wiesbaden, Lehrer Richard Kromer, Idstein/Ts. (sämtlich 31. 7. 1973), die Lehrerinnen Flora Schramm, Wiesbaden (31. 8. 1973), Hildegunde Schmaus, Frankfurt/Main (31. 12. 1973), Lucia Schneider, Frankfurt/Main, Realschullehrerin Magdalena Matthes, Frankfurt/Main, Lehrerin Elisabeth Thompson, Frankfurt/Main, die Lehrer Gerhart Schneider, Frankfurt/Main, Werner Hallung, Frankfurt/Main, Realschullehrer Alois Klimesch, Fürth/Odw. (sämtlich 31. 7. 1973), Lehrer z. A. Waldemar Kroneberg, Aarbergen-Michelbach (31. 3. 1973), Lehrerin Anneliese Rothenburger, Michelstadt (31. 7. 1973), Lehrerin Erika Ahlheim, Neu-Isenburg (31. 8. 1973), Lehrer Paul Frink, Wiesbaden, Realschullehrer Hermann Mehmke, Bad Homburg, die Lehrerinnen Charlotte Bringeze, Nauborn, Petronella Thiele, Geisenheim, Johanna Ehrenheim, Frankfurt/Main, Lehrer Karl Sippel, Oberursel/Ts., Realschullehrerin Charlotte Roßbach, Eltville, Realschullehrerin Doris de la Porte, Frankfurt/Main, Realschullehrerin Charlotte Perneaux, Wiesbaden, Lehrer Karl Beierlein, Aarbergen-Kettenbach, Realschullehrer Amandus Treisch, Wiesbaden (sämtlich 31. 7. 1973), Rektor einer Grund- und Hauptschule Rudolf Baumert, Darmstadt (30. 11. 1973), die Realschullehrerinnen Margarete Reinhard, Herborn, Sieglinde Petraschek, Usingen, Lehrerin Herta Schmidt, Wiesbaden, Lehrer Hans Ostermann, Frankfurt/Main, Lehrerin an einer Sonderschule, Liselotte Tornow, Frankfurt/M., Lehrerin Martha Köhn, Bad Homburg, die Lehrer Hans-Joachim Seitz, Frankfurt/Main (sämtlich 31. 7. 1973), Hans Trackis, Langenselbold (31. 1. 1974), Realschullehrerin Editha Walter, Frankfurt/M. (31. 12. 1973), Lehrer Karl Schomburg, Weinbach, Konrektor Heinz Blecher, Herborn, Lehrerin Else Duensing, Frankfurt/Main, Hauptlehrerin Luise Bayer, Oberzenzheim (sämtlich 31. 7. 1973), Konrektor einer Grund- und Hauptschule Walter Ferdinand Korrell, Darmstadt (31. 1. 1974), Lehrer Karl Weber, Wiesbaden, Rektor Wolfgang Wagner, Breidenbach, Lehrerin Elisabeth Wendenburg, Gelnhäusen (sämtlich 31. 7. 1973), Lehrerin an einer Sonderschule, Martha Weber, Bensheim (31. 12. 1973);

entlassen:

Fachlehrer für mus.-techn. Fächer z. A. Gert Hauschild, Seeheim (31. 7. 1973), Fachlehrer für mus.-techn. Fächer, Helmut Müller, Hanau/M. (30. 9. 1973), Lehrerin Helene Fritsche, Wiesbaden (30. 9. 1973), Lehrerin z. A. Ingrid Ganßmann, Darmstadt (31. 8. 1973), Lehramtsreferendar Willi Weber, Offenbach/Main (19. 8. 1973), Fachlehrer für mus.-techn. Fächer z. A. Eckhardt Debus, Lixfeld, apl. Lehrer Klaus Schneider, Eschborn, Fachlehrerin z. A. Ga-

briele Muschel, Frankfurt/Main, Lehramtsreferendarin Maren Müller-Sievers, Rodenbach (sämtlich 30. 9. 1973), apl. Fachlehrer für mus.-techn. Fächer Valerie Raschig, Frankfurt/M. (31. 7. 1973), Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer z. A. Elisabeth Burghardt, Bad Orb (30. 9. 1973), Lehramtsreferendarin Helga Schulze, Wiesbaden (31. 7. 1973), Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer z. A. Ursula Kottner, Hofheim/Ts. (31. 7. 1973), apl. Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer Franz Stadtmüller, Nidderau (15. 10. 1973), apl. Lehrerin Elke Schmidt, Mühlheim/Main (31. 8. 1973), Lehramtsreferendarin Annemarie Baumann, Frankfurt/Main (3. 9. 1973), Lehrerin Helgard Hensengerth, Ober-Ramstadt (10. 5. 1973), Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer z. A. Barbara Lazarek, Homberg/Ohm (30. 4. 1973), Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer Beatrix Rückert, Darmstadt (31. 7. 1973), apl. Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer Renate Köhler, Nd.-Ohmen (31. 10. 1973), Realschullehrerin Jutta Wagner, Gießen (31. 8. 1973);

Studienrat z. A. Kurt Schmidt, Ober-Roden (30. 9. 1973) gem. § 39 Abs. 1 Nr. 4 HBG.

Darmstadt, 10. 12. 1973

Der Regierungspräsident
VI 1 a — 7 1 08 (1)
StAnz. 2/1974 S. 72

Regierungspräsident in Kassel

— Gymnasien —

ernannt:

zu Studiendirektoren die Oberstudienräte (BaL) Karl-Hartmut Garff, Kassel (12. 10. 1973), Herbert Menzel, Kassel (13. 10. 1973), Walter Hilgenberg, Kassel (31. 10. 1973), Dr. Georg Heyner, Hess. Lichtenau (23. 11. 1973);

zu Oberstudienrätinnen die Studienrätinnen (BaL) Margrit Lindenborn, Melsungen (16. 10. 1973), Christa Weckesser, Amöneburg, Erika Euteneuer, Kassel (beide 1. 10. 1973);

zu Oberstudienräten die Studienräte (BaL) Jürgen Renner, Melsungen (16. 10. 1973), Otto Langner, Sontra (1. 10. 1973), Joachim Stockhausen, Fulda (17. 10. 1973), Arndt Böttcher, Frankenberg (19. 10. 1973), Adolf Fiedler, Frankenberg (19. 10. 1973), Klaus Labudde, Kassel (22. 10. 1973), Erwin Deyß, Kassel, Klaus Müller-Domnick, Kassel, Hartmut Reisse, Kassel, Friedrich Möller, Kassel, Jochen Meier, Kassel (sämtlich 1. 10. 1973), Kurt Simon, zur Zeit Teheran/Iran (17. 10. 1973), Gerhard Riedemann, Melsungen (10. 11. 1973);

zu Studienrätinnen (BaL) die Studienrätinnen z. A. (BaP) Liane Irrgang, Kassel (6. 11. 1973), Ingeborg Hauschildt, Amöneburg (15. 11. 1973);

zu Studienräten (BaL) die Studienräte z. A. (BaP) Günter Feisel, Korbach (22. 10. 1973), Wolfgang Stepf, Kassel (6. 11. 1973), Kurt Hartwig, Marburg (5. 11. 1973), Max Bahr, Kassel (7. 11. 1973), Ulrich Herold, Kirchhain, Heinrich Falb, Wolfhagen (beide 22. 11. 1973), Joachim Gehrke, Melsungen, Uwe Brethauer, Melsungen (beide 16. 10. 1973), Harald Schüler, Kassel, Jürgen Gerhold, Kassel (beide 19. 10. 1973);

zur Studienrätin z. A. (BaP) die Studienreferendarin (BaW) Dorothea Helwig, Kassel (1. 8. 1973);

zu Studienräten z. A. (BaP) Assessor des Lehramts Meinhard Sponheimer, Marburg (18. 10. 1973), die Studienreferendarin (BaW) Hans-Hermann Trost, Kassel, Dr. Klaus Widdra, Amöneburg, Gerhard Postweiler, Steinatal (sämtlich 1. 8. 1973);

zum Lehrer (BaL) Lehrer z. A. (BaP) Herbert Henze, Wolfhagen (24. 11. 1973);

zur Fachlehrerin für musisch-technische Fächer (BaP) Fachlehrerin für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Iлона Böhm, Hünfeld (7. 11. 1973);

im Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschuldienst des Reg.-Bez. Kassel

ernannt:

zu Studiendirektoren die Direktoren als Ausbildungsleiter bei einem Pädagogischen Studienseminar (BaL) Erhart Vitt, Marburg a. d. L., Karl Graf, Eschwege, Klaus Fingerhut, Bad Hersfeld, Heinrich Becker, Schwalmstadt, Theodor Balzer, Fulda, Heinrich Plock, Kassel, Karl Heinemann, Korbach, Joachim Gerland, Kassel (sämtlich 30. 10. 1973);

zu Oberstudienräten die Studienräte (BaL) Lüder Westje, Witzenhausen (17. 10. 1973), Edmund Wilhelm, Witzenhau-

- sen (22. 10. 1973), Dr. Herwig Schöffel, Großalmerode (16. 10. 1973);
- zum **Rektor als ständiger Vertreter eines in der Bes.-Gr. A 15 eingestuftten Direktors einer Gesamtschule** Konrektor einer Grund- und Hauptschule Herbert Atmanspacher, Großalmerode (17. 11. 1973);
- zum **Rektor einer Grundschule** Lehrer (BaL) Klaus Schelper, Hess. Lichtenau (22. 11. 1973);
- zum **Rektor einer Grund- und Hauptschule** Konrektor einer Haupt- und Realschule Alfred Liese, Kassel (27. 10. 1973);
- zum **Rektor einer Haupt- und Realschule** Realschullehrer (BaL) Peter Hartmann, Gudensberg (22. 11. 1973);
- zu **Rektoren einer Sonderschule** die Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Hermann Breitung, Hilders (1. 10. 1973), Wilhelm Hauk, Witzenhausen (16. 11. 1973), Lehrerin an einer Sonderschule (BaL) Helga von Büнау, Frankenberg/Eder (30. 10. 1973), Konrektor einer Sonderschule Rudolf Landmesser, Bebra (27. 9. 1973);
- zum **Konrektor einer Sonderschule** Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Günter Ulrich, Fulda (18. 10. 1973);
- zur **Konrektorin einer Sonderschule** Lehrerin an einer Sonderschule (BaL) Hanne-Lore Limberg, Kassel (24. 10. 1973);
- zur **Konrektorin einer Grund- und Hauptschule** Lehrerin (BaL) Margarete Hornung, Kassel (26. 10. 1973);
- zum **Konrektor einer Grund- und Hauptschule** Lehrer (BaL) Hans Werner, Edermünde-Grifte (24. 10. 1973);
- zum **Konrektor einer Haupt- und Realschule** Lehrer (BaL) Günter Semmler, Grebenstein (25. 10. 1973);
- zum **Pädagogischen Leiter einer Gesamtschule** Studienrat (BaL) Ludwig Friedrich, Großalmerode (22. 11. 1973);
- zu **Studienräten (BaL)** die Studienräte z. A. (BaP) Klaus Urban, Lohfelden 1 (10. 10. 1973), Jürgen Volpert, Fulda 1 (18. 10. 1973), Eberhard Putsch, Witzenhausen (8. 10. 1973);
- zum **Studienrat z. A. (BaP)**, Stud.-Ass. des Lehramts Jost Michel, Wetter (1. 8. 1973);
- zu **Realschullehrerinnen (BaL)** die Realschullehrerinnen z. A. (BaP) Hella Brockmann, Eschwege (6. 11. 1973), Heidi Wranze, Gudensberg (27. 10. 1973), Gabriele Kraska, Petersberg (18. 11. 1973);
- zu **Lehrerinnen an einer Sonderschule** die Lehrerinnen (BaL) Gisela Neerpasch, Marburg a. d. L. (28. 9. 1973), Gisela Gerlach, Marburg a. d. L. (1. 10. 1973), Annegret Kahl, Marburg a. d. L. (16. 10. 1973);
- zu **Lehrern an einer Sonderschule (BaL)** Lehrer z. A. (BaP) Egon Bomert, Eschwege (12. 10. 1973), die Lehrer an einer Sonderschule z. A. (BaP) Hans-Dieter Auel, Eschwege (28. 9. 1973), Manfred Mäurer, Sontra (19. 10. 1973);
- zur **Lehrerin an einer Sonderschule (BaL)** Lehrerin an einer Sonderschule z. A. (BaP) Monika Hering, Kassel (22. 10. 1973);
- zum **Lehrer an einer Sonderschule z. A.** Lehrer z. A. (BaP) Peter Karl Brückner, Schwalmstadt 1 (8. 11. 1973);
- zur **Lehrerin an einer Sonderschule z. A.** Lehrerin z. A. (BP) Gerhilde Franke, Kassel (30. 8. 1973);
- zu **apl. Lehrern an einer Sonderschule** die apl. Lehrer (BaW) Hans Nickel, Eschwege (27. 9. 1973), Hartmut Honus, Korbach (28. 9. 1973), Wolfgang Richardt, Wetter (15. 10. 1973);
- zum **Fachoberlehrer für technolog. Fächer z. A. (BaP)** Fachoberlehreranwärter (BaW) Karl-Christoph Müller, Lohfelden (13. 9. 1973);
- zu **Fachlehrern für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP)** die Fachlehreranwärter (BaW) Wilfried Viehmann, Lohfelden 1 (1. 10. 1973), Gerhard Blum, Neuohof (25. 9. 1973);
- zum **Realschullehrer (BaL)** Karl-Erich Wagner, Kassel (2. 10. 1973);
- zur **Lehrerin (BaL)** Traute Werner, Lahntal (16. 11. 1973);
- zu **Lehrern/-innen (BaL)** die Lehrer/-innen z. A. (BaP) Ingeborg Reuter, Korbach, Bärbel Rutz, Wetter (beide 1. 10. 1973), Karl-Heinz Gonnermann, Naumburg, Knut Hansen, Naumburg (beide 2. 10. 1973), Hiltrud Mendel, Kassel, Ingrid Knörzer, Kassel (beide 3. 10. 1973), Marlit Wulfmeyer, Stadt Allendorf (4. 10. 1973), Wilfried Blum, Kassel (9. 10. 1973), Joachim Losekamp, Knüllwald-Remsfeld (11. 10. 1973), Gerd Walter, Willingen (10. 10. 1973), Karl Wilhelm Trau, Eschwege, Sieglinde Albach, Kassel (beide 12. 10. 1973), Maria Schratz, Fulda (16. 10. 1973), Werner Vogt, Niederaula (17. 10. 1973), Monika Fiedler, Marburg a. d. L. (15. 10. 1973), Dieter Knöppler, Neukirchen (10. 10. 1973), Jürgen Speich, Bad Hersfeld (18. 10. 1973), Edith Römpp, Eschwege (9. 10. 1973), Rolf Aufmhof, Fulda (18. 10. 1973), Detlef Erich Siebert, Kassel (22. 10. 1973), Dagmar Adel, Fritzlar (24. 10. 1973), Günter Breitbart, Heringen, Erika Heine, Meinhard, Renate Jansky, Kassel (sämtlich 26. 10. 1973), Rainer Lieberknecht, Vellmar 3 (18. 10. 1973), Wolf-Dieter Hecker, Hohenroda-Mansbach, Hele Herchenröther, Spangenberg (beide 6. 11. 1973), Helmfried Fuchs, Homberg (7. 11. 1973), Brigitte Klimke, Kassel (8. 12. 1973), Ursula Lorenz-Wappelt, Kassel (7. 11. 1973), Karl Frye, Neuohof (17. 12. 1973), Maria Doht, Reinhardshagen (6. 11. 1973), Dorlies Scherp, Gensungen (13. 11. 1973), Eva Müller, Marburg a. d. L., Manfred Wiegand, Wetter, Ulrike Gräfin von Armansperg, Cölbe-Schönstadt, Heidemarie Dany, Marburg a. d. L., Eva Büttner, Marburg a. d. L., Brigitta Katzer, Marbach-Michelbach, Peter Dawedeit, Jesberg (sämtlich 12. 11. 1973), Lucia Haas, Ebsdorfergrund (15. 11. 1973), Dieter Sasso, Ebsdorfergrund (16. 11. 1973), Manfred Leukert, Felsberg, Johannes Poth, Felsberg (beide 14. 11. 1973), Manfred Schleuning, Sontra (17. 11. 1973), Birgit Emde, Korbach (12. 11. 1973), Hildegard Becker, Arolsen, Cäcilia Nillies, Arolsen (beide 8. 11. 1973), Martin Schnorr, Fulda (13. 11. 1973), Karin Elsner, Poppenhausen (14. 11. 1973), Martin Bühner, Marburg a. d. L. (20. 11. 1973), Alfred Cramer, Schwalmstadt 2 (22. 11. 1973), Joachim Sebold, Künzell (26. 11. 1973);
- zu **Fachlehrern/-innen für musisch-technische Fächer (BaL)** die Fachlehrer/-innen für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Elisabeth Wittka, Fulda (9. 10. 1973), Karl Wagner, Eschwege (12. 10. 1973), Brigitta Frigger, Edermünde-Grifte (1. 10. 1973), Beate Schüler, Frankenberg (16. 10. 1973), Maria Buthmann, Borken (27. 10. 1973), Gerda Kaiser, Kassel (26. 10. 1973), Barbara Leimer, Kassel (8. 11. 1973), Hans-Joachim Buchenau, Borken (6. 11. 1973), Ulrike Kunsch, Fritzlar, Paul Majewski, Fulda (beide 12. 11. 1973), Dieter Oberthür, Korbach (20. 11. 1973), Gerhard Priwitzter, Korbach (12. 11. 1973);
- zu **Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer** die Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Ursula Michel, Gudensberg (13. 10. 1973), Christa Müller, Bad Hersfeld (6. 11. 1973), Sieglinde Jäger, Kassel (7. 11. 1973), Ruth Drechsler, Reinhardshagen (6. 11. 1973);
- zu **Lehrerinnen z. A. (BaP)** Edith Hesse, Gudensberg (17. 8. 1973), Margot Präblier, Kassel (1. 11. 1973), Lieselotte Stark, Hünfeld (7. 11. 1973);
- zum **apl. Lehrer (BaW)** Robert Ruppert, Immenhausen (1. 10. 1973);
- zur **apl. Lehrerin (BaW)** Angelika Schmidt, Neuental-Zimmersrode (23. 8. 1973),
- zu **apl. Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer (BaW)** Elke Döbbelin, Korbach, Hannelore Heck, Diemeltstadt-Rhoden (beide 15. 8. 1973);
- zum **apl. Fachlehrer für musisch-technische Fächer (BaW)** Klaus-Peter Faring, Arolsen (15. 8. 1973);
- zu **Lehramtsreferendaren/-innen (BaW)** die LAB. Ute Bauer, Baunatal 4 (20. 8. 1973), Carola Biehl, Korbach (21. 8. 1973), Joachim Breysach, Adorf, Hildegard Dotzauer, Bad Wildungen, Karl-Heinz Färber, Edertal-Bergheim, Beate Groh, Baunatal 4 (sämtlich 20. 8. 1973), Rainer Gunkel, Frankenberg (15. 8. 1973), Reinhard Händler, Ransbach (16. 8. 1973), Marlene Härtlein, Felsberg, Heidi Hinz, Korbach (beide 15. 8. 1973), Barbara Hofmann, Hohenroda-Mansbach (15. 11. 1973), Hanna Keßler, Gemünden/Wohra, Gerlind Krause, Frankenberg/E. (beide 20. 8. 1973), Dorothea Mannshardt, Bad Wildungen, Sigrid Martin, Homberg, Hans-Martin Meister, Bergheim, Luise Munzert, Diemeltstadt-Rhoden (sämtlich 20. 8. 1973), Hans-Jürgen Nickel, Neuental-Zimmersrode (17. 10. 1973), Gertraude Prediger, Korbach, Bernd Rauschenbach, Arolsen (beide 20. 8. 1973), Fred Röder, Arolsen (23. 8. 1973), Dieter Schneider, Bad Wildungen (20. 8. 1973), Franz-Josef Schudell, Eckweisbach (17. 10. 1973), Ingrid Schüssler, Altmorschen (15. 8. 1973), Andrea von Sperber, Sachsenhausen, Ursula Spitzer, Rhoden, Georg Tettke, Arolsen, Jutta Trobitius, Korbach, Gabriele Urban, Sachsenhausen, Birgit Vogel, Braunau (sämtlich 20. 8. 1973), Christiane Weber, Edertal-Bergheim (19. 9. 1973), Anita Weikard, Frankenberg/E. (20. 8. 1973), Peter Werner, Arolsen (29. 9. 1973), Hans Wiest, Battenberg, Albrecht Wilhelm, Bad Wildungen, Barbara Wilpricht, Battenberg (sämtlich 20. 8. 1973);

zu **Lehrern/-innen z. A. (BaP)** die apl. Lehrer/-innen (BaW) Irmentraud Vey, Schwalmstadt 1 (19. 9. 1973), Horst Scholz, Nentershausen (27. 9. 1973), Willi Dinges, Spangenberg (28. 9. 1973), Rainer Angermann, Wehretal (2. 10. 1973), Gabriele Steinmetz, Borken (28. 9. 1973), Gisela Wickenträger, Kassel, Lieselotte Müller, Kassel (beide 3. 10. 1973), Adelheid Nora, Kassel (2. 10. 1973), Christel Kühndorf, Oberaula (20. 9. 1973), Klaus-Joachim Happel, Stadt Allendorf (5. 10. 1973), Sonja Nasemann, Borken (20. 9. 1973), Birgit Bachmann, Kassel, Christa Siegel, Eschwege (beide 9. 10. 1973), Hans-Jochen Wenderoth, Sontra (8. 10. 1973), Robert Hüffner, Jesberg (1. 10. 1973), Peter Haßler, Rotenburg-Lispenshausen (15. 10. 1973), Ute Dörfler, Borken (28. 3. 1973), Heidemarie Schanz, Bad Sooden-Allendorf (16. 10. 1973), Ute Thaetner, Großalmerode (20. 10. 1973), Wolfgang Burghardt, Kassel (22. 10. 1973), Karl-Peter Goos, Allendorf (18. 10. 1973), Rudolf Neitz, Fuldabrück, Edhild Keller, Lahntal, Monika Götz, Neustadt (sämtlich 22. 10. 1973), Klaus Pfeiffer, Rotenburg/F. (12. 11. 1973), Helga Störck, Baunatal 1 (25. 10. 1973), Hildegard Schmand, Twiste, Adelheid Kappmeier, Rhoden (beide 20. 10. 1973), Claudia Wolf, Mengerlinghausen (22. 10. 1973), Heinz-Joachim Minke, Willingen (6. 11. 1973), Ulrike Obieglo, Kassel, Karl Siebert, Kassel (beide 7. 11. 1973), Brigitte Prausnitz, Baunatal 1 (30. 10. 1973), Dietmar Pickert, Stadt Allendorf (9. 11. 1973), Jutta Kistner, Diemelstadt (6. 11. 1973), Burkhard Nasemann, Borken (8. 11. 1973), Heide Jungclas, Cölbe (12. 11. 1973), Ilse Herrmann, Hofgeismar-Hombressen (8. 11. 1973), Christina Schraub, Kleinenglis (7. 11. 1973), Annegret Wüstemann, Marburg a. d. L., Barbara Koch, Marburg a. d. L. (beide 12. 11. 1973), Annelore Schönberger, Schwalmstadt 2 (8. 11. 1973), Irmtraud Weyrich, Kassel (12. 11. 1973), Gudrun Röger, Waldkappel (6. 11. 1973), Christel Ständer, Eichenzell (13. 11. 1973), Renate Schuster, Fulda (15. 11. 1973), Elisabeth Beyer, Kassel (16. 11. 1973), Ulrike Bunse, Kassel (20. 11. 1973), Ursula Fokken, Gilsenberg (1. 11. 1973), Günther Knoth, Heringen (15. 11. 1973), Helmut Strunz, Reinhardshagen (12. 11. 1973), Johanna Tauber, Grebenstein (10. 11. 1973), Ilka Schuwicht, Bad Hersfeld (23. 11. 1973), Hannelore Hafner, Bad Hersfeld (26. 11. 1973), Erika Möller, Kassel (23. 11. 1973), Bärbel Peschel, Hess. Lichtenau (26. 11. 1973);

zur **Lehrerin an einer Sonderschule z. A. (BaP)** apl. Lehrerin an einer Sonderschule (BaW) Rosemarie Schulz, Marburg an d. Lahn (19. 11. 1973);

zu **Fachlehrern/-innen für musisch-technische Fächer z. A. (BaP)** die apl. Fachlehrer/-innen für musisch-technische Fächer (BaW) Ingrid Schlüter, Kassel (3. 10. 1973), Ruth Dokoupil, Petersberg-Steinau (3. 10. 1973), Dirk Udo Martin, Fulda (16. 10. 1973), Monika Hartmann, Neukirchen (12. 11. 1973), Walter Braun, Borken (26. 10. 1973), Heidrun Valentin, Bad Hersfeld (23. 10. 1973), Wilfried Stöcker, Homberg (7. 11. 1973), Helga Krusch, Neustadt (8. 11. 1973), Henny Ludwig, Stadt Allendorf (12. 11. 1973), Antje Folke, Emstal (9. 11. 1973), Gertrud Nordheim, Willingen (22. 11. 1973);

zum **Realschullehrer z. A. (BaP)** apl. Lehrer (BaW) Wolfgang Arnold, Petersberg (27. 11. 1973);

zu **Jugendleiterinnen im Schuldienst z. A. (BaP)** die Angestellten Dietlinde Schäfer, Fulda (1. 12. 1973), Helga Notzny von Caczynski, Marburg a. d. L. (1. 11. 1973), Marianne Sievers, Kassel (1. 12. 1973);

zur **apl. Lehrerin (BaW)** Anna Maria Skubski, Diemelstadt-Rhoden (10. 9. 1973);

zu **apl. Fachlehrern/-innen für musisch-technische Fächer (BaW)** René Thomas, Fulda (9. 10. 1973), Winfried Hack, Petersberg (10. 9. 1973), Hannelore Heck, Korbach (15. 8. 1973);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
die Lehrerin (BaP) Hella Atmanspacher, Großalmerode (20. 8. 1973), die Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer (BaP) Renate Tscherner, Kassel (9. 10. 1973), Angelika Rehberg, Kassel (5. 12. 1973), Maria-Anna Stehling, Hosenfeld (25. 10. 1973), Annegret Proksch-Marschall, Burghaun (22. 10. 1973), Dagmar Wimmel, Kassel (7. 11. 1973), Christine Ritter, Wetter (5. 11. 1973);

versetzt:

vom Saarland Lehrerin z. A. (BaP) Brigitte Röder, Arolsen (1. 10. 1973);

von Nordrhein-Westfalen Lehrerin (BaL) Christa Karp, Marburg a. d. L. (1. 10. 1973);

von Niedersachsen apl. Lehrerin (BaW) Angelika Schmidt, Nauental-Zimmersrode (23. 8. 1973); Lehrerin (BaL) Ingeborg Knüppel, Karlshafen (1. 8. 1973);

nach Nordrhein-Westfalen Lehrerin an einer Sonderschule (BaL) Sibylle Strohmeyer, Marburg a. d. Lahn (15. 11. 1973);

in den **Ruhestand** versetzt:

Lehrerin Elsa Pincus, Hofbieber, Konrektor Balthasar Mengel, Großseelheim (beide 1. 11. 1973), die Lehrerinnen Elisabeth Watzlaw, Flieden (1. 12. 1973); Alfreda Goerl, Fulda, Theresia Schwarz, Herleshausen (beide 1. 11. 1973), die Realschullehrerin Hildegard Ladner, Witzenhausen (1. 12. 1973);

entlassen:

apl. Lehrer Bruno Wöhner, Kassel, Lehrerin Maria Schweisthal, Marburg a. d. L. (beide 1. 9. 1973), Lehrerin z. A. Angela Albrecht, Kassel (15. 8. 1973); apl. Fachlehrerin für musisch-technische Fächer Jutta Demel, Hilders (1. 11. 1973); Lehrerin z. A. Helga Störck, Baunatal 1 (1. 11. 1973); Lehrerin Irene Weishaar, Ottrau (27. 9. 1973); apl. Lehrerin Johanna Förster, Alheim-Heinebach (1. 11. 1973); Konrektor Helmuth Schulze, Philippsthal (1. 10. 1973).

Kassel, 12. 12. 1973

Der Regierungspräsident

P/1 — 7 o 16'03 B

StAnz. 2/1974 S. 72

G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik

Ministerium

ernannt:

zum **Ministerialrat** Baudirektor (BaL) Horst Wagner (26. 10. 1973);

zum **Baudirektor** Oberbaurat (BaL) Dipl.-Ing. Friedrich Haas (26. 10. 1973);

zu **Vermessungsdirektoren** die Obervermessungsräte (BaL) Dr.-Ing. Eckhard Bartsch (26. 10. 1973); Dipl.-Ing. Kurt Hofmeyer (26. 10. 1973);

zu **Regierungsdirektoren** die Oberregierungsräte (BaL) Heinrich Jöckel (23. 10. 1973), Aloys Juppe (26. 10. 1973), Dipl.-Volkswirt Hans-Günter Oehlert (1. 12. 1973), Dipl.-Volkswirt Dr. Friedrich Hermann Stamm (9. 10. 1973);

zu **Regierungsdirektoren (BaL)** die Regierungsdirektoren z. A. (BaP) Dipl.-Wirtsch.-Ing. Dr. Hans-Joachim Klein (29. 11. 1973), Wolfgang Knoll (29. 11. 1973);

zum **Regierungsdirektor z. A. (BaP)** Verwaltungsangestellter Dipl.-Politologe Henrik Laschke (1. 11. 1973);
zum **Oberbaurat** Baurat (BaL) Dipl.-Ing. Helge Nicolai (26. 10. 1973);

zu **Oberregierungsräten (BaL)** die Oberregierungsräte z. A. (BaP) Günther Henrich (29. 11. 1973), Richard Wachter (29. 11. 1973);

zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Peter Hopf (26. 10. 1973);

zum **Technischen Amtsrat** Technischer Amtmann (BaL) Klaus Werner Presser (26. 10. 1973);

versetzt:

vom Statistischen Bundesamt Oberregierungsrat (BaL) Dipl.-Volkswirt Hans-Günter Oehlert (16. 7. 1973);

vom Bundesministerium der Finanzen Oberregierungsrat (BaL) Dipl.-Volkswirt Dr. Friedrich Hermann Stamm (1. 10. 1973);

in den **Ruhestand** getreten:

Ministerialrat Karl Wahl (1. 11. 1973), Regierungsdirektor Dr. Christian Bartelt als Mitglied des Hess. Landtags (1. 8. 1973);

in den **Ruhestand** versetzt:

Regierungsrätin Elfriede Reisig (1. 11. 1973) gemäß § 51 Abs. 3 HBG;

entlassen:

Oberregierungsrat Jörg Jordan (3. 7. 1973), Amtmann Siegfried Siems (31. 8. 1973) beide gem. § 39 Abs. 1 Nr. 4 HBG.
Wiesbaden, 20. 12. 1973

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**

I c 3 — 7 o 16 — 09

StAnz. 2/1974 S. 82

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zu Oberregierungsräten die Regierungsräte (BaL) Werner Engel (15. 10. 1973), Hanns Klüber (16. 10. 1973), Hans Lothar Strack (17. 10. 1973), Horst Seelmann (1. 11. 1973), Jürgen Sauer (1. 11. 1973);

zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsrat z. A. (BaP) Volker Münch, LA Groß-Gerau (19. 4. 1973);

zum **Inspektor** Obersekretär (BaL) Ulrich Göbel, LA Dillkreis (30. 10. 1973);

zum **Inspektor z. A. (BaP)** Inspektoranwärter (BaW) Peter Probian (1. 11. 1973);

zur **Sekretärin** Sekretärin z. A. (BaP) Karin Geißler, LA Hanau (11. 10. 1973);

zum **Sekretär** Sekretär z. A. (BaP) Karl-Heinz Ruf (26. 10. 1973);

zum **Oberamtsmeister** Amtsmeister (BaL) Ludwig Rühl (31. 10. 1973);

zum **Amtsmeister z. A. (BaP)** Angestellter Erwin Klemm (1. 11. 1973);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 16 Regierungsdirektor Dr. Gustav Horn (1. 10. 1973);

versetzt:

vom LA Vogelsbergkreis Amtsrat Herbert Haas zum Kreis-ausschuß Vogelsbergkreis (1. 9. 1973), von der Wehrbereichsverwaltung IV Wiesbaden Oberinspektor Konrad Röder, LA Offenbach (1. 11. 1973), von der Landesversicherungsanstalt Hessen Oberinspektor Hermann Göckel (1. 11. 1973), vom LA Untertaunuskreis Inspektor Eberhard Kalb zur Bundesanstalt für Flugsicherung Frankfurt/M. (1. 11. 1973); von der Stadt Mönchengladbach Inspektor z. A. Werner Krönert (1. 11. 1973); vom Oberkreisdirektor des Kreises Wittgenstein Hauptsekretär Rolf Blecher, LA Biedenkopf (1. 11. 1973), von der Oberpostdirektion Frankfurt/M. Obersekretär Otfried Mechsner, LA Gelnhausen (1. 11. 1973);

entlassen:

Inspektor Norbert Schuka, LA Main-Taunuskreis (31. 8. 1973) gem. § 39 Abs. 1 Nr. 4 HBG.

Darmstadt, 14. 12. 1973

Der Regierungspräsident

I 2 — 71 02/07 E

StAnz. 2/1974 S. 83

G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum **Gewerbedirektor** Obergewerberat (BaL) Hans Berbert, TUA Frankfurt/M., (26. 11. 1973);

zum **Gewerberat (BaL)** Gewerberat z. A. (BaP) Günther Meub, TUA Darmstadt (22. 10. 1973);

zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Hans Braun, TUA Darmstadt (29. 10. 1973).

Darmstadt, 14. 12. 1973

Der Regierungspräsident

I 2 — 71 02/07 E

StAnz. 2/1974 S. 83

H. im Bereich des Hessischen Sozialministers

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum **Gewerberat (BaL)** Gewerberat z. A. (BaP) Werner Schumacher, GAA Frankfurt/M. (23. 10. 1973);

zum **Techn. Amtmann**, Techn. Oberinspektor (BaL) Gerhard Röhling, GAA Frankfurt/M. (31. 10. 1973).

Darmstadt, 14. 12. 1973

Der Regierungspräsident

I 2 — 71 02/07 E

StAnz. 2/1974 S. 83

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum **Oberbaurat** Baurat (BaL) Werner Erk, Wa. Wi. Dillenburg (20. 10. 1973);

zu **Techn. Amtsräten** die Techn. Amtmänner (BaL) Hartmut Halblaub, Wa. Wi. Friedberg (24. 10. 1973); Reinhold Velten, Wa. Wi. Friedberg (24. 10. 1973);

zum **Techn. Amtmann** Techn. Oberinspektor (BaL) Wolfgang Bronz, Wa. Wi. Wiesbaden (26. 10. 1973).

Darmstadt, 14. 12. 1973

Der Regierungspräsident

I 2 — 71 02/07 E

StAnz. 2/1974 S. 83

83 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

3. Änderung des Beitragstarifs der Hessischen Beamtenkrankenkasse

Nachdem die Dienst- und Versorgungsbezüge durch das un-mittelbar für die hessischen Beamten und Versorgungsemp-fänger geltende Zweite Bundesbesoldungserhöhungsgesetz vom 5. 11. 1973 (BGBl. I S. 1569) ab 1. 1. 1973 erhöht worden sind, ändern sich gem. § 8 Abs. 2 der Satzung vom 28. 11. 1968 (StAnz. S. 1947) i. d. F. vom 7. 9. 1971 (StAnz. S. 1608) die Beitragssätze aller Mitglieder vom gleichen Zeitpunkt an entsprechend der Änderung der Bezüge.

Gemäß § 37 der Satzung genehmige ich hiermit im Benehmen mit dem Verwaltungsausschuß der Hessischen Beamtenkran-kenkasse die hierdurch notwendig werdende Änderung des Beitragstarifs. Der nachstehende Beitragstarif tritt ab 1. 1. 1973 in Kraft. Vom gleichen Zeitpunkt an wird der Beitrags-tarif vom 29. 1. 1973 (StAnz. S. 410) aufgehoben.

Darmstadt, 28. 12. 1973

Der Regierungspräsident

I 1 — 54 e 14/07

StAnz. 2/1974 S. 83

Anlage 1

Beitragstarif der Hessischen Beamtenkrankenkasse

Monatseinkommen d. Stamm- versicherten	Stamm- versicherte	Monatsbeitrag für		
		Mitversicherte		
		Ehegatten u. sonstige Ange- hörige	Kinder	
bis 20 J.	über 20 J.			
DM	DM	DM	DM	DM
bis 150,—	12,—	15,—		
bis 300,—	18,—	15,—		
bis 500,—	22,—	18,—		
bis 700,—	29,—	21,—		
bis 900,—	35,—	24,—		
bis 1100,—	39,—	28,—		
bis 1300,—	46,—	30,—	7,—	12,—
bis 1500,—	50,—	32,—	je Kind	je Kind
bis 1700,—	54,—	34,—		
bis 1900,—	58,—	36,—		
bis 2100,—	64,—	38,—		
bis 2300,—	68,—	40,—		
bis 2500,—	73,—	45,—		
über 2500,—	78,—	47,—		

1. Die Beiträge sind zu berechnen:

- a) bei den Gehaltsempfängern oder Empfängern von Versorgungsbezügen nach den monatlichen Bruttobezügen;
- b) bei Mitgliedern, die ausschließlich eine Rente von einer Versicherungsanstalt oder dergleichen beziehen, nach der monatlichen Bruttorente;
- c) sonstige Nebeneinnahmen werden nicht zur Beitragsbemessung herangezogen;
- d) bei den übrigen Mitgliedern nach den monatlichen Einkünften;
- e) die Beiträge für Kinder über 20 Jahre sind nach Ablauf des Monats, in dem das 20. Lebensjahr vollendet wurde, zu entrichten;
- f) verheiratete weibliche Stamm-Mitglieder ohne eigenes Einkommen sind mit der Hälfte des monatlichen Bruttoeinkommens des Ehemannes zur Beitragsbemessung heranzuziehen. Wird das Einkommen des Ehemannes der Kasse nicht nachgewiesen, so ist der Höchstbeitrag für Stammversicherte zu entrichten;
- g) die Sonderzuwendung ist nach Abzug eines Freibetrages von 100,— DM mit je $\frac{1}{12}$ den monatlichen Bruttobezügen zuzuschlagen und zur Beitragsberechnung heranzuziehen.

2. Wird die von der Kasse geforderte Einkommenserklärung oder ein Einkommensnachweis nicht vorgelegt, so ist von der Kasse der Höchstbeitrag für Stamm- und Mitversicherte festzusetzen und einzuziehen.

3. Übergangsregelung bei Sterbefällen:

Bei Sterbefällen nach dem 1. 12. 1973 sind die Beitragskonten der Mitglieder nach dem vorstehenden Tarif abzuschließen. Für die Zeit vom 1. 1. 1973 bis 30. 11. 1973 verbleibt es bei der bisherigen Regelung.

84 KASSEL**Standesamtsbezirksveränderungen im Bezirk Kassel**

Auf Grund des Gesetzes zur Neugliederung der Landkreise Eschwege und Witzenhausen vom 28. 9. 1973 (GVBl. I S. 353), künftig **Werra-Meißner-Kreis**, werden:

1. gem. § 52 (1) des Personenstandsgesetzes mit dem 1. Januar 1974 folgende Standesamtsbezirksveränderungen kraft Gesetzes wirksam:

die Auflösung des Standesamtseinzelsbezirks **Ziegenhagen** und die Eingliederung in den Standesamtsbezirk **Witzenhausen** (Einzelbezirk).

Das Standesamt Witzenhausen übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des aufgelösten Bezirks Ziegenhagen.

2. gem. § 52 (2) des Personenstandsgesetzes mit Wirkung vom 1. Januar 1974 hiermit folgende Standesamtsbezirksveränderungen verfügt:

a) die Ausgliederung der seitherigen Gemeinde **Wolfterode** aus dem gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk **Berkatal** und die Eingliederung in den Standesamtsbezirk **Meißner** (Einzelbezirk).

Das Standesamt Meißner übernimmt die auf den Ortsteil **Wolfterode** entfallenden Familienbücher vom Standesamt **Berkatal**.

b) die Auflösung des gemeinschaftlichen Standesamtsbezirks **Walburg** und die Eingliederung der seither zu diesem Bezirk gehörigen Gemeinden **Walburg**, **Velmeden**, **Hausen** und **Küchen** in den Standesamtsbezirk **Hess. Lichtenau** (Einzelbezirk) sowie die Eingliederung der Gemeinde **Rommerode** (seither Standesamtsbezirk **Walburg**) in den Standesamtsbezirk **Großalmerode** (Einzelbezirk).

Das Standesamt **Hess. Lichtenau** übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts **Walburg** und liefert die auf **Rommerode** entfallenden Familienbücher an das Standesamt **Großalmerode** ab.

c) die Auflösung des gemeinschaftlichen Standesamtsbezirks **Laudenbach** (mit **Laudenbach**, **Uengsterode** und **Trubenhäusern**) und die Eingliederung in den Standesamtsbezirk **Großalmerode** (Einzelbezirk).

Das Standesamt **Großalmerode** übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des aufgelösten Bezirks **Laudenbach**.

d) die Auflösung der gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk **Gertenbach** (mit **Gertenbach**, **Berlepsch-Ellero** und **Albshausen**),

Kleinalmerode (mit **Kleinalmerode**, **Ellingerode** und **Roßbach**) sowie

Ermschwerd (mit **Ermschwerd**, **Blickershäusern** und **Hubenrode**) und die Eingliederung in den Standesamtsbezirk **Witzenhausen** (Einzelbezirk).

Das Standesamt **Witzenhausen** hat alle Personenstandsbücher und Akten der aufgelösten 3 Standesamtsbezirke zu übernehmen.

Kassel, 22. 11. 1973

Der Regierungspräsident
I/1 a — 25 h 04/01

St.Anz. 2/1974 S. 84

85

Standesamtsbezirksveränderungen im Bezirk Kassel

Auf Grund des Gesetzes zur Neugliederung der Landkreise **Frankenberg** und **Waldeck** vom 28. 9. 1973 (GVBl. I S. 359), künftig **Kreis Waldeck-Frankenberg**, werden:

1. gem. § 52 (1) des Personenstandsgesetzes mit dem 1. Januar 1974 folgende Standesamtsbezirksveränderungen kraft Gesetzes wirksam:

a) die Auflösung der beiden Standesamtseinzelsbezirke **Upland** und **Willingen** und Zusammenschluß zum Standesamtseinzelsbezirk **Willingen (Upland)**.

Das Standesamt **Willingen (Upland)** hat sämtliche Personenstandsbücher und Akten der beiden Bezirke zu übernehmen.

b) die Auflösung des Standesamtseinzelsbezirks **Kleinern** und die Eingliederung in den Standesamtseinzelsbezirk **Edertal**.

Das Standesamt **Edertal** hat sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts **Kleinern** zu übernehmen.

c) die Auflösung des Standesamtseinzelsbezirks **Mengeringhausen** und die Eingliederung in den Standesamtsbezirk **Arolsen** (Einzelbezirk).

Das Standesamt **Arolsen** hat sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts **Mengeringhausen** zu übernehmen.

2. gem. § 52 (2) des Personenstandsgesetzes mit Wirkung vom 1. Januar 1974 folgende Standesamtsbezirksveränderungen verfügt:

a) die Auflösung des gemeinschaftlichen Standesamtsbezirks **Landau** (mit **Landau** und **Volkhardinghausen**) und die Eingliederung in den Standesamtsbezirk **Arolsen** (Einzelbezirk).

Das Standesamt **Arolsen** hat sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts **Landau** zu übernehmen.

b) die Auflösung des gemeinschaftlichen Standesamtsbezirks **Freienhagen** (mit **Freienhagen** und **Dehringhausen**) und die Eingliederung in den Standesamtsbezirk **Waldeck** (Einzelbezirk).

Das Standesamt **Waldeck** übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts **Freienhagen**.

- c) die Auflösung des gemeinschaftlichen Standesamtsbezirks **Ittertäl** (mit Ittertäl, Hessenstein, Obernburg und Marienhagen) und Zusammenschluß mit dem Standesamtsbezirk **Vöhl** zum Standesamtseinzelbezirk **Vöhl**. Das Standesamt **Vöhl** übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts **Ittertäl**.
- d) die Herauslösung der seitherigen Gemeinde **Dainrode** aus dem Standesamtsbezirk **Frankenberg/Eder** und die Eingliederung in den Standesamtsbezirk **Frankenau** (Einzelbezirk).
Das Standesamt **Frankenau** übernimmt vom Standesamt **Frankenberg** die auf den Stadtteil **Dainrode** entfallenden Familienbücher.
- e) die Herauslösung der seitherigen Gemeinde **Ellnrode** aus dem Standesamtsbezirk **Haina/Kloster**, Kreis **Frankenberg**, und der seitherigen Gemeinde **Schiffelbach** aus dem Standesamtsbezirk **Wohratal**, Krs. **Marburg/L.**, und deren Eingliederung in den Standesamtsbezirk **Gemünden/Wohra**.
Das Standesamt **Gemünden/Wohra** hat die auf die Ortsteile **Ellnrode** und **Schiffelbach** entfallenden Familienbücher der seitherigen Standesämter **Haina/Kloster** bzw. **Wohratal** zu übernehmen.
- f) die Herauslösung der seitherigen Gemeinde **Bottendorf** aus dem Standesamtsbezirk **Frankenberg/Eder** und die Eingliederung in den Standesamtsbezirk **Burgwald**.
Das Standesamt **Burgwald** übernimmt die auf den Ortsteil **Bottendorf** entfallenden Familienbücher vom Standesamt **Frankenberg/Eder**.
- g) die Herauslösung der bisherigen Gemeinden **Reddighausen** und **Eifa** aus dem Standesamtsbezirk **Battenberg/Eder** und die Eingliederung in den Standesamtsbezirk **Hatzfeld**.
Das Standesamt **Hatzfeld** hat die auf die Stadtteile **Reddighausen** und **Eifa** entfallenden Familienbücher vom Standesamt **Battenberg/Eder** zu übernehmen.
- e) die Auflösung des Standesamtseinzelbezirks **Momberg**, Kreis **Marburg/L.**, und Eingliederung in den Standesamtseinzelbezirk **Neustadt**, Krs. **Marburg/L.**
Das Standesamt **Neustadt** übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts **Momberg**.
- f) der seither gemeinschaftliche Standesamtsbezirk **Altmorschen** (mit **Altmorschen**, **Heina**, **Konnefeld** und **Neumorschen**) wird Standesamtseinzelbezirk mit der Bezeichnung „**Morschen**“.

2. gem. § 52 (2) des Personenstandsgesetzes mit Wirkung vom **1. Januar 1974** folgende Standesamtsbezirksveränderungen verfügt:

- a) die Herauslösung der seitherigen Gemeinden **Steina** und **Wasenberg** aus dem gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk **Schwalmsstadt** sowie die Auflösung des gemeinschaftlichen Standesamtsbezirks **Antrefftal** (mit **Antrefftal**, **Leimbach**, **Loshausen** und **Ransbach**) und Zusammenschluß zum neuen Standesamtseinzelbezirk **Willingshausen**.
Das Standesamt **Willingshausen** übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts **Antrefftal** und die auf die Ortsteile **Steina** und **Wasenberg** entfallenden Familienbücher des Standesamts **Schwalmsstadt**.
- b) die Auflösung des gemeinschaftlichen Standesamtsbezirks **Röllshausen** (mit **Röllshausen** und **Salmshausen**) und die Eingliederung in den Standesamtseinzelbezirk **Schrecksbach**.
Das Standesamt **Schrecksbach** übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts **Röllshausen**.
- c) die Auflösung des gemeinschaftlichen Standesamtsbezirks **Grenzebach** (mit **Grenzebach** und **Seigertshausen**), die Eingliederung von **Grenzebach** in den Standesamtseinzelbezirk **Frielendorf** und die Eingliederung von **Seigertshausen** in den Standesamtseinzelbezirk **Neukirchen**.

Das Standesamt **Frielendorf** übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts **Grenzebach** und führt die auf den Stadtteil **Seigertshausen** entfallenden Familienbücher des seitherigen Standesamts **Grenzebach** an das Standesamt **Neukirchen** ab.

- d) die Auflösung des gemeinschaftlichen Standesamtsbezirks **Verna** (mit **Verna** und **Allendorf**), die Herauslösung der seitherigen Gemeinde **Leuderode** aus dem gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk **Homburg**, Bez. **Kassel**, und die Eingliederung der 3. Ortsteile in den Standesamtseinzelbezirk **Frielendorf**.

Das Standesamt **Frielendorf** übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts **Verna** und vom Standesamt **Homburg** die auf den Ortsteil **Leuderode** entfallenden Familienbücher.

- e) die Auflösung des gemeinschaftlichen Standesamtsbezirks **Kleinenglis** (mit **Kleinenglis** und **Großenglis**) und die Eingliederung in den Standesamtseinzelbezirk **Borken**.

Das Standesamt **Borken** übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamtes **Kleinenglis**.

- f) die Auflösung des gemeinschaftlichen Standesamtsbezirks **Niederbeisheim** (mit **Niederbeisheim** und **Bernshausen**) und die Eingliederung in den Standesamtseinzelbezirk **Knüllwald**.

Das Standesamt **Knüllwald** übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts **Niederbeisheim**.

- g) die Auflösung des gemeinschaftlichen Standesamtsbezirks **Sipperhausen** (mit **Sipperhausen** und **Mosheim**) und die Eingliederung in den Standesamtseinzelbezirk **Malsfeld**.

Das Standesamt **Malsfeld** hat sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts **Sipperhausen** zu übernehmen.

Kassel, 22. 11. 1973

Der Regierungspräsident

I/1 a — 25 h 04/01

StAnz. 2/1974 S. 84

86

Standesamtsbezirksveränderungen im Bezirk Kassel

Auf Grund des Gesetzes zur Neugliederung der Landkreise **Fritzlar-Homburg**, **Melsungen** und **Ziegenhain** vom 28. 9. 1973 (GVBl. I S. 356), künftig **Schwalm-Eder-Kreis**, werden:

1. gem. § 52 (1) des Personenstandsgesetzes mit dem **1. Januar 1974** folgende Standesamtsbezirksveränderungen kraft Gesetzes wirksam:

- a) die Auflösung des Standesamtseinzelbezirks **Züsch**, seither Landkreis **Waldeck**, und die Eingliederung in den Standesamtseinzelbezirk **Fritzlar**.

Das Standesamt **Fritzlar** übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts **Züsch**.

- b) die Auflösung des Standesamtseinzelbezirks **Besse** und die Eingliederung in den Standesamtseinzelbezirk **Edermünde**.

Das Standesamt **Edermünde** übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts **Besse**.

- c) die Auflösung des Standesamtseinzelbezirks **Rengshausen** und die Eingliederung in den Standesamtseinzelbezirk **Knüllwald**.

Das Standesamt **Knüllwald** übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts **Rengshausen**.

- d) die Auflösung des Standesamtseinzelbezirks **Brunslar** und die Eingliederung in den Standesamtseinzelbezirk **Felsberg**.

Das Standesamt **Felsberg** übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts **Brunslar**.

- h) die Auflösung der gemeinschaftlichen Standesamtsbezirke **Harle** (mit Harle, Helmshausen und Rhünda), **Gensungen** (mit Gensungen und Hilgershausen) und der Zusammenschluß der seitherigen Gemeinden Felsberg, Gensungen, Hilgershausen, Helmshausen und Rhünda zum Standesamtseitzbezirk **Felsberg** sowie die Eingliederung der seitherigen Standesamtsgemeinde Harle in den Standesamtseitzbezirk **Wabern**.

Das Standesamt Felsberg übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts Gensungen.

Das Standesamt Wabern übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts Harle und führt die auf die künftigen Stadtteile von Felsberg, Helmshausen und Rhünda entfallenden Familienbücher des seitherigen Standesamts Harle an das Standesamt Felsberg ab.

- i) die Herauslösung der seitherigen Gemeinde **Mengsberg** aus dem gemeinschaftlichen Standesamtsbezirk Schwalmstadt und die Eingliederung in den Standesamtseitzbezirk **Neustadt**, Kreis Marburg/L.

Das Standesamt Neustadt übernimmt die auf die seitherige Gemeinde Mengsberg entfallenden Familienbücher des Standesamts Schwalmstadt.

- j) die Auflösung des gemeinschaftlichen Standesamtsbezirks **Speckswinkel** (mit Speckswinkel und Erksdorf), Krs. Marburg/L., und die Eingliederung der seitherigen Gemeinde Speckswinkel in den Standesamtseitzbezirk **Neustadt**, Krs. Marburg/L., und die Eingliederung des **Stadtteils Erksdorf** in den Standesamtseitzbezirks **Stadt Allendorf**, Krs. Marburg/L.

Das Standesamt Neustadt übernimmt sämtliche Personenstandsbücher und Akten des Standesamts Speckswinkel und führt die auf die frühere Gemeinde Erksdorf entfallenden Familienbücher an das Standesamt Stadt Allendorf ab.

- k) die Herauslösung der seitherigen Gemeinde **Römersberg**, Krs. Fritzlar-Homberg, aus dem Standesamtseitzbezirk **Borken** und die Eingliederung in den Standesamtseitzbezirk **Neuental**.

Das Standesamt Neuental hat die auf die seitherige Gemeinde Römersberg entfallenden Familienbücher vom Standesamt Borken zu übernehmen.

Kassel, 22. 11. 1973

Der Regierungspräsident

I/1 a — 25 h 04/01

StAnz. 2/1974 S. 85

Buchbesprechungen

AVG Angestelltenversicherungsgesetz, Rentenversicherung der Angestellten, 55. Ergänzungslieferung, Gesetztext und Kommentar, Stand: 1. Oktober 1973, Anhang: Stand 1. Januar 1973 von Dr. F. E t m e r, Vizepräsidenten des Hessischen Landessozialgerichts a. D., Preis der Neuerscheinung 41,— DM, Preis des Werkes einschließlich dieser Ergänzung: 82,— DM, Verlag R. S. Schulz, 8136 Percha am Starnberger See, Berger Straße 8—10, und Kempfenhausen am Starnberger See.

Nach einer Dreivierteljahrespause war die 55. Lieferung notwendig geworden. Im Rahmen der Bestimmungen über die Versicherungspflicht wurden die geänderten Vorschriften hinsichtlich des Kreises der versicherten Personen eingefügt. Bezüglich der Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit sind die entsprechenden Normen über Leistungen aus der Versicherung abgedruckt. Nachfolgend beinhaltet die Ergänzungslieferung den Abdruck der Vorschriften über die Renten. Es schließen sich die Regelungen über die Entrichtung der Beiträge durch Arbeitgeber, die Gemeinsamen Vorschriften für die Beitragsentrichtung durch Arbeitgeber und Versicherte, die Strafvorschriften, Übergangsvorschriften und den Kreis der versicherten Personen an. Den Abschluß bilden die Bestimmungen über die Regelleistungen. Besonders erwähnenswert ist wiederum die regelmäßige Gegenüberstellung zu den übrigen Rentenversicherungszweigen, ein reichhaltiger Hinweis auf das neuere Schrifttum, die Zitierung der Rechtsprechung, die zahlreichen Erläuterungen, mehrfache Inhaltsangaben zu besonders wesentlichen Vorschriften unter Beachtung des Rentenreformgesetzes und des Vierten Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes, bisweilen auch eine geschichtliche Entwicklung, das Übergangsrecht und die divergierenden Daten des jeweiligen Inkrafttretens. Der Bezirker der Loseblattsammlung ist wieder in Kenntnis über den neuesten Stand gesetzt.
Regierungsdirektor K u n z

Sammlung fleischbeschau-rechtlicher Vorschriften. Von E. R a s c h k e, Loseblattsammlung, 10. Ergänzungslieferung, 29,— DM, Gesamtwerk 35,— DM, Verlag R. S. Schulz, München 15.

Die 10. Ergänzungslieferung bringt die einschlägigen fleischbeschau-rechtlichen Vorschriften auf den Stand vom September 1973.

Sie berücksichtigt neben der Änderung des Fleischbeschau-gesetzes vom Juli d. J. und der Neufassung der Tarifverträge über die Regelung der Rechtsverhältnisse des Fleischbeschau-personals in sowie außerhalb von öffentlichen Schlachthöfen zahlreiche Vorschriften, die für den Handelsverkehr mit frischem Fleisch von Bedeutung sind. Hier sind zu nennen die Drittland-Richtlinie Frisches Fleisch, die Bekanntmachung über die Einfuhr von Teilstücken und von inneren Organen nach § 12 f Abs. 2 des Fleischbeschau-gesetzes sowie Einzelvorschriften für die Ausfuhr von Fleisch nach dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, nach Hongkong, Italien, Kanada, den Niederlanden, Schweden und den Vereinigten Staaten von Amerika.
Ministerialrätin Dr. F r a n i a

Bundessozialhilfegesetz (BSHG), Kommentar von Dr. F. L u b e r, Landessozialgerichtsrat a. D., 49. Ergänzungslieferung, 39,— DM, Preis des Gesamtwerkes 68,50 DM, Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, und Kempfenhausen am Starnberger See.

Die vorliegende 49. Ergänzungslieferung berücksichtigt die inzwischen eingetretenen Änderungen (einschließlich Neufassungen) der in einem Teil des Anhangs B (Sonstige einschlägige Vorschriften) abgedruckten Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften sowie den Erlaß neuer einschlägiger Rechtsvorschriften bei der Unfallversicherung (Abdruck der Verordnung über die orthopädische Versorgung Unfallverletzter vom 18. 7. 1973),

der Rentenversicherung (Änderung der Rentengesetze [4. Buch der Reichsversicherungsordnung, Angestelltenversicherungsgesetz und 5. Abschn. des Reichsknappschaftsgesetzes] durch das Rentenreform-gesetz vom 16. 10. 1972 [abgewandelt durch das Vierte Rentenversicherung-Änderungsgesetz vom 30. 3. 1973]; auszugsweiser Abdruck des 15. Rentenanpassungsgesetzes vom 16. 10. 1972 sowie des 16. Rentenanpassungsgesetzes vom 8. 6. 1973),

der Arbeitsförderung (Berücksichtigung der Verordnung zur Änderung der Leistungstabellen des Arbeitsförderungsgesetzes [Anpassungsverordnung 1973] vom 5. 12. 1972 und Erhöhung der Fahrkosten-Pauschsätze bei den Anordnungen zur Förderung der Ausbildung, Fortbildung und Umschulung sowie der Rehabilitation),

des Gesundheitswesens (Abdruck der Satzung der Stiftung „Hilfswerk für behinderte Kinder“ vom 12. 12. 1972 sowie der Richtlinien für die institutionelle Förderung durch die Stiftung „Hilfswerk für behinderte Kinder“ vom 19. 6. 1973),

des Kraftfahrzeugsteuerrechts (Abdruck der Bestimmungen über die Vergünstigung für Körperbehinderte in der Neufassung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom 1. 12. 1972),

des öffentlichen Dienstes (Neufassung der Beihilfsvorschriften vom 30. 8. 1972).

Eine Fortführung der Kommentierung sowie eine Ergänzung des landesrechtlichen Teils des Werkes (Anhang A. II.) erfolgt mit der nächsten Ergänzungslieferung

Das Werk befindet sich nunmehr auf dem Stand vom 1. Januar 1973.
Landrat Dr. J o s t

Steuerreform, zusammengestellt von Prof. Dr. W. K r u s e, Aktuelle Dokumente, 1973, 16,80 DM, Verlag Walter de Gruyter, Berlin — New York.

Die Reihe Dokumentationen zu aktuellen Problemen in Recht, Politik und Wirtschaft ist jetzt erweitert worden durch „Texte zur Steuerreform“. Der Bochumer Ordinarius Prof. Dr. Kruse hat aus der Fülle des Materials die grundsätzlichen Probleme einer umfassenden Steuerreform anhand der großen und wissenschaftlich fundierten Berichte und Gutachten zu belegen versucht und hinsichtlich der Detailfragen die sonst weniger zugänglichen Standpunkte der Parteien, Verbände und anderer Interessenvertretungen dargestellt. So finden wir zum Beispiel neben dem Bericht (auszugsweise) des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums der Finanzen (1953) und den Vorschlägen der sog. Eberhard-Kommission (1971) u. a. auch den Gesetzentwurf des Hessischen Finanzministeriums zur Änderung des Erbschaftsteuergesetzes und anderer Vorschriften (1970), der in weiten Teilen den Bundesentwurf maßgeblich beeinflußt hat. In einem kritischen Nachwort beurteilt Kruse die Chancen für eine im wahrsten Sinne des Wortes umfassende Steuerreform skeptisch, weil — so Kruse — ein großes, wenn nicht gar unüberwindliches Hindernis die Unklarheit über die anzustrebenden Zielvorstellungen ist. Der Auftrag an die Steuerreformer verlange im Grunde nicht weniger als die Quadratur des Kreises. Daß dies keine akademische Leerformel ist, beweisen die Diskussionen im parlamentarischen und vorparlamentarischen Raum in diesen Wochen und Monaten zur Genüge. Da Steuerreform keine Beschäftigung mit mehr oder weniger abstrakten Rechtsnormen darstellt, sondern handfeste, den einzelnen jeweils unmittelbar berührende Gesellschaftspolitik, ist diese Dokumentation nicht nur für Fachleute, sondern auch für interessierte Laien eine jederzeit empfehlenswerte Lektüre.
Regierungsdirektor K u n z

Landesplanung und Raumordnung, 85. bis einschließlich 111. Ergänzungslieferung, Sammlung der Rechtsvorschriften von Bund, Ländern und Gemeinden als Träger der Planungshoheit. Herausgegeben von Dr. Wolfgang Ulrich und Leitendem Landesbaudirektor Heinz Langeter, Loseblatt-Ausgabe z. Z. ca. 7000 S. in 6 Kunstleder-Sammelordnern, 84,— DM. Hermann-Luchterhand-Verlag, Neuwied.

Das Loseblattwerk (s. StAnz. 1971 S. 705, 1972 S. 1119) verteilt sich nunmehr auf 6 Ordner, und die Bemerkungen zur Fülle des unterzubringenden Materials in StAnz. 1972 S. 1119 gelten auch jetzt wieder. Seit der letzten Besprechung sind 27 Ergänzungslieferungen erschienen.

Besonders hervorzuheben sind aus dem Bundesbereich (Gruppe 1) der Raumordnungsbericht 1972 der Bundesregierung (88. bis 101. Erg.-Lieferung), das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (88./89. Erg.-Lieferung), das Abfallbeseitigungsgesetz (90./91. Erg.-Lfg.), die Entschließung der Ministerkonferenz für Raumordnung „Raumordnung und Umweltschutz“ vom 15. Juni 1972, das „Zielsystem in der Bundesrepublik Deutschland“ des Beirats für Raumordnung vom 14. September 1972 (96./97. Erg.-Lfg.), Empfehlungen des Deutschen Rates für Stadtentwicklung vom 29. Juni 1973 (110./111. Erg.-Lfg.).

Aus dem Teil Hessen (Gruppe 7) ist hinzuweisen auf den Textteil des sachlichen und räumlichen Teilplans I des Regionalen Raumordnungsplanes der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain sowie das neugefaßte Verzeichnis der Träger öffentlicher Belange gem. § 2 Abs. 5 BBauG nach dem Stand vom 1. März 1973 (100./101. Erg.-Lfg.).

Aus den anderen Bundesländern sind von allgemeinem Interesse:

Baden-Württemberg (Gruppe 2) der Landesentwicklungsplan vom 22. Juni 1971 (85. bis 89. Erg.-Lfg.), Gebietsentwicklungsplan für den mittleren Neckarraum (92./93. Erg.-Lfg.), Neufassung des Landesplanungsgesetzes (94./95. Erg.-Lfg.);

Bayern (Gruppe 3) der Raumordnungsbericht 1971 (94. bis 101. Erg.-Lfg.), die Einteilung des Staatsgebietes in Regionen (106./107. Erg.-Lfg.), das Naturschutzgesetz (110./111. Erg.-Lfg.);

Niedersachsen (Gruppe 8) Raumordnungsbericht 1972 (92./93. Erg.-Lfg.), Landeswaldgesetz (110./111. Erg.-Lfg.);

Nordrhein-Westfalen (Gruppe 9) Abfallbeseitigung (90./91. Erg.-Lfg.), das neugefaßte Landesplanungsgesetz, Regionale Wirtschaftsförderung (102./103. Erg.-Lfg.), Landesentwicklungsplan II — Entwicklungsschwerpunkte und Entwicklungsachsen — (106./107. Erg.-Lfg.), Abtragungsgesetz (108. Erg.-Lfg.), Raumordnungsbericht 1971 (109. Erg.-Lfg.);

Rheinland-Pfalz (Gruppe 10) Raumordnungsbericht 1971 (90./91., 94./95., 102./103. Erg.-Lfg.);

Schleswig-Holstein (Gruppe 12) Aufstellung von Kreisentwicklungsplänen (100./101. Erg.-Lfg.), Raumordnungsbericht 1971 (102. bis 108. Erg.-Lfg.), Generalschulbauplan, Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale (108. Erg.-Lfg.).

Die Ausführungsvorschriften aller Länder zum Städtebauförderungsgesetz sind vervollständigt worden. In der letzten Besprechung (StAnz. 1972 S. 1119) war auf die Notwendigkeit der Ergänzung der Inhaltsübersichten hingewiesen worden; das ist dankenswerter Weise geschehen (104./105, 108. Erg.-Lfg.).

Das Werk kann auch weiterhin als verlässliche Informationsquelle in Fragen der Raumordnung und Landesplanung empfohlen werden. Für den hessischen Teil (Gruppe 7) wird angeregt, alle Verbands- und Hauptsatzungen der regionalen Planungsgemeinschaften in die Sammlung aufzunehmen einschließlich derjenigen, die nicht im Staatsanzeiger veröffentlicht sind, wie das z. B. bei der Regionalen Planungsgemeinschaft Rhein-Main-Taunus der Fall ist (Veröffentlichung in den Tageszeitungen des Verbandsgebietes). Bei der Fortführung des Werkes sollte auch das „Amtliche Verzeichnis hessischer Verwaltungsvorschriften (Gültigkeitsverzeichnis)“ (letzter Stand: 1. Januar 1973) berücksichtigt werden. Ministerialrat Dr. Schirrmacher

HEINEMANN:

Der Bergschaden

auf der Grundlage des preußischen Rechts

Gesamtdarstellung und Kommentar zugleich, wird die Maßgeblichkeit dieser Veröffentlichung dadurch bestätigt, daß auf Heinemanns Ausführungen in vielen Gerichtsentscheidungen Bezug genommen wird. Herausgegeben von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, Rechtsanwalt und Notar in Essen

Buchausgabe, dritte verbesserte Auflage, Umfang: 143 Seiten, Leinen, Preis: 17,75 DM.

WAGNER:

Der Arbeitsunfall

Ein seit Jahrzehnten bewährtes Handbuch — wieder lieferbar!

In diesem Werk werden die Tatbestandsfeststellung und Beurteilung des Arbeitsunfalls nach den Bestimmungen der RVO bzw. des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes, der Rechtsprechung und dem Schrifttum behandelt, wobei besonders durch die Aufnahme bemerkenswerter sozialrechtlicher Entscheidungen im Wortlaut den Bedürfnissen der Praxis Rechnung getragen wird.

Herausgegeben von Reinhold Wagner, Verwaltungsdirektor a. D.

Loseblatt-Ausgabe: 1235 Seiten, Preis: 167,— DM.

Verlag Dr. iur. Kurt Engel
Nachfolger
62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42

Deutsches Ausländerrecht. Kommentar zum Ausländergesetz und zu den wichtigsten ausländerrechtlichen Vorschriften von Arno Klossel, Ministerialrat a. D., und Rudolf Christ, Oberamtsrat im Innenministerium Baden-Württemberg, Stuttgart; Loseblattsammlung in Plastik-Ordner, DIN A 5; 7. und 8. Ergänzungslieferung; Blattpreis 0,29 DM, Gesamtwerk 85,— DM. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.

Zu dem bei Gericht und Behörden geschätzten Werk, das sich seit seinem Erscheinen im Jahre 1965 steigender Anerkennung erfreut, sind nunmehr die 7. und 8. Ergänzungslieferung erschienen. Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes vom 10. 5. 1972 (GMBl. S. 331) hat ausländische Ehepartner von Deutschen bei der Erlangung und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis sowie bei der Entscheidung über eine etwaige Ausweisung in eine vorteilhaftere Position versetzt. Die 7. Ergänzungslieferung berücksichtigt diese Änderung bei der Erläuterung der einschlägigen Vorschriften des Ausländergesetzes (insbesondere § 2 AuslG) ebenso wie die Änderung der Durchführungsvorschrift zum Ausländergesetz vom 26. 6. 1972 (BGBl. I S. 988) hinsichtlich des § 4 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. a und Abs. 3 Satz 2 sowie der Anlage (Positivliste). Teilweise neu kommentiert wurden die §§ 2 bis 4, 7, 10 bis 14, 17, 19 bis 21, 23, 28 bis 46, 49 AuslG. Neu aufgenommen wurden die Dienstausweisung zur Arbeitslaubensverordnung und das Übernahmeabkommen mit Österreich im vollen Wortlaut.

Die Verarbeitung der neuesten ausländerrechtlichen Rechtsprechung hat die Verfasser in der 8. Ergänzungslieferung zu ausführlicher Bearbeitung der Kommentierung und zu eingehender Behandlung aufgetretener Zweifelsfragen veranlaßt. Betroffen sind insbesondere die §§ 2, 7, 8, 10, 21, 24 AuslG. Die 8. Ergänzungslieferung berücksichtigt ferner die Änderungen des § 24 AuslG des Arbeitsförderungsgesetzes und der Arbeitslaubensverordnung. Es enthält ferner das Verzeichnis der Ausländerbehörden nach dem letzten Stand, sowie als Ergänzung des EWG-Rechts die Richtlinien — 72/194 / EWG vom 18. 5. 1972 (ABl. EG Nr. L 121 S. 32), die insbesondere für die Regelung des Verbleibrechts von Bedeutung ist. Schließlich haben die Verfasser dem Werk einen neuen Abschnitt (B 10) angefügt, in dem die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden multilateralen und bilateralen Fürsorgeabkommen wiedergegeben werden. Diese Abkommen sind insbesondere bei der Anwendung des § 10 Abs. 1 Nr. 10 AuslG von Bedeutung.

Regierungsdirektor Meixner

Grundgesetz und Eherecht. Heft 410/411 der Schriftenreihe „Recht und Staat“. Von Prof. Thilo Ramm, Gießen 1972. 50 Seiten, 7,40 DM. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

In der kleinen, aber inhaltsreichen Schrift untersucht Ramm die Frage, ob und inwieweit das Grundgesetz der gesetzgeberischen Gestaltung im Bereich des Eherechts Grenzen setzt. Außerer Anlaß waren die von der Bundesregierung 1971/72 vorgelegten Entwürfe eines 1. und eines 2. Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts (EheRG), die inzwischen zusammengefaßt als „1. EheRG“ erneut eingebracht wurden. Die Überlegungen sind jedoch unverändert aktuell. Für Ramm ist die Einwirkung der Grundrechte auf das Eherecht Kernpunkt der Fragestellung. Eingehend behandelt er das Verhältnis der Absätze 2 und 3 des Art. 3 GG, wenn er hierbei die Bedeutung des Art. 3 II allein darin sieht, rechtliche Benachteiligungen der Frau aufzuheben, so wird man ihm nicht voll zustimmen können. Das von ihm aus dem Bereich des Staatsangehörigkeitsrechts gewählte Beispiel (S. 10) kann diese Auffassung nicht stützen: Nach ganz überwiegender Meinung ist am 1. 4. 1953 auf Grund von Art. 3 II 1 GG nicht nur § 17 Ziff. 6 RuStAG, der den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit einer Frau bei Eheschließung mit einem Ausländer vorsah, außer Kraft getreten, sondern ebenso § 6 RuStAG a. F., der den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch eine Ausländerin bei Eheschließung mit einem Deutschen vorsah.

An anderer Stelle (S. 19 ff.) legt Ramm dar, daß das Grundgesetz in Art. 6 nichts über den Inhalt der Ehe aussagt. Ob man daraus den Schluß ziehen kann, das GG habe „somit die traditionellen Inhalte der Ehe nicht übernommen“ (S. 20), mag zweifelhaft erscheinen.

Nach Ramm ist das GG „zu einer freiheitlichen-Individualistischen Eheauffassung vorgestoßen“. Von diesem Ausgangspunkt aus untersucht er Fragen der Eheschließung, der Eheführung und der Eheauflösung, und zwar sowohl im geltenden Recht wie nach den vorliegenden Reformvorschlügen. Er gelangt schließlich zu dem Ergebnis, daß „die in den Grundrechten getroffenen Verfassungsentscheidungen über die Ehe eindeutig bestimmt werden“ können (S. 48).

Auch wenn man nicht allen Thesen Ramm zustimmt, so stellt die Schrift doch fraglos einen wichtigen und interessanten Diskussionsbeitrag dar. Ministerialrat Dr. Werner Hoffmann

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1974

MONTAG, 14. JANUAR 1974

Nr. 2

Veröffentlichungen

67

Widmung der im Zuge der Kreisstraße 37 neugebauten Strecke in der Ortslage des Ortsteils Weidenhausen der Gemeinde Meißner, Landkreis Eschwege, Regierungsbezirk Kassel

Die im Zuge der Kreisstraße 37 in der Ortslage des Ortsteils Weidenhausen der Gemeinde Meißner, Landkreis Eschwege, Regierungsbezirk Kassel, neugebaute Strecke

von km 1,019 neu (bei km 1,050 alt)
bis km 1,199 neu (bei km 0,504 alt)
= 0,180 km

wird mit Wirkung vom 1. Januar 1974 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Sie erhält damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und wird Bestandteil der Kreisstraße 37.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch erhoben werden, über den der Kreisausschuß des Landkreises Eschwege entscheidet. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der genannten Behörde einzulegen. Es ist tunlich, den Widerspruch zu begründen.

344 Eschwege, 19. 12. 1973

Landkreis Eschwege
Der Kreisausschuß

Güterrechtsregister

68

5 GR 1432 — 23. 11. 1973: Diplomkaufmann Dr. Thomas Schmitt und Ehefrau Gerda Schmitt geb. Rix, beide in Fulda-Lehnerz.

Durch notariellen Vertrag vom 28. April 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

6400 Fulda, 27. 12. 1973

Amtsgericht, Abt. 5

69

5 GR 1433 — 10. 12. 1973: Landwirt und Maurer Othmar Spahn und Elvira Spahn, geborene von Keitz, beide in Hosenfeld.

Durch notariellen Vertrag vom 11. Januar 1973 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Der Ehemann verwaltet das Gesamtgut.

6400 Fulda, 27. 12. 1973

Amtsgericht, Abt. 5

70

GR 549: Eheleute kfm. Angestellter Winfried Schön und Laurentia geb. Göller, beide in Hünfeld, Stadtteil Mackenzell, Milseburgweg 3.

Durch Vertrag vom 12. November 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

6418 Hünfeld, 2. 1. 1974

Amtsgericht

71

GR 548: Eheleute Lagerarbeiter Otto Manfred Schönfeld und Edith geb. Prasse, beide in Nüsttal, Ortsteil Gotthards, Haus Nr. 56.

Durch Vertrag vom 14. November 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

6418 Hünfeld, 2. 1. 1974

Amtsgericht

72

1 GR 333 A — Neueintragung: Die Eheleute Arbeiter Helmut Lehmann, 354 Korbach, Weizackerstraße 9, und Rosemarie geb. Schubert, haben durch Vertrag vom 27. September 1973 Gütertrennung vereinbart.

3540 Korbach, 12. 11. 1973

Amtsgericht

73

1 GR 335 — Neueintragung: Die Eheleute Kaufmann Wolrad Waldschmidt, Waldeck-Sachsenhausen, Korbacher Str. 12, und Hildtraut geb. Jütte, haben durch Vertrag vom 28. November 1973 Gütertrennung vereinbart.

3540 Korbach, 27. 12. 1973

Amtsgericht

74

GR 209 — Neueintragung: Kaufmann Georg Wolfgang Grisse und Charlotte Grisse geborene Chevalier in Melsungen, Akazienweg 12.

Durch notariellen Vertrag vom 25. Mai 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

3508 Melsungen, 3. 1. 1974

Amtsgericht

75

GR IV Nr. 150 — Neueintragung: Helmut Scior, Landwirt und Kaufmann, Höchst-Hassenroth, und dessen Ehefrau Anneli Scior geb. Arras, daselbst.

Durch Vertrag vom 8. November 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

612 Michelstadt, 7. 1. 1974

Amtsgericht

76

GR IV Nr. 151 — Neueintragung: Helmut Stecker, Kfz.-Mechaniker-Lehrling, Mossautal-Unter-Mossau, und dessen Ehefrau Hannelore Stecker geb. Reiss, daselbst.

Durch Vertrag vom 5. Dezember 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

612 Michelstadt, 7. 1. 1974

Amtsgericht

77

GR IV Nr. 152 — Neueintragung: Hans Helmut Walz, Bauunternehmer, und dessen Ehefrau Liesel Walz geb. Körber, beide wohnhaft in Sensbachtal-Unter-Sensbach.

Durch Vertrag vom 1. Dezember 1973 ist die durch Vertrag vom 17. Dezember 1966 vereinbarte Gütergemeinschaft aufgehoben, so daß Gütertrennung eingetreten ist.

612 Michelstadt, 7. 1. 1974

Amtsgericht

78

GR 200 — Neueintragung — 14. 12. 1973: Rundfunk- und Fernsehtechnikermeister Wolfhard Kruhm und Ingrid geb. Heyde in Alheim-Baumbach, Bahnhofstraße 39.

Durch Vertrag vom 14. November 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

6442 Rotenburg a. d. F., 11. 12. 1973

Amtsgericht

79

GR 729: Eheleute Kaufmann Dieter Körner und Ruth Körner geb. Dross, Holzhausen.

Durch notariellen Vertrag vom 1. November 1973 — Urkundenrolle Nr. 692/73 des Notars Dr. Helmut Clößner, Ehrings-

hausen, Kr. Wetzlar — ist Gütertrennung vereinbart.

6330 Wetzlar, 3. 12. 1973

Amtsgericht

80

GR 730: Eheleute Dipl.-Landwirt Dr. Herbert Reuter und Doris Elisabeth Reuter geb. Reuter, Atzbach, Asternweg Nr. 10.

Durch notariellen Vertrag vom 1. November 1973 — Urkundenrolle Nr. 1362/73 des Notars Theodor Schäfer, Wetzlar — ist Gütertrennung vereinbart.

6330 Wetzlar, 3. 12. 1973

Amtsgericht

81

GR 731: Eheleute Kaufmann Volker Repp und Angelika Repp geb. Lück, wohnhaft in Niederquembach, Obere Weingartenstraße 12.

Durch notariellen Vertrag des Notars Theodor Schäfer in Wetzlar vom 1. Oktober 1973 — Urkundenrolle Nr. 1243/73 — ist Gütertrennung vereinbart.

6330 Wetzlar, 19. 12. 1973

Amtsgericht

82

GR 732: Eheleute kaufmännischer Angestellter Ingo Baeutsch und Heidrun Marianne Baeutsch geb. Niebch, 6330 Wetzlar L., Falkenstraße 16.

Durch notariellen Vertrag des Notars Dr. Friedrich Wilhelm Jung in Gießen vom 11. April 1973 — Urkundenrolle Nr. 100/73 — ist Gütertrennung vereinbart.

6330 Wetzlar, 19. 12. 1973

Amtsgericht

83

2 GR 411 — Neueintragung: Kaufm. Angestellter Lothar Voigtsberger und Vera Paula Roswitha Voigtsberger geb. Seybert, Hess. Lichtenau, Hanröder Straße 11.

Durch Vertrag vom 13. November 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

3430 Witzzenhausen, 24. 12. 1973

Amtsgericht

Nachlasssachen

84

VI 320/73: Nachlasssache Johannes Gutheil, Nassenerfurth, gestorben am 1. 4. 1973. Nachlaßverwaltung ist angeordnet. Nachlaßverwalter: Willi Gutheil, 3581 Trockenerfurth, Grüner Weg 1.

3580 Fritzlar, 20. 11. 1973

Amtsgericht

Vereinsregister

85

VR 189 — Neueintragung — 21. Dezember 1973: Im Vereinsregister wurde heute eingetragen: Altenstädter Gesellschaft für Geschichte und Kultur in Altenstadt.

6470 Büdingen, 21. 12. 1973

Amtsgericht

86

VR 273 — Neueintragung — 13. 12. 1973: Verein der Hundefreunde, Sitz: Hergershausen.

6110 Dieburg, 14. 12. 1973

Amtsgericht

87

VR 274 — Neueintragung — 13. 12. 1973: Flug- und Modellbau-Club Dieburg 1970, Sitz: Dieburg.

6110 Dieburg, 13. 12. 1973

Amtsgericht

88
 VR 400 — Neueintragung: Kindergarten
 im Schulbezirk eingetragener Verein,
 Wächtersbach.
 6460 Geinhausen, 2. 1. 1974 **Amtsgericht**

89
 VR 350 — Neueintragung: Tanzsportclub
 Erbach; Sitz: Erbach/Odw.
 612 Michelstadt, 19. 12. 1973 **Amtsgericht**

Liquidationen

90
 Veröffentlichung nach § 50 BGB
 Durch Beschluß der Mitgliederversammlung
 vom 27. 8. 1973 ist der Bergbauverein
 Hessen e. V. in Kassel zum 31. 12. 1973
 aufgelöst worden. Gläubiger werden
 gebeten, noch bestehende Forderungen
 innerhalb einer Frist von 6 Monaten an den
 Liquidator zu richten.
 35 Kassel, 4. 1. 1974

Der Liquidator:
 Rudolf Bergler
 35 Kassel
 Kölnische Str. 136

Vergleiche — Konkurse

91
 4 N 24/68: Das Anschlußkonkursverfahren
 über das Vermögen des Bau- und Mö-
 belschreiners Adam Burger in Ober-Beer-
 bach ist nach rechtskräftiger Bestätigung
 des im Vergleichstermin vom 26. Septem-
 ber 1973 angenommenen Zwangsvergleichs
 aufgehoben.
 614 Bensheim, 27. 12. 1973 **Amtsgericht**

92
 81 N 37/73 — Beschluß: In dem Konkurs-
 verfahren über das Vermögen des Franz
 Croll, Frankfurt/M., Hegelstr. 11, Inh. der
 Firma Ernst Croll, Rolladenbau, 6 Frank-
 furt/M., Hegelstr. 11, wird Termin zur
 Prüfung nachträglicher Forderungsanmel-
 dungen, zur Abnahme der Schlußrechnung
 und zur Erhebung von Einwendungen ge-
 gen das Schlußverzeichnis anberaumt auf
 den 1. Febr. 1974, 9.30 Uhr, vor dem Amts-
 gericht Frankfurt/M., Gerichtsstr. 2, Saal
 Nr. 137, Geb. B, I. Stock. Für den Kon-
 kursverwalter werden festgesetzt: a) Ver-
 gütung auf 600,— DM, b) Auslagen auf
 72,80 DM zuzüglich 5,5% Ausgleich für
 Mehrwertsteuer.
 6000 Frankfurt/M., 19. 12. 1973
Amtsgericht, Abt. 81

93
 81 N 453/73 — Konkursverfahren: Über
 das Vermögen der BIG Blumen-Import
 GmbH & Co., Kommanditgesellschaft,
 Großhandel, 6 Frankfurt/M., zuletzt: Mör-
 felder Landstraße 51, wird heute, am
 19. Dezember 1973, 12.00 Uhr, Konkurs
 eröffnet.
 Konkursverwalter: Rechtsanwalt Ri-
 chard Schumacher, 6 Frankfurt/M., Alfred-
 Brehm-Platz 19, Tel.: 43 96 19.

Konkursforderungen sind bis zum
 30. Januar 1974 zweifach schriftlich, Zinsen
 mit dem bis zur Eröffnung errechneten Be-
 trag bei Gericht anzumelden. Erste Gläu-
 bigerversammlung mit Tagesordnung nach
 §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 5. Februar
 1974, 10.00 Uhr, Prüfungstermin am 5. März
 1974, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht
 Frankfurt/M., Gerichtsstraße 2, Geb. B,
 I. Stock, Zimmer 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis
 30. Januar 1974 ist angeordnet.
 6000 Frankfurt/M., 19. 12. 1973
Amtsgericht, Abt. 81

94
 81 N 556/73 — Beschluß — Anschlußkon-
 kursverfahren: Der Antrag des EBCO,
 Ebener & Cohrs Kommanditgesellschaft,
 6 Frankfurt/M., Rödelheimer Landstr. 96,
 über ihr Vermögen das Vergleichsverfah-
 ren zur Abwendung des Konkurses zu er-
 öffnen, wird abgelehnt.

Zugleich wird gemäß §§ 19, 102 der Ver-
 gleichsordnung heute, am 19. Dezember
 1973, 12.00 Uhr, das Anschlußkonkursver-
 fahren über das Vermögen der Antrag-
 stellerin eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Her-
 mann Fenzl, 6 Frankfurt/M., Kaiser-Sig-
 mund-Str. 31, Tel.: 56 21 12.

Konkursforderungen sind bis zum
 28. Januar 1974 zweifach schriftlich, Zin-
 sen mit dem bis zur Eröffnung errechneten
 Betrag bei Gericht anzumelden. Erste
 Gläubigerversammlung mit Tagesordnung
 nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am
 8. Februar 1974, 10.15 Uhr, Prüfungstermin
 am 8. März 1974, 9.00 Uhr, vor dem Amts-
 gericht Frankfurt/M., Gerichtsstr. 2, Geb.
 B, I. Stock, Zimmer 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis
 28. Januar 1974 ist angeordnet.
 6000 Frankfurt/M., 19. 12. 1973
Amtsgericht, Abt. 81

95
 81 N 268/73 — Beschluß: In dem Kon-
 kursverfahren über das Vermögen des
 Horst Klein, 6 Frankfurt/M., Gartenstr. 95,
 Inh. einer Spenglerei u. Installation,
 6 Frankfurt/M., Wilhelm-Leuschner-Str.
 Nr. 14, wird zur Prüfung der nachträglich
 angemeldeten Forderungen Termin auf
 den 8. Februar 1974, 11.30 Uhr, vor dem
 Amtsgericht in Frankfurt/M., Gerichtsstr.
 Nr. 2, Geb. B, I. Stock, Saal 137, anbe-
 raumt.
 6000 Frankfurt/M., 21. 12. 1973
Amtsgericht, Abt. 81

96
 81 N 186/71 — Beschluß: In dem Kon-
 kursverfahren über das Vermögen des
 Fliesenlegers Helmut Müller, 6236 Esch-
 born (Ts.), Im Hansengraben 5, wird Ter-
 min zur Prüfung nachträglicher Forde-
 rungsanmeldungen, Abnahme der Schluß-
 rechnung und Erhebung von Einwendun-
 gen gegen das Schlußverzeichnis anbe-
 raumt auf den 8. Februar 1974, 11.00 Uhr,

vor dem Amtsgericht in Frankfurt/M., Ge-
 richtsstr. 2, Geb. B, I. Stock, Saal 137. Für
 den Verwalter werden festgesetzt: a) Ver-
 gütung auf 2000,— DM, b) Auslagen auf
 94,40 DM zuzüglich 5,5% Ausgleich für
 Mehrwertsteuer.
 6000 Frankfurt/M., 19. 12. 1973
Amtsgericht, Abt. 81

97
 81 N 457/72 — Beschluß: In dem Kon-
 kursverfahren über das Vermögen des
 Herrn Roland Kretschmer, 6079 Buch-
 schlag, Kr. Offenbach/M., Otto-Kämper-
 Ring 5, Inhaber eines Marmor- und Gran-
 itwerkes in 6451 Bischofsheim/M., Bahn-
 hofstraße 46/48, wird Termin zur Prüfung
 der nachträglich angemeldeten Forderun-
 gen auf Freitag, den 8. Februar 1974, 11.45
 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Ge-
 richtsstr. 2, Geb. B, I. Stock, Zimmer 137,
 bestimmt.
 6000 Frankfurt/M., 2. 1. 1974
Amtsgericht, Abt. 81

98
 81 N 86/72 — Beschluß: In dem Konkurs-
 verfahren über das Vermögen der Firma
 BOUTIQUE CARINA GmbH, 6 Frankf./M.,
 Sandgasse 2, wird Termin zur Abnahme
 der Schlußrechnung und zur Erhebung von
 Einwendungen gegen das Schlußverzeich-
 nis anberaumt auf den 8. Februar 1974,
 11.15 Uhr, vor dem Amtsgericht Frank-
 furt/M., Gerichtsstr. 1, Geb. B, I. Stock,
 Saal 137. Für den Verwalter werden fest-
 gesetzt: a) Vergütung auf 3500,— DM, b)
 Auslagen auf 147,80 DM zuzügl. 5,5% Aus-
 gleich für Mehrwertsteuer.
 6000 Frankfurt/M., 19. 12. 1973
Amtsgericht, Abt. 81

99
 81 N 86/72: In dem Konkursverfahren
 über das Vermögen der Firma BOUTIQUE
 CARINA GmbH, 6 Frankf./M., Sandgasse
 Nr. 2, soll die Schlußverteilung stattfinden.
 Es stehen hierfür 5762,16 DM zur Verfü-
 gung, von denen noch die Kosten des
 Verfahrens und die Masseverbindlichkei-
 ten abgehen. Es sind zu berücksichtigen
 Vorrechte I/I 639,43 DM, Vorrechte I/II
 13 440,04 DM und nicht bevorrechtigte For-
 derungen in Höhe von 50 216,01 DM. Das
 Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäfts-
 stelle des Amtsgerichts Frankfurt/M. offen.
 6000 Frankfurt/M., 2. 1. 1974
Der Konkursverwalter:
 Helmut Burghardt
 Rechtsbeistand

100
 81 N 186/71: In dem Konkursverfahren
 über das Vermögen des Fliesenlegers Hel-
 mut Müller, 6236 Eschborn/Ts., Im Hans-
 engraben 5, soll die Schlußverteilung statt-
 finden.
 Es stehen hierfür 5858,77 DM zur Verfü-
 gung, von denen noch die Kosten des Ver-
 fahrens und die Masseverbindlichkeiten
 abgehen. Es sind zu berücksichtigen Vor-

**Loseblattsammlung der baulichen
 und sicherheitstechnischen Bestimmungen
 des vorbeugenden Brandschutzes**

Format 17 × 23 cm, Preis: Grundwerk 1. bis
 10. Lieferung (ca. 4000 Seiten) mit 11 Plastikordnern
 DM 440,— einschl. Versandkosten und MwSt.



**HERAUSGEBER
 VEREINIGUNG ZUR FÖRDERUNG
 DES DEUTSCHEN
 BRANDSCHUTZES (VFDB) E. V., BONN**

Bestellungen erbeten an
**Buch- und Zeitschriftenverlag
 Kultur und Wissen GmbH & Co KG
 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42
 Telefon (0 61 21) 3 96 71**

rechte LI 5863,47 DM, Vorrechte I/II 30 615,89 DM, Vorrechte I/III 1114,— DM und nicht bevorrechtigte Forderungen in Höhe von 33 390,48 DM. Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt/M. offen.

6000 Frankfurt/M., 2. 1. 1974

Der Konkursverwalter:
Helmut Burghardt
Rechtsbeistand

101

81 N 542/73 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der **D. H. Obermyer Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, 6 Frankfurt/M., Westendstr. 24, wird heute, am 3. Januar 1974, 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: RA Dr. W. Schaaf, 6 Frankfurt/Main, Neue Kräme 32 II, Tel.: Nr. 29 10 44.

Konkursforderungen sind bis zum 25. Februar 1974 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 12. Februar 1974, 10.00 Uhr, Prüfungstermin am 5. März 1974, 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt/M., Gerichtsstr. 2, Geb. B, I. Stock, Zimmer 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 25. Februar 1974 ist angeordnet.

6000 Frankfurt/M., 3. 1. 1974

Amtsgericht, Abt. 81

102

2 N 58/73 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der **Firma Disput KG**, 608 Groß-Gerau, Odenwaldstraße 12, gesetzl. vertreten durch ihre Komplementäre **Wolfgang und Winfried Disput**, wird heute, am 19. 12. 1973, 8.45 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: RA Dr. Mittelstädt, 61 Darmstadt, Hülgestr. 47. Erste Gläubigerversammlung: 31. 1. 1974, 10.00 Uhr. Prüfungstermin: 14. 3. 1974, 9.00 Uhr, Amtsgericht (Arbeitsamtgebäude), Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal. Offener Arrest ist erlassen. Anzeigepflicht bis 20. 1. 1974. Anmeldung der Konkursforderungen bis zum 15. 2. 1974.

6080 Groß-Gerau, 19. 12. 1973 Amtsgericht

103

65 (50) N 11/71: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Gerhard Rath, Hoch- und Tiefbau-GmbH**, Kassel, Lambertweg 13, vertreten durch ihren Geschäftsführer, **Herrn Gerhard Rath**, Kassel, Lambertweg 13, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 6. März 1974, 8.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Saal 106, anberaumt worden.

3500 Kassel, 3. 1. 1974 Amtsgericht, Abt. 65

104

1 N 6/73: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 29. März 1973 verstorbenen **Schreinermeisters August Juppe**, zuletzt wohnhaft gewesen in **Korbach-Eppe**, ist nach Aufhebung des Schlußtermins aufgehoben.

3540 Korbach, 21. 12. 1973 Amtsgericht

105

3 N 40/73 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des **Walter Kirschner**, 6072 Dreieichenhain, Bahnstr. 16, ist am 28. 12. 1973, 15.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: RA Demke, Langen, Bahnstraße.

Konkursforderungen sind bis 4. März 1974 — zweifach schriftlich — Zinsen berechnet bis zur Eröffnung — bei Gericht anzumelden Termin zur Beschlußfassung

über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände: 4. Februar 1974, 9.00 Uhr.

Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 25. März 1974, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Darmstädter Str. 27, Saal 20.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 4. März 1974 anzeigen.

6070 Langen/Hessen, 28. 12. 1973

Amtsgericht

106

5 N 26/71: Im Konkurs über das Vermögen der **Fa. Schalplattenwerk Heim GmbH & Co.**, Völzberg/Kr. Gelnhausen, ist Schlußtermin bestimmt auf: Montag, den 11. Februar 1974, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Darmstädter Str. 27, Saal 20.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Anhörung der Gläubiger über die Gewährung einer Vergütung und die Erstattung von Auslagen an die Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie der Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen. Die Vergütung des Verwalters wird auf insgesamt 14 560,— Deutsche Mark festgesetzt.

6070 Langen/Hessen, 2. 1. 1974 Amtsgericht

107

5 N 19/73: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Ulba-Markt GmbH**, 6072 Dreieichenhain, Dornbusch 14, soll die Schlußverteilung stattfinden. Verfügbar sind 9358,55 DM. Zu berücksichtigen sind die bevorrechtigten Gläubiger nach § 61, 1 KO, deren Forderungen 40 302,03 DM betragen und die eine Quote von 23,22% erhalten.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Gläubiger ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Langen unter Aktenzeichen 5 N 19/73 einzusehen.

6070 Langen, 4. 1. 1974

Der Konkursverwalter:

Dr. jur. Rosenkranz sen.
Rechtsanwalt und Notar

108

10 N 47/71 u. 7 VN 3/71: In dem vorläufigen Vergleichsverfahren und Konkursverfahren über den Nachlaß bzw. das Vermögen der **Kauffrau Marion Beller**, zuletzt wohnhaft in **Neu-Isenburg**, sind die Vergütungen des vorläufigen Vergleichs- bzw. Konkursverwalters durch Beschluß vom 21. 12. 1973 wie folgt festgesetzt: Vergleich: 1805,— DM, Konkurs: 24 876,— DM.

6050 Offenbach/M., 21. 12. 1973

Amtsgericht, Abt. 7

109

7 N 114/73 — Beschluß: In der Konkursantragssache gegen die **Firma ORION Großhandelsgesellschaft mbH, Export-Import**, Neu-Isenburg, Offenbacher Str. Nr. 113—115, gesetzlich vertreten durch **Kaufmann Robert Mayer**, 6000 Frankfurt a. M., Eleonore-Sterling-Str. 28.

Auf Grund des noch nicht beschiedenen Konkursantrags der Treuhändergemeinschaft **Deutscher Baumwollwebereien GmbH**, 6000 Frankfurt a. M. 70, Gartenstraße 112, wird zur Sicherung der Masse angeordnet:

1. Der Schuldnerin wird allgemein ver-

boten, Gegenstände ihres Vermögens zu veräußern oder sonst über sie zu verfügen und Außenstände einzuziehen (allgemeines Veräußerungsverbot).

2. Die Sequestration des Geschäftsbetriebes der Schuldnerin in **Neu-Isenburg**, Offenbacher Str. 113—115, wird angeordnet.

3. Zum Sequester wird **Herr Karl Polkin**, 605 Offenbach/Main, Frankfurter Straße 61, bestellt.

6050 Offenbach/Main, 7. 1. 1974

Amtsgericht, Abt. 7

110

4 VN 2/71 — Beschluß: Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der **Kauffrau Maria Manz geb. Pundigam** in **3578 Schwalmstadt 1**, Wierastr. 1, wird aufgehoben, nachdem der Vergleichsverwalter angezeigt hat, daß die Schuldnerin den im Termin vom 17. 8. 1971 angenommenen und bestätigten Vergleich erfüllt hat.

3578 Schwalmstadt 1, 18. 12. 1973

Amtsgericht

111

N 7/68 — Konkursverfahren: In der Konkursache über das Vermögen des **Kaufmanns Arthur Jäger**, früher in **Runkel-Ennerich**, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Termin zur Prüfung nachträglicher Forderungsanmeldungen, zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis anberaumt auf den 20. Februar 1974, um 15.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Weilburg, Mauerstr. 25, Zimmer 24.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: a) Vergütung 5750,— DM einschl. Mehrwertsteuer, b) Auslagen 165,50 DM.

6290 Weilburg, 2. 1. 1974 Amtsgericht

112

62 N 29/73 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **e-c-möbel Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, 62 Wiesbaden, Viktoriastr. 27, wird die Gläubigerversammlung auf **Mittwoch**, den 6. Februar 1974, 14.00 Uhr, auf Saal 243 des Amtsgerichts einberufen.

Tagesordnung: 1. Bericht des Konkursverwalters, 2. Prüfung nachgemeldeter Forderungen, 3. Verschiedenes.

6200 Wiesbaden, 2. 1. 1974 Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen. muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs

113

K 27/73: Das im Grundbuch von Groß-Felda, Band 21, Blatt 936, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Groß-Felda, Flur Nr. 2, Flurstück 62, Hof- und Gebäudefläche, Schulstraße 3, Größe 1,86 Ar,

soll am Donnerstag, dem 28. März 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amtshof 12, Zimmer Nr. 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. Oktober 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Emilie Richter geb. Schott, Frankfurt/M., Zeißelstr. 3.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 14 500,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6320 Alsfeld, 20. 12. 1973 Amtsgericht

114

K 15/70: Das im Grundbuch von Niederaula, Band 52, Blatt 1779, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederaula, Flur Nr. 8, Flurstück 213/6, Hof- und Gebäudefläche, Ziegenhainer Straße 5, Größe 1,32 Ar,

soll am 27. Februar 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bad Hersfeld, Dudenstraße 10, Zimmer Nr. 12, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. Oktober 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- Arbeiter Ernst Glebe,
- dessen Schwester Christine Glebe, beide wohnhaft in Niederaula, in Erben-gemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6436 Bad Hersfeld, 13. 12. 1973 Amtsgericht

115

K 12/73: Das im Grundbuch von Massenheim, Band 25, Blatt 1012, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Massenheim, Flur Nr. 3, Flurstück 496, Hof- und Gebäudefläche, Auweg 36, Größe 5,71 Ar,

soll am 14. Februar 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurter Straße 132, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 5. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Hans Bleyer und Ehefrau Marie Bleyer geb. Moxter in Bad Vilbel zu je 1/2. Versteigert wird die ideelle Hälfte des Hans Bleyer.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 290 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 7. 1. 1974 Amtsgericht

116

4 K 15/72: Das im Grundbuch von Heppenheim, Band 151, Blatt 7607, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heppenheim, Flur Nr. 23, Flurstück 243/2, Hof- und Gebäudefläche, Herderstraße 6, Größe 3,95 Ar,

soll am 6. März 1974, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße Nr. 26, Zimmer Nr. 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. April 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- Georg Helmut Kunz, Architekt, Heppenheim,
- dessen Ehefrau Wilhelmine Kunz geb.

Herweck, daselbst, in Gütergemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6146 Bensheim, 27. 12. 1973 Amtsgericht

117

4 K 36/73: Das im Grundbuch von Lorsch, Band 25, Blatt 1981, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Lorsch, Flur 11, Flurstück 323, Hof- und Gebäudefläche, Im Neugarten 11, Größe 10,46 Ar,

soll am 6. März 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße Nr. 26, Zimmer Nr. 203, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. Oktober 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- Heizer Peter Fassoth, Lorsch, zu 1/2,
- Versicherungskaufmann Ralf Peter Fassoth, Bürstadt, zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 27. 12. 1973 Amtsgericht

118

2 K 9/73: Das im Grundbuch von Lindheim, Band 27, Blatt 1241, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 4, Gemarkung Lindheim, Flur 8, Flurstück 375, Hof- und Gebäudefläche, Am Weinberg 6, Größe 8,78 Ar,

soll am Montag, dem 1. April 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Büdingen, Schloßgasse Nr. 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal) durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. März 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schlosser Hans Schmücke in Frankfurt/Main-Nied, jetzt Lindheim.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 205 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 28. 12. 1973 Amtsgericht

119

61 K 94/71: Das im Teileigentums-Grundbuch von Seeheim a. d. B., Band 94, Blatt Nr. 3709 bis 3715 und 3717, eingetragenen Grundstücke

Band 94, Blatt 3709

4,64 Tausendstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung Seeheim, Flur 6, Flurstück 105/1

Hof- und Gebäudefläche, Kiefernweg 4, 6, 8, Größe 31,38 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage des Hauses Kiefernweg (Nr. 62 des Aufteilungsplanes, der der Eintragungsbewilligung beigefügt ist). Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Blatt 3614 bis 3651, 3686 bis 3717) — ausgenommen Blatt 3709 — gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

Band 94, Blatt 3710

4,64 Tausendstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung Seeheim, Flur 6, Flurstück 105/1

Hof- und Gebäudefläche, Kiefernweg 4, 6, 8, Größe 31,38 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage des Hauses Kiefernweg (Nr. 63 des Aufteilungsplanes, der der Eintragungsbewilligung beigefügt ist). Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Blatt 3614 bis 3651, 3686 bis 3717) — ausgenommen Blatt 3710 — gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

Band 94, Blatt 3711

4,64 Tausendstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung Seeheim, Flur 6, Flurstück 105/1,

Hof- und Gebäudefläche, Kiefernweg 4, 6, 8, Größe 31,38 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage des Hauses Kiefernweg (Nr. 64 des Aufteilungsplanes, der der Eintragungsbewilligung beigefügt ist). Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Blatt 3614 bis 3651, 3686 bis 3717) — ausgenommen Blatt 3711 — gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

Band 94, Blatt 3712

4,64 Tausendstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung Seeheim, Flur 6, Flurstück 105/1,

Hof- und Gebäudefläche, Kiefernweg 4, 6, 8, Größe 31,38 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage des Hauses Kiefernweg (Nr. 65 des Aufteilungsplanes, der der Eintragungsbewilligung beigefügt ist). Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Blatt 3614 bis 3651, 3686 bis 3717) — ausgenommen Blatt 3712 — gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

Band 94, Blatt 3713

4,64 Tausendstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung Seeheim, Flur 6, Flurstück 105/1

Hof- und Gebäudefläche, Kiefernweg 4, 6, 8, Größe 31,38 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage des Hauses Kiefernweg (Nr. 66 des Aufteilungsplanes, der der Eintragungsbewilligung beigefügt ist). Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Blatt 3614 bis 3651, 3686 bis 3717) — ausgenommen Blatt 3713 — gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

Band 94, Blatt 3714

4,64 Tausendstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung Seeheim, Flur 6, Flurstück 105/1,

Hof- und Gebäudefläche, Kiefernweg 4, 6, 8, Größe 31,38 Ar.

verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage des Hauses Kiefernweg (Nr. 67 des Aufteilungsplanes, der der Eintragungsbewilligung beigefügt ist). Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Blatt 3614 bis 3651, 3686 bis 3717) — ausgenommen Blatt 3714 — gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

Band 94, Blatt 3715

4,64 Tausendstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung Seeheim, Flur 6, Flurstück 105/1

Hof- und Gebäudefläche, Kiefernweg 4, 6, 8, Größe 31,38 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage des Hauses Kiefernweg (Nr. 68 des Aufteilungsplanes, der der Eintragungsbewilligung beigefügt ist). Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Blatt 3614 bis 3651, 3686 bis 3717) — ausgenommen Blatt 3715 — gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

Band 94, Blatt 3717

4,64 Tausendstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung Seeheim, Flur 6, Flurstück 105/1,

Hof- und Gebäudefläche, Kiefernweg 4, 6, 8, Größe 31,38 Ar

verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage des Hauses Kiefernweg (Nr. 70 des Aufteilungsplanes, der der Eintra-

gebungsbewilligung beigelegt ist). Das Mit-eigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragenen in Blatt 3614 bis 3651, 3686 bis 3717) — ausgenommen Blatt 3717 — gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

sollen am 18. April 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Saal 506, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 12. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Architekt Walter Körner in Darmstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 11. 12. 1973

Amtsgericht, Abt. 61

120

5 K 2/72 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Frankenberg-Eder, Band 167, Blatt Nr. 5939, eingetragene Hälfte des Grundstücks

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankenberg, Flur Nr. 65, Flurstück 303/1, Hof- und Gebäudefläche, Königsberger Str. 14, Größe 6,45 Ar, soll am 27. Febr. 1974, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Geismarer Straße Nr. 22, Zimmer Nr. 8, durch Zwangsvollstreckung zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 2. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frau Elfriede Wintrich in Frankenberg-Eder — zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG durch Beschluß vom 16. 10. 1972 auf 26 050,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3548 Frankenberg, 4. 12. 1973 **Amtsgericht**

121

84 K 67/73: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 16, Band 26, Blatt Nr. 1034, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt (M.), Flur 221, Flurstück 127/29, Hof- und Gebäudefläche, Heinrichstraße 5, Größe 1,99 Ar,

am Mittwoch, dem 8. Mai 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Gerichtsstraße Nr. 2, Zimmer Nr. 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 7. 1973 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Branko Korlat, Frankfurt (Main).

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 600 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 21. 12. 1973

Amtsgericht, Abt. 84

122

84 K 61/73 — **Zwangsvollstreckung:** Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Hofheim des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Abt. Höchst, Band 10, Blatt 243, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 7, Gemarkung Hofheim, Flur 16, Flurstück 435/64, Hof- und Gebäudefläche, Stefanstraße 15, Größe 3,30 Ar,

am Mittwoch, dem 27. März 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Gerichtsstraße Nr. 2, Zimmer Nr. 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. Juli

1973 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Frieda Merz geb. Schühler, Hofheim/Ts. Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 73 990,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 27. 12. 1973

Amtsgericht, Abt. 84

123

K 26/72: Die im Grundbuch von Siedelsbrunn, Band 5, Blatt 186, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 9, Gemarkung Siedelsbrunn, Flur Nr. 1, Flurstück 48/1, Gartenland, Im Ort, Größe 10,12 Ar,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Siedelsbrunn, Flur 1, Flurstück 48/2, Gartenland, Im Ort, Größe 3,84 Ar,

lfd. Nr. 11, Gemarkung Siedelsbrunn, Flurstück 47/2, Hof- und Gebäudefläche, Wald-Michelbacher Str. 6, Größe 11,75 Ar, lfd. Nr. 12, Gemarkung Siedelsbrunn, Flurstück 45/11, Straße L 535 Wald-Michelbacher Str., Größe 0,02 Ar,

sollen am 28. März 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6149 Fürth/Odw., Heppenheimer Str. 15, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. November 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Doris Weber geb. König, Kauffrau in 6944 Hemsbach an der Bergstraße. Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

- | | |
|----------------------------|---------------|
| a) Flur 1, Flurstück 48/1: | 50 600,— DM, |
| b) Flur 1, Flurstück 48/2: | 19 200,— DM, |
| c) Flurstück 47/2: | 446 000,— DM, |
| d) Flurstück 45/11: | 100,— DM. |

Bieter müssen u. U. im Termin $\frac{1}{10}$ des Bargebotes als Sicherheit hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth/Odw., 22. 11. 1973 **Amtsgericht**

124

K 4/73: Die im Grundbuch von Wald-Michelbach, Band 48, Blatt 1691, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wald-Michelbach, Flur 30, Flurstück 230/1, Hof- und Gebäudefläche, Im Binzig, Größe 27,62 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wald-Michelbach, Flur 30, Flurstück 200/1, Grünland, Im hintersten Binzig, Größe 34,12 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Wald-Michelbach, Flur 30, Flurstück 197, Grünland, Im hintersten Binzig, Größe 29,70 Ar, Unland, daselbst, Größe 2,22 Ar,

sollen am 14. März 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6149 Fürth/Odw., Heppenheimer Str. 15, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. März 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Heinrich Reinhard, Kaufmann in Ludwigshafen/Rhein,
b) dessen Ehefrau Ingrid Reinhard geb. Gauweiler, daselbst, zu je ein Halb.

Der Wert der Grundstücke ist durch Beschluß vom 15. 6. 1973 gem. § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

- | | |
|----------------------------------|-------------------------|
| a) für Flur 30, Flurstück 230/1: | 51 572,— Deutsche Mark, |
| b) für Flur 30, Flurstück 200/1: | 34 120,— Deutsche Mark, |
| c) für Flur 30, Flurstück 197: | 1596,— DM. |

Bieter müssen im Termin u. U. Sicherheit in Höhe von $\frac{1}{10}$ des Bargebotes hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth/Odw., 13. 12. 1973 **Amtsgericht**

125

K 17/73: Die im Grundbuch von Weiher, Band 9, Blatt 441, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Weiher, Flur 3, Flurstück 60/2, Weg, Auf der Krähhöhe, Größe 0,25 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Weiher, Flur 3, Flurstück 60/3, Hof- und Gebäudefläche, Auf der Krähhöhe, Größe 5,57 Ar,

sollen am 4. April 1974, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6149 Fürth/Odw., Heppenheimer Straße 15, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. September 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Letscher, Karl, Elektromeister in Mannheim (verstorben am 25. 8. 1967), zu $\frac{1}{2}$;

b) Letscher, Luise Juliane geb. Eggert, dessen Ehefrau, daselbst, (verstorben am 17. 12. 1968), zu $\frac{1}{2}$;

Rechtsnachfolger zu a) und b) auf Grund Erbfolge: Wolfgang Letscher, Mannheim, Schwetzingen Str. 39.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 5670,— Deutsche Mark.

Bieter müssen u. U. damit rechnen, im Termin $\frac{1}{10}$ ihres Gebotes in bar beim Gericht zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth/Odw., 18. 12. 1973 **Amtsgericht**

126

K 15, 81/72 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Gelnhausen, Band 74, Blatt 2776, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 4, Gemarkung Gelnhausen, Flur CI, Flurstück 98/5, Lieg.-B. 3821, Hof- und Gebäudefläche Grimmelshausenstraße, Größe 11,32 Ar,

soll am Freitag, dem 8. März 1974, 9.30 Uhr im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße Nr. 9, Zimmer Nr. 11 durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. Mai 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wäschereibesitzer Wilhelm Breitenbach und Ehefrau Ingeborg geb. Pfeiffer, Gelnhausen, je zur Hälfte.

Der Wert der Grundstückshälften ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 213 300,— DM und 213 000,— DM = 426 300,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 28. 12. 1973 **Amtsgericht**

127

K 39/73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Oberndorf, Band 17, Blatt 625, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Oberndorf, Flur 3, Flurstück 286/2, Lieg.-B. 464, Hof- und Gebäudefläche, Rabengrund, Größe 5,00 Ar,

soll am Freitag, dem 8. März 1974, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. Aug. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Ernst Remlein in Oberndorf Nr. 7.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 120 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 2. 1. 1974 Amtsgericht

128

2 K 55/73: Das im Grundbuch von Nauheim, Band 64, Blatt 2832, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nauheim, Flur 1, Flurstück 645/1, Hof- und Gebäudefläche, Hügelstraße 10, Größe 3,31 Ar,

soll am 28. Februar 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude — Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Str. 4 —, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. 10. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Erwin Ernst Bolbach, Landwirt, Nauheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 2. 1. 1974 Amtsgericht

129

4 K 22/72: Die im Grundbuch von Oberweyer, Band 21, Blatt 771, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Oberweyer, Flur Nr. 2, Flurstück 88, Hof- und Gebäudefläche, Oberzeuzheimer Str. 20, Größe 7,69 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Oberweyer, Flur Nr. 2, Flurstück 87, Hof- und Gebäudefläche, Oberzeuzheimer Str. 22, Größe 6,29 Ar,

sollen am 4. 4. 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gymnasiumstr. Nr. 8, Zimmer Nr. 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 12. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. a) Landwirt Günter Böhm,
b) dessen Ehefrau Lieselotte geb. Schäfer, beide aus Oberweyer zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6253 Hadamar, 2. 1. 1974 Amtsgericht

130

2 K 22/73: Die im Grundbuch von Hohenroth, Band 8, Blatt 143, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 4, Gemarkung Hohenroth, Flur 4, Flurstück 54, Ackerland, Ober der Schule, Größe 5,10 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Hohenroth, Flur 3, Flurstück 85, Grünland, Unter dem Dorf, Größe 19,92 Ar,

sollen am 1. März 1974, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Herbhorn, Westerwaldstr. Nr. 16, Zimmer Nr. 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 11. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Armin Enners in Hohenroth (jetzt in Leonberg, Bahnhof).

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt: zu lfd. Nr. 4 auf 1020,— DM, zu lfd. Nr. 5 auf 796,80 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6348 Herbhorn, 27. 12. 1973 Amtsgericht

131

2 K 2/73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Holzhausen, Band 33, Blatt 701, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Holzhausen, Flur Nr. 8, Flurstück 88, Lieg.-B. 515, Hof- und Gebäudefläche, Tannenstraße 21, Größe 7,39 Ar,

soll am 15. März 1974, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Str. Nr. 8, Zimmer Nr. 26, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. März 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Waldarbeiter Bodo Göllner in Holzhausen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 47 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3520 Hofgeismar, 15. 10. 1973 Amtsgericht

132

2 K 29/71 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Westuffeln, Band 15, Blatt 455, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Westuffeln, Flur Nr. 2, Flurstück 206, Lieg.-B. 632, Bauplatz, Mühlenberg, Größe 8,50 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Westuffeln, Flur Nr. 2, Flurstück 212, Bauplatz, Mühlenberg, Größe 5,94 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Westuffeln, Flur Nr. 2, Flurstück 225, Bauplatz, Mühlenberg, Größe 11,77 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Westuffeln, Flur Nr. 2, Flurstück 226, Bauplatz, Mühlenberg, Größe 11,52 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Westuffeln, Flur Nr. 22, Flurstück 51/2, Hof- und Gebäudefläche, das Teichfeld, Größe 31,14 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Westuffeln, Flur Nr. 22, Flurstück 51/4, Hof- und Gebäudefläche, das Teichfeld, Größe 36,03 Ar,

sollen am 8. März 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Straße Nr. 8, Zimmer Nr. 26, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. Oktober 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wohnungsverwaltungs-GmbH & Co. KG in Kassel.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

lfd. Nr. 1 = 15 300,— DM

lfd. Nr. 2 = 11 880,— DM

lfd. Nr. 3 = 14 124,— DM

lfd. Nr. 4 = 13 824,— DM

lfd. Nr. 6 = 145 258,— DM

lfd. Nr. 7 = 83 375,— DM

insgesamt = 283 761,— DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3520 Hofgeismar, 17. 10. 1973 Amtsgericht

133

5 K 40/69: Zur Aufhebung der Miteigentumsgemeinschaft sollen die im Grundbuch von Rauschenberg, Blatt 1398, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Flur 32, Flurstück 115/9, Bauplatz, Albshäusertorstraße, Größe 4,41 Ar = 3528,— DM,

lfd. Nr. 2, Flur 32, Flurstück 115/5, Bauplatz, daselbst, Größe 2,24 Ar = 1792,— Deutsche Mark,

am Mittwoch, dem 27. Februar 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. Dez. 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. a) Arbeiter Johannes Heinrich Hammer in Rauschenberg,

b) Kurt Hammer in Beberbeck, geb. 10. 7. 51,

c) Anna Hammer in Homberg, Kr. Alsfeld, geb. 8. 10. 52,

d) Hans Hermann Hammer in Rauschenberg, geb. 5. 9. 54,

c) Horst Hammer in Rauschenberg, geb. 31. 12. 55, .

f) Karl-Heinz Hammer in Rauschenberg, geb. 21. 9. 58,

g) Berthold Hammer in Rauschenberg, geb. 22. 12. 59,

h) Friedhelm Dewald in Frankenberg/Eder, geb. 16. 9. 45, — zu 1/2 in ungeteilter Erbengemeinschaft —.

2. Die Stadt Rauschenberg (Kr. Marburg) zu 1/2 —.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a ZVG, wie oben angegeben festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3575 Kirchhain/Bz. Kassel, 4. 1. 1974

Amtsgericht

134

1 K 37/72: Die im Grundbuch von Korbach, Band 79, Blatt 2473, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 2, Gemarkung Korbach, Flur 42, Flurstück 24/12, Hof- und Gebäudefläche Flechtdorfer Str. Nr. 71, Größe 4,59 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Korbach, Flur 42, Flurstück 24/11, Hof- und Gebäudefläche Flechtdorfer Str. Nr. 71, Größe 28,91 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Korbach, Flur 42, Flurstück 24/10, Hof- und Gebäudefläche Flechtdorfer Str. Nr. 71, Größe 10,00 Ar,

sollen am 11. März 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Hagenstr. Nr. 2, Zimmer Nr. 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. August 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Kaufmann Wolfgang Lewin und Marie geb. Hesse in Korbach — je zur Hälfte —.

Es werden als Werte nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

a) für die Grundstücke

(wirtschaftliche Einheit): 1 110 000,— DM

b) für das Inventar: 491 735,— DM

1 601 735,— DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3540 Korbach, 28. 12. 1973 Amtsgericht

135

7 K 35/72 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Sterzhausen, Band 24, Blatt 813, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Sterzhausen, Flur 8, Flurstück 8/2, Lieg.-B. 380, Hof- und Gebäudefläche, Wittgensteinerstr. Nr. 14, Größe 7,42 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Sterzhausen, Flur 14, Flurstück 58/14, Lieg.-B. 41, Ackerland, Hinter Steinberg, Größe 27,73 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Sterzhausen, Flur 8, Flurstück 117/2, Hofraum, Ketzerbach 30, Größe 0,01 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Sterzhausen, Flur 8, Flurstück 89/1, Hof- und Gebäudefläche, Ketzerbach 30, Größe 7,03 Ar,

sollen am 11. April 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg/L., Universitätsstraße 48, Zimmer 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 7. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landmaschinenmechanikermeister Johannes Becker, Sterzhausen.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt: Nr. 1 auf 75 000,— DM, Nr. 3 auf 4000,— DM, Nr. 4 und 6 auf 42 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 12. 12. 1973 Amtsgericht

136

K 4/73: Die im Grundbuch von Katholisch Willenroth, Band 5, Blatt 161, eingetragene Grundstücke Nr. 1—7, 9, 12 u. 13, Gemarkung Kath. Willenroth

Flur 7, Flurstück 6, Ackerland, Bei den Eichendingern, Größe 326,37 Ar,

Flur 7, Flurstück 9, Ackerland, Grünland, Steinacker, Größe 239,30 Ar,

Flur 7, Flurstück 10, Ackerland, Steinacker, Größe 241,09 Ar,

Flur 7, Flurstück 13/1, Ackerland, Steinacker, Größe 237,10 Ar,

Flur 7, Flurstück 13/2, Grünland, Steinwiesen, Größe 147,88 Ar,

Flur 7, Flurstück 21, Ackerland, Grünland, Rotthecke, Größe 83,27 Ar,

Flur 7, Flurstück 23, Ackerland, Rotthecke, Größe 75,91 Ar,

Flur 7, Flurstück 44, Ackerland, Grünland, Krautacker, Größe 515,26 Ar,

Flur 7, Flurstück 43, Hof- und Gebäudefläche, Grünland, Schönhof Nr. 51, Größe 173,07 Ar,

Flur 7, Flurstück 63, Grünland, Am kleinen Weiher, Größe 24,90 Ar,

sollen am 25. März 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schlüchtern durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. März 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt Karl-Wilhelm Kuhn in Katholisch Willenroth-Schönhof.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6490 Schlüchtern, 3. 1. 1974 **Amtsgericht**

137

K 23/72: Das im Grundbuch von Weiskirchen, Band 40, Blatt 1713, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Weiskirchen, Flur Nr. 4, Flurstück 191, Hof- und Gebäudefläche Breslauer Straße 1, Größe 5,95 Ar,

soll am Montag, dem 11. 3. 1974, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Seligenstadt, Giselstr. 1, Zimmer Nr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. Mai 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schlosser Peter Petz, 6051 Weiskirchen, Breslauer Straße 1.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt/Hessen, 5. 12. 1973 **Amtsgericht**

138

2 K 5/72 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Westerfeld, Band 26, Blatt 903, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Westerfeld, Flur 5, Flurstück 52/2, Lieg.-B. 410, Hof- und Gebäudefläche Hauptstraße 13, Größe 8,50 Ar, Ackerland, Größe 5,42 Ar,

soll am Donnerstag, dem 4. April 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen/Ts., Weilburger Straße Nr. 2, Zimmer Nr. 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. März 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Zimmermann Hans Döll und
b) dessen Ehefrau Helga Döll geb. Dörr,
— zu je 1/2-Anteil —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 34 811,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen i. Ts., 14. 12. 1973

Amtsgericht

139

2 K 28/73 — Der im StAnz. 53/1973 S. 2367 unter Nr. 4409 veröffentlichte Termin muß richtig heißen:

Donnerstag, dem 14. März 1974.

6390 Usingen/Ts., 7. 1. 1974

Anzeigenabteilung

140

61 K 14/73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Kloppenheim, Band 46, Blatt 1131, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Flur 31, Flurstück 1/4, Hof- und Gebäudefläche Am Pfarrgarten 12, Größe 3,41 Ar,

soll am 5. März 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gerichtsstraße 2, Zimmer Nr. 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 5. 73 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Elektroinstallateur Heinz Kleine, Wiesbaden-Kloppenheim,
b) dessen Ehefrau Elfriede Kleine geb. Keller — zu je 1/2 —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 139 200,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 2. 1. 1974 **Amtsgericht**

141

61 K 60/73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Band 420, Blatt 6912, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Flur 70, Flurstück 203/80, Hof- und Gebäudefläche Hellmundstraße 29, Größe 6,41 Ar,

soll am 12. März 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 243, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. Dezember 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Rudolf Hermann Hoffmann in Wiesbaden,

b) Pauline Hoffmann geb. Friedrich in Wiesbaden,

c) Ziff. a + b zu je 1/2 bezüglich des früheren Miteigentumsanteils Gustav Hoffmann — in Erbengemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 3. 1. 1974 **Amtsgericht**

142

1 K 16/73: Die im Grundbuch von Gertenbach eingetragenen Grundstücke

A: Band 9, Blatt 173

lfd. Nr. 5, Gemarkung Gertenbach, Flur Nr. 3, Flurstück 57/10, Hof- und Gebäudefläche und Ackerland, Siedlung Nr. 166, Größe 39,35 Ar,

B: Band 10, Blatt 220

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gertenbach, Flur Nr. 3, Flurstück 57/12, Ackerland, vor dem Anger, Größe 24,24 Ar,

sollen am 11. März 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Witzenhausen, Walburgerstr. 38, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. Juli 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Zu A: a) Maurermeister Gerhard Hepe in Gertenbach, vertreten durch den Konkursverwalter über das Vermögen des Gerhard Hepe Rechtsanwalt Rudolf Schieke in Northeim,

b) Ehefrau Christel Hepe geb. Schulz in Weimar bei Kassel — je zur Hälfte —.

Zu B: wie zu A: a).

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 Abs. 5 ZVG festgesetzt zu A auf 305 160,— DM, B auf 27 160,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3430 Witzenhausen, 19. 12. 1973

Amtsgericht

143**Andere Behörden und Körperschaften****Bekanntmachung über die Errichtung einer gewerblichen Anlage gemäß §§ 16 und 25 Gewerbeordnung**

Die Stadtwerke Korbach GmbH, 3540 Korbach 1, An der Kalkmauer 22, hat die Erteilung einer gewerberechtlichen Genehmigung gemäß § 16 — Gewerbeordnung — zum Neubau eines Gaswerkes auf dem Grundstück Gemarkung Korbach, Am Lengfelder Weg, Flur 25, Flurstück 63, beantragt.

Gemäß § 17 Abs. 2 GewO wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung binnen einer Frist von 14 Tagen nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen. Nach Ablauf der Frist können Einwendungen nicht mehr berücksichtigt werden.

Über die Einwendungen wird am 1. Februar 1974, 9.00 Uhr, im Kreishaus in Korbach, Louis-Peter-Straße 55, Zimmer 107, verhandelt.

Zu dem Erörterungstermin werden sowohl die Unternehmer als auch die Widersprechenden hiermit eingeladen. Mit der Erörterung der Einwendungen wird auch begonnen, falls die Unternehmer oder die Widersprechenden nicht oder nicht rechtzeitig erscheinen.

Die Bauunterlagen (Beschreibungen, Berechnungen und Zeichnungen) liegen im Kreishaus, Zimmer 107, zur öffentlichen Einsicht aus.

354 Korbach, 3. 1. 1974

**Der Landrat
des Landkreises Waldeck-Frankenberg**

144

Veröffentlichung der Haushaltssatzung 1973 und der Stellensatzung 1973 des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar

Haushaltssatzung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar für das Rechnungsjahr 1973

Auf Grund des Artikels 4 Absatz 1 des Staatsvertrages zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung im Rhein-Neckar-Gebiet vom 3. März 1969 und auf Grund des § 29 der Satzung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar — Körperschaft des öffentlichen Rechts — vom 30. April 1970 hat die Verbandsversammlung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar für das Rechnungsjahr 1973 folgende

Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

- (1) Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1973 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen auf 877 420 DM in den Ausgaben auf 877 420 DM festgesetzt.
- (2) Ein außerordentlicher Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1973 wird nicht aufgestellt.

§ 2

- (1) Der Gesamtbetrag der Umlage für das Rechnungsjahr 1973 wird auf 582 247 DM festgesetzt.
- (2) Die auf die einzelnen Verbandsmitglieder entfallenden Umlageanteile werden gemäß § 30 Absatz 2 der Satzung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar je zur Hälfte auf der Grundlage der Einwohnerzahlen und der Steuerkraftzahlen der Gemeinden des jeweiligen Planungsgebietes aufgebracht.

§ 3

Der Höchstbetrag der äußeren Kassenkredite, die im Rechnungsjahr 1973 zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Verbandskasse in Anspruch genommen werden dürfen, werden auf 100 000 DM festgesetzt.

Stellensatzung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar

Auf Grund von Artikel 4 Absatz 2 des Staatsvertrages zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung im Rhein-Neckar-Gebiet vom 3. März 1969 und auf Grund § 17 der Satzung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar — Körperschaft des öffentlichen Rechts — vom 30. April 1970 in Verbindung mit § 97 des Landesbeamtengesetzes Baden-Württemberg vom 27. Januar 1958 hat die Verbandsversammlung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die am 12. Mai 1972 von der Verbandsversammlung des Raumordnungsverbandes beschlossene und am 1. Juli 1972 in Kraft getretene Stellensatzung wird wie folgt ergänzt:

Neu eingerichtet werden folgende Planstellen für Beamte

Zahl	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung
1	B 4	Verbandsdirektor
1	B 2	Leitender Planer

68 Mannheim 1, 13. 12. 1973

Raumordnungsverband Rhein-Neckar
Der Verbandsdirektor

145

Neufassung des § 14 der Satzung, der Nassauischen Brandversicherungsanstalt, Wiesbaden — StAnz. 51/1973 S. 2286 —

In StAnz. 51/1973 S. 2286 muß es in der Veröffentlichung Nr. 4277 richtig heißen:

Absatz 2, 2. Zeile: eines jeden Kalenderjahres
Absatz 4, 1. Zeile: in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung

Anzeigenabteilung

146

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Oberwalgern nach Fronhausen, Krs. Marburg

Dem Unternehmer

Willi E t z e l m ü l l e r, 355 Oberwalgern,

habe ich heute die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG

von Oberwalgern nach Fronhausen

befristet bis zum 31. August 1981 erteilt.

Kassel, 29. 11. 1973

Der Regierungspräsident
III/4 b — 66 f 02—07 B

147

Gemeinde Schmitten

im Hochtaunuskreis (ca. 7000 Einwohner)

Wir suchen

einen Oberinspektor

(Bes.-Gruppe A 10 mit Aufstiegsmöglichkeit)

für die verwaltungsmäßige Bearbeitung der Bauangelegenheiten.

Der Bewerber soll über org. Geschick verfügen und Erfahrung im gesamten Bauwesen und Bau- und Planungsrecht haben.

Verwaltungsangestellte

als Schreibkräfte für die Haupt- bzw. Bauverwaltung. Erforderlich sind Schreibmaschinen- und Stenografiekenntnisse.

Vergütung erfolgt nach Leistung.

Eine Kindergärtnerin

für die Leitung des Kindergartens im Ortsteil Brombach. Vergütung erfolgt nach BAT.

Wir bieten

Besoldung bzw. Vergütung nach den gesetzlichen bzw. tariflichen Vorschriften,

Kinderzuschlag ab dem 1. Kind,

Beihilfen, Fahrtkostenzuschuß, Essenzuschuß, Urlaubsgeld.

Interessenten werden gebeten, ihre Bewerbung an Hand von Zeugnissen, Lebenslauf und Referenzen beim Gemeindevorstand, 6384 Schmitten/Ts., Kanonenstraße 14, einzureichen.

DER GEMEINDEVORSTAND

H a h l
Bürgermeister

148

Die Gemeinde 6451 Hammersbach,

Krs. Hanau/M., 3 500 Einwohner,

sucht zum sofortigen Eintritt einen

Gemeindeoberinspektor (A 10)

mit Aufstiegsmöglichkeit zum Gemeindeamtmann (A 11) für die Finanzverwaltung.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind an den Gemeindevorstand der Gemeinde 6451 Hammersbach, Rathaus, Telefon (06185) 3 26, zu senden.

149

Bei der

Universitätsstadt Marburg a. d. Lahn

ist die Stelle

des Leiters des Rechtsamtes

(A 13/14 HBO)

zum nächstmöglichen Termin zu besetzen.

Dem Inhaber der Stelle obliegt die Beratung der Verwaltung in allen Rechtsangelegenheiten sowie die Prozeßführung. Interessante Aufgabengebiete ergeben sich insbesondere durch die bevorstehende Gebietsreform und die begonnene Altstadtanierung.

Der Bewerber muß die Befähigung zum Richteramt besitzen und die beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Erfahrungen in einer Kommunalverwaltung sind erwünscht.

Gesucht wird eine tatkräftige, verantwortungsfreudige, zielstrebige und umsichtige Persönlichkeit mit gutem Verhandlungsgeschick und sicherem Auftreten.

Sollten Sie an dieser weitgehend selbständigen und eigenverantwortlichen Tätigkeit in unserer Stadt, die nach der Gebietsreform ca. 70 000 Einwohner zählen wird, interessiert sein, richten Sie bitte Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen bis zum **15. Februar 1974** an den

Magistrat**der Universitätsstadt Marburg a. d. Lahn****— Haupt- und Personalamt —**

150

STADT KRONBERG

Wir suchen zum baldmöglichen Eintritt (1. 4. 1974) den

**stellvertretenden Leiter
des Ordnungsamtes**

Wir erwarten

einen qualifizierten Mitarbeiter mit Erfahrung in der Ordnungsverwaltung und Polizeirecht sowie alle damit zusammenhängenden Fragen.

Wir bieten

eine ausbaufähige Position mit Vergütung nach BAT V c / V b oder vergleichbare Beamtenbesoldung bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen, 4 1/2-Tageweche, Mittagessenzuschuß sowie alle im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen. Bei der Wohnungsbeschaffung ist die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten behilflich.

Bewerbungen richten Sie bitte an:

Magistrat der Stadt Kronberg
Personalamt — Herrn Knecht —
6242 Kronberg
Katharinenstraße 7
Telefon: (06173) 22 81 — 22 83

**Knödler
baut den
Kindergarten,
den Sie brauchen**

Den Schnellen (Bauzeit ca. 8 Wochen)
Den Preiswerten (nur DM 600,- bis DM 850,- pro qm + schlüsselfertig)
Den Variablen (Grundrisse beweglich)
Den Erweiterungsfähigen (jederzeit auch nachträglich zu erweitern)
Den Anpassungsfähigen (Sie können nach dem Ist-Stand bauen und erweitern)
Den Förderungswürdigen (entspricht den Bedingungen für die Förderung durch Landesmittel).

**Fertigbau Knödler**

Kurt Knödler GmbH & Co.
7131 Öttrich/Maulbronn
Tel. (07043) 14-1

151

In der Gemeinde Naurod

(Main-Taunus-Kreis), ist die Stelle des

hauptamtlichen Bürgermeisters

zum 1. 7. 1974 neu zu besetzen.

Die Wahl erfolgt bis zum 31. 3. 1977 entsprechend § 2 des Vorschaltgesetzes vom 4. 2. 1971 i. d. F. vom 14. 9. 1972 (GVBl. S. 325). Die Besoldung erfolgt nach W 4.

Die Gemeinde Naurod (ca. 3500 Einwohner) ist eine Wohngemeinde mit verschiedenen Gewerbebetrieben und liegt zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Bundesautobahn Frankfurt-Köln. Eine Gesamtschule als Mittelpunktschule ist vorhanden. Zwischen der Gemeinde Naurod und der Landeshauptstadt Wiesbaden ist ein Eingliederungsvertrag unterzeichnet, der, vorbehaltlich der Zustimmung des Gesetzgebers, zur nächsten Kommunalwahl wirksam werden soll. Die Übernahme des Bürgermeisters in die Dienste der Stadt Wiesbaden ist vorgesehen.

Da vielfältige und schwierige, insbesondere finanzpolitische Probleme zu lösen sind, kommen nur Bewerber in Betracht, die umfassende Kenntnisse in allen Bereichen der Kommunalverwaltung besitzen und entsprechende Erfahrungen in vergleichbaren Verwaltungsgrößen gesammelt haben und die nicht älter als 45 Jahre sind. Die II. Verwaltungsprüfung oder eine gleichwertige Qualifikation ist Bedingung.

Bewerbungen sind durch Einschreiben unter dem Kennwort „BÜRGERMEISTERWAHL“ mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigte Zeugnisabschriften, Referenzen und lückenloser Tätigkeitsnachweis) bis **spätestens 3. Februar 1974** (später eingegangene Bewerbungen werden nicht berücksichtigt) an den

Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses
Herrn Wolfgang Nickel
6201 Naurod, Neugasse 1a

einzureichen. Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

ANZEIGEN-ANNAHMESCHLUSS

jeden Montag um 14 Uhr für die am darauffolgenden
Montag erscheinende Ausgabe des Staats-Anzeiger

Der „Staats-Anzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 18,80 (einschließlich 5 1/2% - 98 DM MWSt.). Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gantz für den übrigen Teil Karl Blum Wiesbaden Verlag Buch und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG, 62 Wiesbaden Postfach 1329 Postcheckkonto Frankfurt M. Nr. 143 60-603 Bankkonto Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800 Druck: Pressehaus Geisel Nachf. 62 Wiesbaden Anzeigenannahme und Ver-

trieb: Staats-Anzeiger 62 Wiesbaden Wilhelmstraße 42, Telefon Sa.-Nr. 396 71, Fernschreiber 04 186 648 Preis von Einzelstücken bis 32 Seiten Umfang DM 1,90 bis 40 Seiten DM 1,80, bis 48 Seiten DM 4,50 über 48 Seiten DM 5,00 Die Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten und 5 1/2 Prozent Mehrwertsteuer Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60-603 Anzeigenschluß 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 10 vom 1. 6. 1973. Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 48 Seiten.